Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 87. Donnerstag, den 13. April 1905. 16. Jahrgang.

Der gereizte Bernhard.

Graf Bülow kann über sein Schicksal im allgemeinen nicht klagen. Die Laufbahn eines Diplomaten ist angenehm; sie ermöglicht große Reisen auf Rechnung der Steuerzahler, sie bietet viel Amüsement, gute Diners und Soupers, reichliche Gelegenheit zum Flirten; die Arbeit, die sie erfordert, ist meist sehr gering und besteht in der Hauptsache darin, seine eigene Person als sehr wichtig und einfache Dinge als höchst kompliziert hinzustellen. Ueber schlechtes Avancement kann Bernhard auch nicht räsonnieren. Obwohl, wie aus seinen Reden hervorgeht, von keineswegs bedeutenden Fähigkeiten und von keineswegs tiefer, umfassender Bildung, obwohl ihm große Gesichtspunkte überhaupt fehlen, sitzt er jetzt dennoch auf der höchsten Stufe, die ein deutscher Diplomat erklettern kann. Er ist halt ein amüsanter Plauderer und ein Mann, der sich nach dem herrschenden Wind zu richten weiß. Wer solche Eigenschaften sein eigen nennt und auch noch die nötigen Beziehungen zum Junkertum hat, hat im dermaligen Reich Anwartschaft auf die höchsten Stellen. Aber dennoch fällt auch in Bernhards Freudenbecher ein Tropfen herben Wermuts. Der Herr Graf möchte ein berühmter Staatsmann werden, obwohl ihm dazu alles abgeht, oder wenigstens möchte er als solcher gelten. Doch da fährt die Sozialdemokratie dazwischen und zerstört mit kalter Grausamkeit den Nimbus, den er sich selbst zu verleihen redlich bemüht ist und den ihm willige Tintenkulis zu geben suchen. Da will Herr v. Bülow der Nation zeigen, was für einen großartig belesenen Reichskanzler sie hat. Im elegantesten Ballbeutsch fällt er daher sein Urteil über berühmte Geistesgrößen, z. B. über Fichte und Kant. Natürlich schwärmt er für sie; er ist mit ihnen ein Herz und eine Seele. Ehrfurchtsvoll lassen seine Tintenkulis das Zeug abdrucken, mit stiller Bewunderung liest es der Spießbürger, aber nun erscheint die sozialdemokratische Presse auf der Bildfläche und weist mit jauchzendem Hohn nach, daß die von dem durch und durch reaktionären Reichskanzler angeblich so sehr verehrten Männer Umstürzler der allerschärfsten Sorte waren. So was ist bitter! Der Reichskanzler hat entweder die Werke dieser Männer nicht studiert, oder er mimt eine Begeisterung, die er in Wirklichkeit gar nicht fühlt.

Und wie leicht hätte es Herr v. Bülow in der Politik, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre. Die Nationalliberalen und das Zentrum sagen zu allem Ja, die Freisinnigen sind nicht viel besser und die Volksparteiler erinnern an den hessischen Bauern, der 1848 rief: „Es lebe die Revolution und unser guter Großherzog!“ Und den Agrariern sowie Junkern kann das Mundwerk mit Liebesgaben auf Kosten des konsumierenden Publikums sehr leicht gestopft werden. Die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse wären auch angesichts der stärksten Stücke des Kosakenkurses ruhig geblieben. Und hätte Bernhard, der große Kant- und Fichte-Verehrer, auch hunderte von Russen den russischen Henkern ausgeliefert, hätte er Tausende dem Elend überantwortet, den bürgerlichen Parteien wäre es ganz egal gewesen. Sie spielen in solchen Fällen den Realpolitiker, obwohl es für einen Realpolitiker nichts Dümmeres geben kann, als einem Nachbarstaat, der einem Bündnis angehört, das sich gegen den eignen Staat richtet, über seine inneren und äußeren Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Kurz der Herr Reichskanzler könnte alles ungehindert tun, was ihm beliebt und was ihm befohlen wird, wenn die Sozialdemokratie nicht existieren würde.

Das Hohngelächter, das ihm aus der sozialdemokratischen Presse und im Reichstag von den Bänken der äußersten Linken nur zu oft entgegenschallt, die sozialdemokratische Kritik an seinen Worten und seinen Werken ärgern den Herrn Grafen offenbar gräßlich, und darum reibt er sich an der verhaßten Partei bei jeder Gelegenheit. Gerade dabei aber kann man so recht erkennen, daß er wirklich kein großer Geist ist. Wie lächerlich war sein Versuch, den Sozialdemokraten die Verbreitung von Reden in Broschürenform nachzumachen! Das Publikum kaufte die Wissenschaft des Herrn Grafen nicht und daher wurde sie zuletzt an die Ortsvorsteher verteilt. Was diese damit trieben, wissen nur die Götter und vielleicht auch noch die stillen Orte, die selbst in besseren Häusern einfach möbliert sind. Wäre Herr von Bülow der kluge Mann, der er sein möchte, so hätte er sich selbst gesagt, daß ein solches Experiment mit einem Fiasko enden mußte.

Schlägt Bernhard seine Lufthiebe gegen die Sozialdemokratie, dann wärmt er ungeniert die ältesten Zaubenhüter auf, die schon vor 30 Jahren bei Sozialistenfressern in Ansehen standen. Er schämt sich nicht einmal, mit dem von keinerlei Sachkenntnis zeugenden Klatschbasenargument, im Zukunftsstaat hätte doch bald der eine mehr als der andere, zu operieren. Der Herr Kanzler liebt es überhaupt, unter der Firma Zukunftsstaat allen möglichen Unsinn zu erfinden, den er dann unter dem Beifallsgebrüll bürgerlicher Ignoranten als Unsinn enthüllt. In Wirklichkeit existiert der Unsinn freilich nicht in den Köpfen der Sozialdemokratie, sondern nur im Denkerhaupt des Grafen von Bülow.

Es gibt doch nichts Kindischeres, als das Debattieren über die Details eines Staatengebildes der Zukunft. Hätte [illegible] in zehn Stunden von München nach Berlin, in sechs Tagen von Hamburg nach Amerika fahren werde, daß dann eine Erfindung existieren würde, mit der ein Einwohner von Berlin mit einem Einwohner von München mündlich verkehren könne, und daß durch eine andere Erfindung das geschriebene Wort in wenigen Minuten auf 1000 Meilen und mehr befördert würde, so wäre dieser Jemand als Narr erklärt worden. Und wäre im Jahre 1805 einem preußischen Vollblutjunker gesagt worden, daß in 100 Jahren preußische Adelige mit Arbeitern in einem Parlament zusammensitzen würden, so hätte er über einen solchen Gedanken geradeso „geistreich“ gewitzelt, wie der Reichskanzler es über den Zukunftsstaat tut.

Amüsant ist auch, daß Herr von Bülow auch von der „banausischen Gleichmacherei“ im Zukunftsstaat gesprochen hat. Die wirklich banausische Ungleichmacherei im Klassenstaat hat er natürlich noch nicht bemerkt. Im Klassenstaat sitzen oft die größten Esel und Schurken in hohen Stellen, während arbeitsame ehrliche Menschen hungern müssen und tausende Talente verkümmern, weil sie arm sind.

Herrn von Bülows Wut über die Sozialdemokratie geht so weit, daß er sich sogar einen anmaßenden Ton gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten erlaubt. Ach, was ist denn ein Reichskanzler besonderes? Er ist nichts als das Geschöpf eines einzelnen: Die Gnade des Kaisers macht ihn zu dem, was er ist; ein Wort, eine Handbewegung des Kaisers kann ihn wegfegen. Wesentlich schwieriger ist bekanntlich die Beseitigung eines sozialdemokratischen Abgeordneten. Die älteren Mitglieder unserer Reichstagsfraktion sitzen noch fest auf ihren Bänken, während vom Bundesratstisch drei Reichskanzler und ein Haufen Minister herabgepurzelt sind. Und wenn sie noch mehrere Jahre leben, werden sie auch den vierten, vielleicht auch noch den fünften Kanzler herunterkugeln sehen.

Also, nur hübsch bescheiden, Herr Graf von Bülow!

R. K.

Japan und Rußland.

Zur Fortführung des Krieges

wird heute aus Tokio gemeldet: Japan ist dabei, dem russischen Plan der Reorganisation der Armee in der Mandschurei durch umfassende Vorbereitungen zu begegnen, indem es die gegenwärtigen Einheiten verdoppeln und stellenweise verdreifachen will. Man nimmt an, daß im Herbst die japanischen Streitkräfte über eine Million stark sein werden, einschließlich der tatsächlichen Feldarmee von 700,000 Mann. Die Japaner sind völlig überzeugt, daß sie Charbin nehmen und besetzt halten und gleichzeitig gegen die Russen im Osten operieren können.

Ueber die russische Flotte

ist nichts Neues zu berichten außer der Tatsache, daß die neutralen Mächte sich nicht sehr sympathisch gegenüber Rußland benehmen. Die Niederländer wollen das russische Geschwader in ihren Häfen, höchstens 2 Tage, die Amerikaner

Nach einer Depesche ist die russische Flotte zehn Meilen nordwestlich von den Anamba-Inseln an der äußersten Grenze des Archipels vor Anker gegangen. Das niederländische Geschwader erhielt Befehl, sich zur Aufrechterhaltung der Neutralität dorthin zu begeben.

Der amerikanische Gesandte in Tokio, Griffom, telegraphierte dem Staatsdepartement, er sei davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Kelung, ein Hafen auf Formosa, für fremde Schiffe bis auf weiteres geschlossen bleibt.

Die kritischen Studenten.

Im „Boten von Taganrog“ findet sich folgende Erzählung eines russischen Seeoffiziers, M. Garschin, der die Belagerung Port Arthurs mitgemacht hat: Im Hospital wurde Garschin mit einem verwundeten japanischen Studenten der Universität in Tokio bekannt, der auf nachstehende Weise als Gemeiner zur Operationsarmee kam. Die japanische Regierung meldete einige Male einen bestimmten Tag, an dem Port Arthur voraussichtlich eingenommen sein werde. An den bestimmten Tagen wurden in Tokio nationale Feiern veranstaltet, jedesmal aber brachte der Telegraph den jubelnden

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

70] (Nachdruck verboten.)

Der Wärter kam gegen Mittag. Er machte einen biederen Eindruck mit seinem braunen, vollbärtigen Gesicht. Er nannte seinen Namen: Alous Burscheid. Lotte hörte an seiner Aussprache sofort, daß er Westfale war. In der umständlichen Art gewöhnlicher Leute erzählte er seine Lebensschicksale, er war Reitknecht bei einem Gutsbesitzer gewesen, hatte seinen an Gehirnerweichung erkrankten Herrn in die Anstalt begleitet und war nach dessen Tode dort Wärter geblieben. Aber es gefiel ihm dort nicht, er sehnte sich wieder unter vernünftige Menschen. Der Ingenieur, dessen Pfleger er seit kurzem war, war nach seiner Ansicht so gesund, daß er nicht begriff, warum man ihn in eine Anstalt sperrte. Von seiner Verwundung hatte er sich ziemlich wieder erholt, nur war er sehr niedergedrückt und traurig, und sein einziger Wunsch war, die Anstalt zu verlassen. Da sie in diesem Bestreben beide sympathisierten, war es ihm als das Beste erschienen, wenn sie gemeinsame Sache machten.

Er setzte ihr dann auseinander, wie er sich die Flucht vorstellte. Das Fräulein sollte Reichenberg verlassen und sich in Romannshausen einmieten. Ihr Vater würde außerordentlich streng bewacht. Seit dem Besuch seiner Frau hatte er die Anstalt nicht verlassen. Aber er hoffte, über kurz oder lang die Erlaubnis zum Besuch der Wirtschaft zu bekommen. An einem verabredeten Tage sollte das Fräulein mit dem Wagen am anderen Ende des Dorfes halten. Dann würden sie nach Romannshausen fahren und von da möglichst rasch die Grenze zu erreichen suchen.

Lotte reiste noch denselben Tag ab und nahm sich in einem unscheinbaren Hotel ein Zimmer. Die folgenden Tage verbrachte sie in fortwährender Spannung. Sie schrieb an ihre Großmutter, der sie ihr Vorhaben, so weit es ging, auseinandersetzte. Sie bat um Geld und legte zugleich einen anderen Brief an ihre Mutter ein, der von Eisenach aus abgeschickt werden sollte.

In dieser Zeit reifte sie sehr. Aus dem hilflosen Ding, das unbewußt immer nach Anlehnung suchte, wurde eine selbständige Person, die ihre eigenen Wege ging. Sie dachte viel an Claus Fernow. Es tat ihr leid, daß sie ihn durch ihren scheinbaren Mangel an Vertrauen verletzt hatte. Eines Tages schrieb sie ihm den Grund ihrer plötzlichen Abreise, indem sie nur das, was ihre Mutter betraf, überging. Seine Antwort kam fast umgehend. Er fragte sie, ob sie seine Frau werden wolle? Wenn er kommen dürfe, solle sie telegraphieren. Sie schickte ein Telegramm ab.

Als Lotte ihn von der Bahn abgeholt hatte, wurden sie von einem Schneegestöber überrascht und mußten sich in den Gasthof begeben. Sie sagte der Wirtin, die ihr das eigene Wohnzimmer zur Verfügung stellte, der Angekommene sei ihr Bruder. Und wer sie zusammen sah, konnte sie wohl für Geschwister nehmen. Sie schwelgten nicht in einem Liebesrausch. Sie waren beide still und ernst. Aber sie hatten das Gefühl, welches sie bis in ihr tiefstes Innere mit Frieden erfüllte, daß es so hatte kommen müssen, und daß es so gut war.

Gegen Abend begleitete Lotte ihren Verlobten an die Bahn. Sie gingen Arm in Arm die von weißem Schnee und schwarzer Kohlenasche bedeckte Chaussee hinunter. Von dem bunten Zeug, dem lärmenden Geräusch, das in der Reisezeit hier die Augen blendete und die Ohren betäubte, war nichts zu spüren. Kein Mensch ließ sich sehn. Im nebeligen Dunst spieen die Fabrikessen ihre dunkelrote Lohe aus, die Schornsteine qualmten und mischten ihren Rauch in die tiefhängenden Wolken. Das schwarze Wasser des Stromes glitt unhörbar dahin, eine öde, dunkle Fläche.

Lotte kehrte heim, hoffnungsfroh und gestärkt. Es vergingen Tage auf Tage. Der Schnee schmolz. Dann wurde das Wetter wieder schlechter. Sie saß am Fenster und wartete. Sie hatte die Berechnung der Zeit verloren. Trotz ihres Glücks drückte sie die Melancholie dieser einsamen, langsam hinschleichenden Tage. Eines Sonntags sah sie einige Kinder auf der Straße mit Masken spielen. Ihr fiel ein, daß Fastnacht sei. Am Abend, bevor sie schlafen gehen wollte, kam ein Telegramm an: „Morgen Vormittag um elf.“

In aller Frühe ging Lotte zu dem Hauderer und bestellte den Wagen auf halb neun. Es war kurz nach zehn, als sie an der verabredeten Stelle vor dem Dorf ankam. Lotte stieg die Anhöhe hinauf und setzte sich auf einen Chausseestein. Der scharfe, noch vom Schnee kalte Frühlingswind strich ihr über das Gesicht. Ringsum wellten sich die braunen Aecker, aus denen die ersten Spitzen der Wintersaat hervorsahen. In einem Vicinalweg fuhr mit einem Ochsengespann ein Bauer, dessen Peitschenknallen die klare Luft zerriß. In den nahen Furchen trippelten Haubenlerchen. Unter ihr lag das Dorf, dessen Kirchturm den Schloßbau verdeckte. Sie sah nur die grauen, schnurgeraden und fast endlos sich erstreckenden Parkmauern.

Jetzt tauchten aus der krummen Dorfstraße zwei schwarze Gestalten auf.

Einen Augenblick wartete sie noch, um sich zu überzeugen, daß es die Erwarteten wären. Dann eilte sie ihrem Vater entgegen, wollte ihn umarmen und küssen. Aber sie blieb erschrocken vor ihm stehen und konnte kaum einen Gruß stammeln. Der Wärter hatte ihn unter den Arm genommen, und während er ihn weiterschleppte, streckte Horstmann schlaff seiner Tochter die Hand hin und murmelte etwas, was sie nicht verstand. Auf Geheiß des Wärters faßte sie seinen anderen Arm unter. So eilten die drei die Anhöhe hinauf. Dem jungen Mädchen stürzten bei jedem Schritt unaufhaltsam die Tränen aus den Augen. Aber sie kämpfte ihren Schmerz nieder, bevor sie den Wagen erreichten. Ihr Vater saß neben ihr und blickte mit finsterem Ausdruck vor sich hin. Als er bei einem Stoß des Wagens den Kopf aufrichtete, sah sie die tiefe schartige Narbe an seinem Hals. Aber es war nicht das, auch nicht die Gebrochenheit seines Körpers und sein schlohweißes Haar, was ihr den furchtbaren Eindruck machte, sondern dieser starre, unbewegliche Ausdruck seines Gesichts, als wenn sich der Schmerz darin versteinert hätte. Er sprach kein Wort und schien seine Tochter kaum zu bemerken.

Der Wärter war sehr aufgeregt und schwatzte ununterbrochen. Nach seiner Meinung war die Flucht nicht bemerkt worden. Schlimmsten Falles würde ihre Abwesenheit beim Mittagessen auffallen. Wenn es aber gut ging, konnte auch der Nachmittag darüber vergehen. Denn da heute Abend eine große Theatervorstellung stattfinden sollte, herrschte eine ziemliche Unordnung in der ganzen Anstalt.

Der Kutscher fuhr in scharfem Trab, kurz vor zwölf hatten sie den Romannshausener Bahnhof erreicht. Sie benutzten einen Bummelzug bis Köln, von hier wollten sie auf Anraten des Wärters über die belgische Grenze nach Verviers fahren, das sie bequem bis zum Abend erreichen konnten. Horstmann stimmte zu. Er machte einen vollkommen apathischen Eindruck. Nur ließ er sich von seiner Tochter das Geld aushändigen und blätterte im Kursbuch. Da sie in Köln eine Stunde Aufenthalt hatten, gingen sie in den Wartesaal und bestellten sich Mittagessen. Plötzlich stand Horstmann auf. Der Wärter wollte ihn begleiten, aber er sagte, er käme sofort wieder. Als aber der Kellner schon die Suppe gebracht hatte und er noch nicht wieder da war, schickte Lotte beunruhigt ihm den Diener nach. Eine geraume Weile verging. Schließlich kam Burscheid mit rotem Kopf zurück und meldete, daß er seinen Herrn nicht finden könne. Sie suchten nun gemeinsam auf dem großen Bahnhof, in dem Gedränge der ankommenden und abfahrenden Reisenden, fragten alle Beamten, die Frau an der Toilette, die Droschkenkutscher am Ausgang. Niemand konnte ihnen Auskunft geben. Endlich erfuhren sie von einem Schalterbeamten, daß ein Herr, auf den die Beschreibung paßte, sich ein Billet nach Düsseldorf genommen und dabei einen Hundertmarkschein gewechselt habe. Der Zug war gerade abgegangen. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als angsterfüllt auf den nächsten Zug zu warten und dann dem Durchbrenner nachzufahren.

Als Horstmann in Düsseldorf ankam, fand er die Stadt in einem wahrhaft närrischen Taumel. Der Rosenmontagszug hatte, auf dem Heimwege begriffen, eben die Alleestraße passiert. In den Telegraphendrähten, an dürren Aesten hingen noch Papierschlangen und grell bemalte Leinwandfetzen. Ein als Café chantant ausstaffierter Wagen mit dem Riesentransparent: „Düsseldorf wird Großstadt“, dessen Deichsel gebrochen war, stand mitten auf der Straße.

(Fortsetzung folgt.)

sprünglich der vierten Mitgliederklasse angehörte, vom 1. August 1899 ab eine Gehaltserhöhung zuteil werden lassen, diese Erhöhung aber erst am 6. März 1903 bei der Kasse angemeldet, nachdem der Kommis am 25. Februar 1903 erkrankt war. Die Kasse gewährte diesem die Krankenunterstützung nach dem Satze der ersten Mitgliederklasse, wie es dem erhöhten Gehalt entsprach. Dann aber verlangte sie unter Berufung auf den angeführten § 50,1 des Krankenversicherungsgesetzes von dem Kaufmann die Erstattung aller durch die Erkrankung des Kommis ihr entstandenen Aufwendungen, die sie mit 318 Mk. angab. Die Aufsichtsbehörde, der Magistrat in Breslau, verurteilte durch seinen Kommissar für Krankenversicherung den Kaufmann, 120 Mark zu bezahlen als Unterschied zwischen den von der Klägerin nach Maßgabe des wirklichen Lohnes geleisteten Aufwendungen und den Leistungen, wie sie nach der zur Zeit der Erkrankung angemeldeten Lohnhöhe entstanden sein würden. Die Kasse focht diese Entscheidung an und erhob Klage auf Zahlung der übrigen 198 Mark. Das Amtsgericht wies die Klage ab, indem es die von der Aufsichtsbehörde vertretene Ansicht billigte, daß die ursprünglich richtig bewirkte Anmeldung nicht wegen nachträglicher Aenderungen der Lohnhöhe als in vollem Umfange ungeschehen behandelt werden könne. Dagegen legte die Kasse Berufung ein. Die siebente Zivilkammer des Landgerichts gelangte — obgleich sie bisher in gleichartigen Fällen im Sinne der hier klagenden Kasse entschieden hatte — unter Aufgabe des früheren Standpunktes zur Abweisung der Berufung.

Daß der Wortlaut des Gesetzes — so wird in der Urteilsbegründung ausgeführt — nicht unbedingt die früher vertretene Auffassung allein gestatte, sei schon in dem früheren Urteil, auf welches sich die Kasse berufe, dargelegt. Zu einer anderen Auffassung als jener führe aber die Billigkeitserwägung, daß ein Versicherter, der seiner Zeit ordnungsmäßig angemeldet wurde, bei einer nachträglichen Aenderung der Lohnverhältnisse nicht auf einmal als eine überhaupt nicht angemeldete Person betrachtet werden könne. Vielmehr müsse der Ausdruck „nicht angemeldet" in § 50 dahin verstanden werden, daß damit gemeint sei: „soweit die versicherte Person nicht angemeldet ist." Diese Auslegung trage auch dem Absatz 2 dieses Paragraphen Rechnung, wo die nachträgliche Einziehung von Beiträgen ermöglicht wird für die Zeit, während deren „die nicht angemeldete" Person der Krankenkasse anzugehören verpflichtet war. Danach habe der Standpunkt, den der Magistratskommissar in seiner Entscheidung einnahm, gebilligt werden müssen.

Die klagende Ortskrankenkasse der Kaufleute ꝛc. hat nach diesem Urteil sämtliche schwebende Klagen, die sich auf den gleichen Gegenstand beziehen, zurückgezogen.

* **Unglücksfälle.** Montag Mittag lief ein junges Mädchen auf der Schmiedebrücke, an der Ursulinerstraßenecke, trotz Zurufs des Kutschers in ein Gefährt. Das Pferd wurde scheu, bäumte sich und versetzte dem Mädchen mit den Vorderfüßen einen Schlag, so daß die Unvorsichtige zu Falle kam und mit dem Hinterkopfe auf das Straßenpflaster schlug, ohne sich jedoch anscheinend ernstlich zu verletzen, denn es sprang auf und entfernte sich schleunigst. — Am 9. d. Mts., Nachmittags, scheute am Roßplatz ein Droschkenpferd, als ein Zug der Kleinbahn rangierte und sprang auf den Bürgersteig, wo es zwei kleine Mädchen umriß. Beide erlitten nur leichte Verletzungen. — Ein Mauer kam auf der Weißenburgerstraße zu Fall und zog sich eine schwere Kopfwunde zu. Feuerwehrmannschaften leisteten ihm Hilfe.

* **Auf der Straße gestorben.** Am Freitag Abend wurde ein unbekannter etwa 60 Jahre alter Mann auf der Neudorfstraße bewußtlos aufgefunden. Er war gestürzt und hatte sich einen Schädelbruch zugezogen, dessen Folgen er bald erlag.

* **Versuchter Selbstmord.** Am 9. d. M. Abends versuchte eine 26 Jahre alte Handelsfrau von der Hirschstraße 62 bei der Lessingbrücke in den Strom zu springen, woran sie jedoch verhindert wurde. Da sie jedoch von ihrem Vorhaben nicht abließ, wurde sie zu ihrer Sicherheit in eine Polizeiwache geführt.

* **Vermißt** wird seit dem 3. d. M. der 25 Jahre alte Geschäftsdiener Oswald Lücke, welcher Gertrudenstraße 9 gewohnt hat.

* **Von der Feuerwehr.** Am 9. d. M. Vormittags spielte ein Knabe in der elterlichen Wohnung Kleine Groschengasse 2 mit Streichhölzern und setzte die Gardinen in Brand. Gelöscht wurde vor Ankunft der Feuerwehr. — An demselben Tage fuhr die Feuerwehr nach Höfchenstraße 18, wo in der Wohnung eines Schlossers Gardinen, Tische und Stühle in Brand geraten waren. Die Feuerwehr war eine halbe Stunde tätig.

Montag früh gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehr nach Große Dreilindengasse 2 gerufen, wo in einem Kellerverschlage eine Bettstelle, ein Strohsack, ein Handkoffer, alte Kleidungsstücke und ein Stoß Zeitungen brannten. Gelöscht wurde mit einigen Eimern Wasser.

* **Gestohlen** wurden am 8. d. M. aus einem Hause auf der Kaiser Wilhelmstraße ein Fahrrad „Apollo" Nr 37,879, einem Arbeiter auf der Auenstraße ein Fahrrad Marke „Harmonia", aus dem Garderobenraum einer Klinik ein Ueberzieher. — Am 8. d. M. [illegible] eine etwa 20 Jahre alte Frauensperson in einem Goldwarengeschäft am Waterlooplatz und wollte sich einen Ring aussuchen. Sie konnte sich indes nicht sogleich zu einem Kauf entschließen und entfernte sich. Nach ihrem Weggange wurde ein goldener Ring mit einem Saphir und Wappen vermißt. Die Diebin war mit schwarzem Plüschjackett, schwarzer Pelzboa, dunkem Kleid und schwarzem Hut bekleidet.

In der Nacht zum 9. d. M. stieg ein Dieb durch ein Oberlichtfenster in eine Brotkosthandlung auf der Klosterstraße ein, nachdem er eine Scheibe zerschnitten und sodann das Fenster aufgewirbelt hatte. Entwendet wurde eine Anzahl Briefmarken, Obst und Eier. — Aus einer Bodenkammer auf der Zimmerstraße wurden einem Dienstmädchen vier Hemden, gez. E. U., ein hellgraues und ein rotes Kleid, mehrere andere Kleider, Unterröcke, Schürzen und Blusen gestohlen. Aus anderen Kammern wurde eine gestickte Decke und eine lederne Handtasche gestohlen. — Einem Fischwarenhändler von der Klosterstraße wurden aus einem Keller zwei Fässer Sardellen gestohlen. — Am 19. Februar lieh sich ein Mann, der angab, in Brieg auf der Zollstraße zu wohnen, bei einem Maskenverleiher auf der Messergasse ein Tirolerkostüm im Werte von 50 Mark. Der Mann ist nicht mehr wiedergekommen. Alle seine Angaben erwiesen sich als erlogen.

* **Verhaftet** wurde ein Barbier, der in einer Destillation einem eingeschlafenen Mann 1.40 Mk. gestohlen hatte und ein Maler wegen Zechprellerei.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 8. u. 9. d. Mts. 59 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Postealbum, ein goldenes Gliederarmband, ein goldener Uhrdeckel. — Abhanden kamen: ein Herrenschirm mit silbernem Griff, eine goldene Damenuhr und ein Portemonnaie mit 5 Mark.

Schweidnitz, 10. April. Eine Versammlung der Malergehilfen fand am Sonnabend, den 8. April, im Gasthaus zu den Drei Rosen statt. Dieselbe war vom Gesellenausschuß der Malerzwangsinnung einberufen und sollte sich mit der Schaffung eines Nebenstatuts zum Innungsstatut befassen. Dieses Nebenstatut sollte vor allen Dingen einen besseren Zusammenhalt der im Innungsbezirk beschäftigten Gehilfen bezwecken. Der Bezirksausschuß zu Breslau versagte aber seine Zustimmung. Infolgedessen schlug der Altgeselle Klimke vor, eine freiwillige Kasse zu gründen, um bei Sterbefällen eine Unterstützung bezw. Kranzspende zu gewähren. Der Beitrag sollte 10 Pfg. pro Monat betragen. Dieses ausgearbeitete Projekt stellte der Altgeselle hierauf zur Diskussion. Der aus Breslau zufällig anwesende Kollege Adam erhielt hierauf das Wort. Er bezeichnete das ganze Vorhaben als nicht geeignet, einen wirklichen Zusammenhalt unter den Schweidnitzer Malergehilfen auf die Dauer zu erzielen, zumal es schon vor vielen Jahren sich gezeigt habe, daß eine Lokalorganisation bei weitem das nicht leisten könne, was ein Zentralverband zu leisten imstande ist. Kurz alles, was der Altgeselle in das Nebenstatut eingetragen wissen wollte, bezwecke das Statut des Zentralverbandes.

In der weiteren Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Angliederung an den Zentralverband aus. Der Altgeselle brachte dann seinen Vorschlag zur Abstimmung und wurde dieser fast einstimmig abgelehnt. Die meisten der Anwesenden ließen sich in den Zentralverband einschreiben. Man einigte sich dahin, künftigen Sonnabend in Gemeinschaft der Anstreicher und Lackierer eine Sitzung im „Zeltgarten" abzuhalten, wo über die Gründung einer Nebenstelle gesprochen werden soll.

Wir richten deshalb das Ersuchen an die noch Fernstehenden, sich endlich der Organisation anzuschließen und ersuchen ferner, die nächste Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

ch. **Schweidnitz**, 8. April. Meister und Lehrlinge. Eine recht merkwürdige Stellung nehmen die hiesigen Tischlermeister den am 1. April dieses Jahres ausgelernten Lehrlingen gegenüber ein. Zunftgemäß werden diese Ausgelernten erst von der Innungsmeister-Versammlung zu Gesellen gesprochen. Nun fällt es aber den Meistern ein, diese Innungsversammlung erst am dritten Osterfeiertag abzuhalten. Bis dahin müssen die Ausgelernten als Lehrlinge weiter arbeiten, oder sie können bald aufhören. Ein Fall ist uns bereits bekannt geworden, wo der ausgelernte Lehrling es vorzog, sich lieber die Papiere geben zu lassen, als drei Wochen lang dem Meister in die Tasche arbeiten. Wir sind der Ansicht, daß eine 4jährige Lehrzeit, wie sie hierorts üblich ist, gerade lang genug ist, um die jungen Leute auszunutzen.

— Zuchthausurteile. Die Strafkammersitzung am 7. April verurteilte den früheren Schachtmeister Büttner aus Hertwigswalde, welcher schon vielfach vorbestraft ist, wegen Urkundenfälschung und Betrug in fünf Fällen zu einer Gesamtstrafe von zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und 750 Mk. Geldstrafe event. weitere 50 Tage Zuchthaus. — In derselben Sitzung wurde noch die in der Untersuchungshaft befindliche Dienstmagd Martha Pf. aus Langenbielau wegen Rückfalls-Diebstahl zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Dieselbe hatte am 4. März d. J. in Reichenbach von einem Wäscheboden ca. 15 Schürzen, sowie Hemden, Taschentücher und ein Tischtuch gestohlen. Auf eine so hohe Strafe wurde deshalb erkannt, weil die Angeklagte, obwohl erst 25 Jahre alt, bereits 14 Mal vorbestraft ist.

Glogau, 10. April. Wozu die hiesigen Stadtväter Geld haben. Bürgerliche Provinzblätter berichten: „Gelegentlich der Etatsberatungen des Stadthaushaltsplanes für 1905 wurde das Gehalt des Oberbürgermeisters Dr. Soetbeer in Anerkennung seiner Verdienste um die Entfestigung der Stadt Glogau auf 10,000 Mark von den städtischen Körperschaften einstimmig erhöht." Die städtischen Arbeiter haben ähnliche Gehälter.

Brieg, 8. April. Die Maurer hielten kürzlich eine Mitgliederversammlung ab, in der vor allem die schlechten Arbeitsverhältnisse am Orte besprochen wurden. Die Redner waren sich darüber einig, daß eine Besserung nur eintreten könne, wenn alle Mann für Mann dem Verbande beitreten. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß jeder Arbeiter nicht mehr die bürgerliche bezw. „unparteiische" Schundpresse lesen sondern auf die in Breslau erscheinende „Volkswacht" abonnieren müsse. Nur auf diese Weise könne Licht in die Köpfe der Arbeiterbevölkerung gebracht werden.

Kosel, 10. April. 200 Arbeiter brotlos. Die Zuckerfabrik Reinschdorf, einer der größten oberschlesischen Betriebe auf diesem Gebiete, hat ihren Betrieb eingestellt. Bereits vor 14 Tagen hieß es, die Fabrik solle an ein Konsortium von Landwirten verkauft werden, welches die Fabrik auf genossenschaftlichem Wege weiter in Betrieb erhalten wollte. Die Unterhandlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis und die Besitzer der Fabrik haben sich nunmehr entschlossen, diese ganz still stehen zu lassen. Außer den zahlreichen Beamten verlieren an 200 Arbeiter und viele Handwerker ihre Beschäftigung.

Kattowitz, 10. April. Von der Genickstarre. Im Stadt- und Landkreise gelangten während der vergangenen Woche (2. bis 9. April) 47 Neuerkrankungen an Genickstarre zur Anmeldung. Davon entfallen auf den Stadtkreis Kattowitz 13. Der Abgang betrug 25 Fälle durch Tod (9 in der Stadt), 4 durch Genesung. Der Bestand an Kranken zu Anfang der Berichtswoche betrug 88 (in der Stadt 11) und am Ende der Woche 106 (in der Stadt 15). Hiernach ist eine Zunahme der Neuerkrankungen in der letzten Woche zu konstatieren, während in den beiden Vorwochen eine Abnahme zu verzeichnen war. Insgesamt sind seit dem ersten Auftreten der Epidemie im Stadt- und Landkreis Kattowitz 236 Fälle von Genickstarre festgestellt worden, wovon bisher 133 tödlich verliefen.

Beuthen OS., 10. April. Der verwegene Räuber und Einbrecher Karl Stronczyk, welcher vor kurzem wegen Mordversuchs zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und an Stelle dessen ein völlig unbeteiligter Arbeiter von oberschlesischen Polizisten durch Säbelhiebe schwer verletzt worden ist, sollte in nächster Zeit wegen zahlreicher Einbrüche und Bandendiebstähle nochmals zur Aburteilung gelangen. Er sitzt zur Zeit hier in Untersuchungshaft und hatte angekündigt, daß er die Strafe nicht absitzen würde. Am Sonnabend begann Stronczyk in seiner Zelle zu toben und zerstörte das ganze Mobiliar sowie die Dielung, mit welcher er unter Zuhilfenahme der Eisenteile des Bettes die Tür verbarrikadierte. Die Fesseln an Händen und Füßen hatte er sich vorher losgelöst und drohte damit jeden zu erschlagen, der in die Zelle zu kommen wagte. Ferner rief er den Aufsehern zu: „Ehe ich meine Strafe absitze, brecke ich aus und lasse mich von dem Militärposten erschießen!" Man auf alle Weise, um einen Fluchtversuch des verwegenen, vor keinem Morde zurückschreckenden Menschen unmöglich zu machen und legte ihm vor allen Dingen neue Fesseln an. Sonntag begann Stronczyk, nachdem er sich von den Fesseln an Händen und Füßen wieder befreit hatte, sein Zerstörungswerk von neuem und tobte bis in die Nacht hinein; doch gelang ihm der geplante Ausbruch nicht. — Stronczyk wird in nächster Zeit mit 18 Komplizen vor Gericht zu erscheinen haben, um sich wegen einer großen Zahl von Einbrüchen zu verantworten.

Laurahütte, 9. April. Der Herr Rendant. Aufsehen erregt die Verhaftung des Gemeindekassenrendanten. Nach einer heute stattgehabten Revision der hiesigen Gemeindekasse wurde deren Rendant Wawretzko verhaftet. W., ein in der Gemeinde seit 15 Jahren angestellter Mann, soll in den letzten 14 Jahren Unterschlagungen von 15—16,000 Mark begangen und durch Bücherfälschungen ꝛc. verdeckt haben.

Aus der Provinz Posen.

Posen. Malerversammlung. Die abgebrochene Versammlung vom Sonntag, den 2. d. Mts. nahm am Dienstag, den 4. April ihren Fortgang. Kollege Zielinski gab den Bericht über die Beschlüsse und den Verlauf der letzten Generalversammlung. Er betonte den großen Fortschritt der Vereinigung, welche jetzt 22,859 Mitglieder zu verzeichnen hat und unterzog die zahlreichen Kämpfe und Leistungen der Organisation einer Besprechung. Nach der sich hierauf sehr lebhaft entspinnenden Diskussion wurde beschlossen, vom 1. Mai 1905 ab den Beitrag um 5 Pf. für die Sommerwochen zu erhöhen und einen besoldeten Bevollmächtigten für die Filiale Posen anzustellen. Im Schlußwort ersuchte Kollege Zielinski, Mann für Mann eine kräftige Agitation für den Verband zu entfalten und dazu beizutragen, daß auch in der Provinz Filialen des Verbandes errichtet werden.

Bromberg, 9. April. Mit fünf Wochen Mittelarrest, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes wurde vom Kriegsgericht zu Bromberg der Unteroffizier Kloß vom 14. Infanterie-Regiment bestraft, weil er einem Kameraden ein Paar Stiefel entwendete und an einen Untergebenen verkauft hatte. Ferner hatte er Untergebene beauftragt, für ihn aus der Kantine Zigarren, Zigaretten und Schnecken zu holen, wofür sie den Betrag auslegen mußten.

— Statt Kommunalsteuererhöhung — Kirchensteuererhöhung. In der letzten Sitzung der vereinigten evangelisch-kirchlichen Körperschaften wurde beschlossen, für dieses Jahr die zu erhebenden Kirchensteuern auf 25 Prozent der Staatseinkommensteuer festzusetzen. Gegen das Vorjahr ist dies eine Steigerung um 3 Prozent.

— Berichtigung. In dem Artikel Nr. 80 der „Volkswacht", „Jahresbericht des Gewerkschaftskartells und Arbeitersekretariats für 1904" muß es heißen: die Mitgliederzahl der Gewerkschaften betrug am Schlusse des Berichtsjahres 1227 und nicht 1167.

Obornik. Von fünf Jahren Zuchthaus erlöst. Der Uhrmacher Franz Krüger aus Obornik wurde vom Schwurgericht wegen Verleitung zum Meineide zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen eines Formfehlers bei der Stellung der den Geschworenen vorgelegten Schuldfrage hatte das Reichsgericht das Urteil aufgehoben. In der neuen Verhandlung verneinten, wie die „Voss. Ztg." meldet, die Geschworenen die Schuldfrage, so daß Krüger freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen wurde.

Die Bedeutung der Seife im Haushalt.

Ein wissenschaftlicher Beitrag zur Wirtschafts-Oekonomie.

Justus von Liebig sagt in seinem elften chem. Brief 1859: „Die Seife ist ein Maßstab für den Wohlstand und die Kultur der Staaten. Diesen Rang werden ihr freilich die Nationalökonomen nicht zuerkennen wollen; allein, man nehme es im Scherz oder Ernst, soviel ist gewiß: bei Vergleichung zweier Staaten von gleicher Einwohnerzahl wird man mit positiver Gewißheit demjenigen für den reicheren, wohlhabenderen und kultivierteren erklären, welcher die meiste Seife verbraucht, denn der Verkauf und Verbrauch der Seife hängt nicht von der Mode, nicht von dem Kitzel des Gaumens ab, sondern von dem Gefühl des Schönen, des Wohlseins, der Behaglichkeit, welches aus der Reinlichkeit entspringt. Wo dieser Sinn neben den Anforderungen anderer Sinne berücksichtigt und gewährt wird, da ist Wohlstand und Kultur zugleich."

Aus den Ausführungen dieses berühmten Chemikers ist ersichtlich, welch hohe Bedeutung dem fleißigen Gebrauche einer guten Seife für den Haushalt und für die Pflege des Körpers zuzuschreiben ist.

Von der Seife kann wohl gesagt werden, daß sie im praktischen Leben unter all den vielen täglich gebrauchten Gegenständen am wenigsten nach dem wahren Wert geschätzt und erkannt wird. Äußeres Aussehen, Härte, Struktur bestimmen keineswegs allein die Güte des Artikels. Was dem Auge der erfahrensten Hausfrau an dem ersten Blick nicht erkennbar ist, das zeigt sich erst bei analytisch-chemischer Prüfung. Entspricht aber eine Seife bei der wissenschaftlichen Prüfung den an eine prima Haushaltseife zu stellenden Anforderungen, dann lehrt die praktische Verwendung der Seife, daß nur unter guten Seife die höchsten Wirkungserfolge beim Waschen zu bekommen. Was verlangt man nun von einer Haushaltungsseife?

Die Erfordernisse einer besten Haushaltungsseife für jedermann sind nachstehende: in chemischer Hinsicht:

1. daß nur beste, frische Oele und Fette des Tier- und Pflanzenreiches zur Herstellung genommen werden, denn nur Produkte guter Provenienz bieten die Gewähr für die Güte des daraus fabrizierten Artikels;
2. daß der Verseifungsprozeß unter strengster Kontrolle durchgeführt ist, denn fehlerhaftes Sieden verursacht schlechtes Aussehen der Seife;
3. daß keine Füllungen (minderwertige Fremdkörper) dem Produkte der Verseifung zugesetzt werden; diese immer nur darauf berechnet, den Käufer hinsichtlich der Gewichtsmengen zu täuschen und zu benachteiligen;
4. daß sich kein unverseiftes Fett in dem fertigen Artikel findet, denn dieses bedingt das schnelle Ranzigwerden der Seife und den üblen Geruch der mit einer solchen Seife behandelten Wäschestücke;
5. daß die Seife keine fremden scharfen Bestandteile enthält, weil diese das Gewebe angreifen und eine zersetzende Veränderung desselben hervorbringen.
6. daß die Seife die größtmöglichste Neutralität besitzt und kein freies Alkali d. h. keine Schärfe aufweist, denn Schärfe wirkt unbedingt zerstörend;
7. daß der Seife höchster Fettgehalt eigen ist, denn dadurch wird ihre Ausgiebigkeit im Verbrauche und das Maß der Reinigungskraft bedingt;

in ökonomischer Hinsicht:

1. daß sie einen guten Schaum gibt;
2. daß sie ausgiebig im Verbrauch ist;
3. daß sie die höchste Reinigungskraft besitzt;
4. daß sie die Wäsche schont und nicht zerstörend auf das Gewebe wirkt.
5. daß sie den Schmutz leicht löst;
6. daß sie die mechanische Beanspruchung der Kräfte auf das Mindestmaß einschränkt;

in hygienischer Hinsicht:

daß durch sie die Gegenstände des Gebrauches und die Haut gründlich gereinigt und desinfiziert werden.

Natürlich ist es für die viel beschäftigte Hausfrau kein leichtes, unter den vielen im Handel befindlichen Seifensorten die richtige, ihren Zwecken dienlichste Seife gleich herauszufinden. Es folgt dann ein Probieren, bis die rechte Seife gefunden ist; und wenn nun gar ein Wechsel des Wohnortes stattfindet, dann beginnt wieder das lästige Suchen und Versuchen. Am sichersten geht deshalb die Hausfrau, wenn sie eine Spezialseife verwendet, die in stets gleicher Qualität und Güte überall zu haben ist. Ich habe nun in der Ausübung meines Berufes mit vielerlei Seifenfabrikanten zu tun gehabt und dabei tausende von Proben gemacht; von allen besseren Seifenmarken ist mir die unter dem Namen Sunlight Seife in den Handel gebrachte als diejenige erschienen, welche den gestellten Erfordernissen am meisten entsprechen dürfte. Die hervorragenden Reinigungseigenschaften, ihre Neutralität, d. h. das gänzliche Fehlen scharfer Bestandteile macht sie nicht nur für die Wäsche, sondern auch für die Körperpflege vorzüglich geeignet.

Wenn ich also der sorgenden Hausfrau empfehle, bei der Beschaffung der für den Haushalt nötigen Seifen vorsichtigste Umschau zu halten, so möchte ich das oben erwähnte Zitat des berühmten Chemikers dahin ergänzen, daß die Höchstkultur der Völker nicht allein auf der Menge des Seifenverbrauches, sondern auch auf der Qualität der verwendeten Fabrikate beruht. Diese Wahrheit bezieht sich dann auch im engeren Sinne auf die einzelne Familie; da, wo gute Seife, d. h. Seife, welche die höchste Reinigungskraft besitzt, Verwendung findet, werden die kulturellen und hygienischen Vorbedingungen am besten gewahrt. [791] Dr. S

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionspreis beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Gewerbe- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 87. Donnerstag, den 13. April 1905. 16. Jahrgang.

Der gereizte Bernhard.

Graf Bülow kann über sein Schicksal im allgemeinen nicht klagen. Die Laufbahn eines Diplomaten ist angenehm; sie ermöglicht große Reisen auf Rechnung der Steuerzahler, sie bietet viel Amüsement, gute Diners und Soupers, reichliche Gelegenheit zum Flirten; die Arbeit, die sie erfordert, ist meist sehr gering und besteht in der Hauptsache darin, seine eigene Person als sehr wichtig und einfache Dinge als höchst kompliziert hinzustellen. Ueber schlechtes Avancement kann Bernhard auch nicht räsonnieren. Obwohl, wie aus seinen Reden hervorgeht, von keineswegs bedeutenden Fähigkeiten und von keineswegs tiefer, umfassender Bildung, obwohl ihm große Gesichtspunkte überhaupt fehlen, sitzt er jetzt dennoch auf der höchsten Stufe, die ein deutscher Diplomat erkleitern kann. Er ist halt ein amüsanter Plauderer und ein Mann, der sich nach dem herrschenden Wind zu richten weiß. Wer solche Eigenschaften sein eigen nennt und auch noch die nötigen Beziehungen zum Junkertum hat, hat im dermaligen Reich Anwartschaft auf die höchsten Stellen. Aber dennoch fällt auch in Bernhards Freudenbecher ein Tropfen herben Wermuts. Der Herr Graf möchte ein berühmter Staatsmann werden, obwohl ihm dazu alles abgeht, oder wenigstens möchte er als solcher gelten. Doch da fährt die Sozialdemokratie dazwischen und zerstört mit kalter Grausamkeit den Nimbus, den er sich selbst zu verleihen redlich bemüht ist und den ihm willige Tintenkulis zu geben suchen. Da will Herr v. Bülow der Nation zeigen, was für einen großartig belesenen Reichskanzler sie hat. Im elegantesten Balldeutsch fällt er daher sein Urteil über berühmte Geistesgrößen, z. B. über Fichte und Kant. Natürlich schwärmt er für sie; er ist mit ihnen ein Herz und eine Seele. Ehrfurchtsvoll lassen seine Tintenkulis das Zeug abdrucken, mit stiller Bewunderung liest es der Spießbürger, aber nun erscheint die sozialdemokratische Presse auf der Bildfläche und weist mit jauchzendem Hohn nach, daß die von dem durch und durch reaktionären Reichskanzler angeblich so sehr verehrten Männer Umstürzler der allerschärfsten Sorte waren. So was ist bitter! Denn entweder hat der Reichskanzler die Werke dieser Männer nicht studiert, oder er mimt eine Begeisterung, die er in Wirklichkeit gar nicht fühlt.

Und wie leicht hätte es Herr v. Bülow in der Politik, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre. Die Nationalliberalen und das Zentrum sagen zu allem Ja, die Freisinnigen sind nicht viel besser und die Volksparteiler erinnern an den hessischen Bauern, der 1848 rief: „Es lebe die Revolution und der gute Großherzog!“ Und den Agrariern sowie Zentrumsleuten kann das Mundwerk mit Liebesgaben auf Kosten des konsumierenden Publikums sehr leicht gestopft werden. Die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse wären auch angesichts der stärksten Stücke des Kosakenkurses ruhig geblieben. Und hätte Bernhard, der große Kant- und Fichte-Verehrer, auch hunderte von Russen den russischen Henkern ausgeliefert, hätte er Tausende dem Elend überantwortet, den bürgerlichen Parteien wäre es ganz egal gewesen. Sie spielen in solchen Fällen den Realpolitiker, obwohl es für einen Realpolitiker nichts Dümmeres geben kann, als einem Nachbarstaat, der einem Bündnis angehört, das sich gegen den eignen Staat richtet, über seine inneren und äußeren Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Kurz der Herr Reichskanzler könnte alles ungehindert tun, was ihm beliebt und was ihm befohlen wird, wenn die Sozialdemokratie nicht existieren würde.

Das Hohngelächter, das ihm aus der sozialdemokratischen Presse und im Reichstag von den Bänken der äußersten Linken nur zu oft entgegenschallt, die sozialdemokratische Kritik an seinen Worten und seinen Werken ärgern den Herrn Grafen offenbar gräßlich, und darum reibt er sich an der verhaßten Partei bei jeder Gelegenheit. Gerade dabei aber kann man so recht erkennen, daß er wirklich kein großer Geist ist. Wie lächerlich war sein Versuch, den Sozialdemokraten die Verbreitung von Reden in Broschürenform nachzumachen! Das Publikum kaufte die Wissenschaft des Herrn Grafen nicht und daher wurde sie zuletzt an die Ortsvorsteher verteilt. Was diese damit trieben, wissen nur die Götter und vielleicht auch noch die stillen Orte, die selbst in besseren Häusern einfach möbliert sind. Wäre Herr von Bülow der kluge Mann, der er sein möchte, so hätte er sich selbst gesagt, daß ein solches Experiment mit einem Fiasko enden mußte.

Schlägt Bernhard seine Luftthiebe gegen die Sozialdemokratie, dann wärmt er ungeniert die ältesten Ladenhüter auf, die schon vor 30 Jahren bei Sozialistenfressern in Ansehen standen. Er schämt sich nicht einmal, mit dem von keinerlei Sachkenntnis zeugenden Klatschbasenargument, im Zukunftsstaat hätte doch bald der eine mehr als der andere, zu operieren. Der Herr Kanzler liebt es überhaupt, unter der Firma Zukunftsstaat allen möglichen Unsinn zu erfinden, den er dann unter dem Beifallsgebrüll bürgerlicher Ignoranten als Unsinn enthüllt. In Wirklichkeit existiert der Unsinn freilich nicht in den Köpfen der Sozialdemokratie, sondern nur im Denkerhaupt des Grafen von Bülow.

Es gibt doch nichts Kindischeres, als das Debattieren über die Details eines Staatengebildes der Zukunft. Hätte vor 100 Jahren jemand behauptet, daß man im Jahre 1905 in zehn Stunden von München nach Berlin, in sechs Tagen von Hamburg nach Amerika fahren werde, daß dann eine Erfindung existieren würde, mit der ein Einwohner von Berlin mit einem Einwohner von München mündlich verkehren könne, und daß durch eine andere Erfindung das geschriebene Wort in wenigen Minuten auf 1000 Meilen und mehr befördert würde, so wäre dieser Jemand als Narr erklärt worden. Und wäre im Jahre 1805 einem preußischen Vollblutjunker gesagt worden, daß in 100 Jahren preußische Adelige mit Arbeitern in einem Parlament zusammensitzen würden, so hätte er über einen solchen Gedanken geradeso „geistreich“ gewitzelt, wie der Reichskanzler es über den Zukunftsstaat tut.

Amüsant ist auch, daß Herr von Bülow auch von der „bananisischen Gleichmacherei“ im Zukunftsstaat gesprochen hat. Die wirklich bananisische Ungleichmacherei im Klassenstaat hat er natürlich noch nicht bemerkt. Im Klassenstaat sitzen oft die größten Esel und Schurken in hoh Stellen, während arbeitsame ehrliche Menschen hunger müssen und tausende Talente verkümmern, weil sie arm sin

Herrn von Bülows Wut über die Sozialdemokratie ge so weit, daß er sich sogar einen anmaßenden Ton gegen d sozialdemokratischen Abgeordneten erlaubt. Ach, was ist de ein Reichskanzler besonderes? Er ist nichts als das Gesch eines einzelnen: Die Gnade des Kaisers macht ihn zu de was er ist; ein Wort, eine Handbewegung des Kaisers ka ihn wegfegen. Wesentlich schwieriger ist bekanntlich die B seitigung eines sozialdemokratischen Abgeordneten. Die älte Mitglieder unserer Reichstagsfraktion sitzen noch fest auf ihr Bänken, während vom Bundesratstisch drei Reichskanzler u ein Haufen Minister herabgepurzelt sind. Und wenn sie no mehrere Jahre leben, werden sie auch den vierten, vielleic auch noch den fünften Kanzler herunterkugeln sehen.

Also, nur hübsch bescheiden, Herr Graf von Bülo

R. K.

Japan und Rußland.

Zur Fortführung des Krieges

wird heute aus Tokio gemeldet: Japan ist dabei, de russischen Plan der Reorganisation der Armee in der Man schurei durch umfassende Vorbereitungen zu begegnen, inde es die gegenwärtigen Einheiten verdoppeln und stellenwei verdreifachen will. Man nimmt an, daß im Herbst die jap nischen Streitkräfte über eine Million stark se werden, einschließlich der tatsächlichen Feldarmee von 700,00 Mann. Die Japaner sind völlig überzeugt, daß sie Char bin nehmen und besetzt halten und gleichzeitig gegen d Russen im Osten operieren können.

Ueber die russische Flotte

ist nichts Neues zu berichten außer der Tatsache, daß d neutralen Mächte sich nicht sehr sympathisch gegenüber Ru land benehmen. Die Niederländer wollen das russische G schwader in ihren Häfen höchstens 2 Tage, die Amerikane überhaupt nicht beherbergen.

Nach einer Depesche ist die russische Flotte zehn Meilen nor westlich von den Anamba-Inseln an der äußersten Grenze d Archipels vor Anker gegangen. Das niederländische Geschwad erhielt Befehl, sich zur Aufrechterhaltung der Neutralität dorthin z begeben.

Der amerikanische Gesandte in Tokio, Grissom, telegraphier dem Staatsdepartement, er sei davon in Kenntnis gesetzt worde daß Kelung, ein Hafen auf Formosa, für fremde Schiffe bis a weiteres geschlossen bleibt.

Die kritischen Studenten.

Im „Boten von Taganrog“ findet sich folgende Erzählung eine russischen Seeoffiziers, M. Garschin, der die Belagerung Po Arthurs mitgemacht hat: Im Hospital wurde Garschin mit eine verwundeten japanischen Studenten der Universität in Tok bekannt, der auf nachstehende Weise als Gemeiner zur Operation armee kam. Die japanische Regierung meldete einige Male eine bestimmten Tag, an dem Port Arthur voraussichtlich eingenomme sein werde. An den bestimmten Tagen wurden in Tokio nationa Feiern veranstaltet, jedesmal aber brachte der Telegraph den jubelnde

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

79] (Nachdruck verboten.)

Der Wärter kam gegen Mittag. Er machte einen biederen Eindruck mit seinem braunen, vollbärtigen Gesicht. Er nannte seinen Namen: Alons Burscheid. Lotte hörte an seiner Aussprache sofort, daß er Westfale war. In der umständlichen Art gewöhnlicher Leute erzählte er seine Lebensschicksale, er war Reitknecht bei einem Gutsbesitzer gewesen, hatte seinen an Gehirnerweichung erkrankten Herrn in die Anstalt begleitet und war nach dessen Tode dort Wärter geblieben. Aber es gefiel ihm dort nicht, er sehnte sich wieder unter vernünftige Menschen. Der Ingenieur, dessen Pfleger er seit kurzem war, war nach seiner Ansicht so gesund, daß er nicht begriff, warum man ihn in eine Anstalt sperrte. Von seiner Verwundung hatte er sich ziemlich wieder erholt, nur war er sehr niedergedrückt und traurig, und sein einziger Wunsch war, die Anstalt zu verlassen. Da sie in diesem Bestreben beide sympathisierten, war es ihm als das Beste erschienen, wenn sie gemeinsame Sache machten.

Er setzte ihr dann auseinander, wie er sich die Flucht vorstellte. Das Fräulein sollte Reichenberg verlassen und sich in Romannshausen einmieten. Ihr Vater würde außerordentlich streng bewacht. Seit dem Besuch seiner Frau hatte er die Anstalt nicht verlassen. Aber er hoffte, über kurz oder lang die Erlaubnis zum Besuch der Wirtschaft zu bekommen. An einem verabredeten Tage sollte das Fräulein mit dem Wagen am anderen Ende des Dorfes halten. Dann würden sie nach Romannshausen fahren und von da möglichst rasch die Grenze zu erreichen suchen.

Lotte reiste noch denselben Tag ab und nahm sich in einem unscheinbaren Hotel ein Zimmer. Die folgenden Tage verbrachte sie in fortwährender Spannung. Sie schrieb an ihre Großmutter, der sie ihr Vorhaben, so weit es ging, auseinandersetzte. Sie bat um Geld und legte zugleich einen anderen Brief an ihre Mutter ein, der von Eisenach aus abgeschickt werden sollte.

In dieser Zeit reifte sie sehr. Aus dem hilflosen Ding, das unbewußt immer nach Anlehnung suchte, wurde eine selbständige Person, die ihre eigenen Wege ging. Sie dachte viel an Claus Fernow. Es tat ihr leid, daß sie ihn durch ihren scheinbaren Mangel an Vertrauen verletzt hatte. Eines Tages schrieb sie ihm den Grund ihrer plötzlichen Abreise, indem sie nur das, was ihre Mutter betraf, überging. Seine Antwort kam fast umgehend. Er fragte sie, ob sie seine Frau werden wolle? Wenn er kommen dürfe, solle sie telegraphieren. Sie schickte ein Telegramm ab.

Als Lotte ihn von der Bahn abgeholt hatte, wurden sie von einem Schneegestöber überrascht und mußten sich in den Gasthof begeben. Sie sagte der Wirtin, die ihr das eigene Wohnzimmer zur Verfügung stellte, der Angekommene sei ihr Bruder. Und wer sie zusammen sah, konnte sie wohl für Geschwister nehmen. Sie schwelgten nicht in einem Liebesrausch. Sie waren beide still und ernst. Aber sie hatten das Gefühl, welches sie bis in ihr tiefstes Innere mit Frieden erfüllte, daß es so hatte kommen müssen, und daß es so gut war.

Gegen Abend begleitete Lotte ihren Verlobten an die Bahn. Sie gingen Arm in Arm die von weißem Schnee und schwarzer Kohlenasche bedeckte Chaussee hinunter. Von dem bunten Zeug, dem lärmenden Geräusch, das in der Reisezeit hier die Augen blendete und die Ohren betäubte, war nichts zu spüren. Kein Mensch ließ sich sehn. Im nebeligen Dunst spieen die Fabrikessen ihre dunkelrote Lohe aus, die Schornsteine qualmten und mischten ihren Rauch in die tiefhängenden Wolken. Das schwarze Wasser des Stromes glitt unhörbar dahin, eine öde, dunkle Fläche.

Lotte kehrte heim, hoffnungsfroh und gestärkt. Es vergingen Tage auf Tage. Der Schnee schmolz. Dann wurde das Wetter wieder schlechter. Sie saß am Fenster und wartete. Sie hatte die Berechnung der Zeit verloren. Trotz ihres Glücks drückte sie die Melancholie dieser einsamen, langsam hinschleichenden Tage. Eines Sonntags sah sie einige Kinder auf der Straße mit Masken spielen. Ihr fiel ein, daß Fastnacht sei. Am Abend, bevor sie schlafen gehen wollte, kam ein Telegramm an: „Morgen Vormittag um elf.“

In aller Frühe ging Lotte zu dem Hauderer und bestellte den Wagen auf halb neun. Es war kurz nach zehn, als sie an der verabredeten Stelle vor dem Dorf ankam. Lotte stieg die Anhöhe hinauf und setzte sich auf einen Chausseestein. Der scharfe, noch vom Schnee kalte Frühlingswind strich ihr über das Gesicht. Ringsum wellten sich die braunen Aecker, aus denen die ersten Spitzen der Wintersaat hervorsahen. In einem Vicinalweg fuhr mit einem Ochsengespann ein Bauer, dessen Peitschenknallen die klare Luft zerriß. In den nahen Furchen trippelten Haubenlerchen. Unter ihr lag das Dorf, dessen Kirchturm den Schloßbau verdeckte. Sie sah nur die grauen, schnurgeraden und fast endlos sich erstreckenden Parkmauern.

Jetzt tauchten aus der krummen Dorfstraße zwei schwarze Gestalten auf.

Einen Augenblick wartete sie noch, um sich zu überzeugen, daß es die Erwarteten wären. Dann eilte sie ihrem Vater entgegen, wollte ihn umarmen und küssen. Aber sie blieb erschrocken vor ihm stehen und konnte kaum einen Gruß stammeln. Der Wärter hatte ihn unter den Arm genommen, und während er ihn weiterschleppte, streckte Horstmann schlaff seiner Tochter die Hand hin und murmelte etwas, was sie nicht verstand. Auf Geheiß des Wärters faßte sie seinen anderen Arm unter. So eilten die drei die Anhöhe hinauf. Dem jungen Mädchen stürzten bei jedem Schritt unaufhaltsam die Tränen aus den Augen. Aber sie kämpfte ihren Schmerz nieder, bevor sie den Wagen erreichten. Ihr Vater saß neben ihr und blic mit finsterem Ausdruck vor sich hin. Als er bei einem Stoß de Wagens den Kopf aufrichtete, sah sie die tiefe schartige Narbe a seinem Hals. Aber es war nicht das, auch nicht die Gebrochenhe seines Körpers und sein schlohweißes Haar, was ihr den furchtbare Eindruck machte, sondern dieser starre, unbewegliche Ausdruck seine Gesichts, als wenn sich der Schmerz darin versteinert hätte. E sprach kein Wort und schien seine Tochter kaum zu bemerken.

Der Wärter war sehr aufgeregt und schwatzte ununterbroche Nach seiner Meinung war die Flucht nicht bemerkt worde Schlimmsten Falles würde ihre Abwesenheit beim Mittagessen au fallen. Wenn es aber gut ging, konnte auch der Nachmittag darüb vergehen. Denn da heute Abend eine große Theatervorstellung stat finden sollte, herrschte eine ziemliche Unordnung in der ganze Anstalt.

Der Kutscher fuhr in scharfem Trab, kurz vor zwölf hatten si den Romannshausener Bahnhof erreicht. Sie benutzten eine Bummelzug bis Köln, von hier wollten sie auf Anraten des Wärter über die belgische Grenze nach Verviers fahren, das sie bequem bi zum Abend erreichen konnten. Horstmann stimmte zu. Er macht einen vollkommen apathischen Eindruck. Nur ließ er sich von seine Tochter das Geld aushändigen und blätterte im Kursbuch. Da si in Köln eine Stunde Aufenthalt hatten, gingen sie in den Wartesaa und bestellten sich Mittagessen. Plötzlich stand Horstmann auf. De Wärter wollte ihn begleiten, aber er sagte, er käme sofort wieder Als aber der Kellner schon die Suppe gebracht hatte und er no nicht wieder da war, schickte Lotte beunruhigt ihm den Diener nac Eine geraume Weile verging. Schließlich kam Burscheid mit rote Kopf zurück und meldete, daß er seinen Herrn nicht finden könn Sie suchten nun gemeinsam auf dem großen Bahnhof, in dem Ge dränge der ankommenden und abfahrenden Reisenden, fragten alle Be amten, die Frau an der Toilett- die Droschkenkutscher am Ausgang Niemand konnte ihnen Auskunft geben. Endlich erfuhren sie vo einem Schalterbeamten, daß ein Herr, auf den die Beschreibung paßte sich ein Billet nach Düsseldorf genommen und dabei einen Hundert markschein gewechselt habe. Der Zug war gerade abgegangen. E blieb ihnen nichts anderes übrig, als angsterfüllt auf den nächsten Zug zu warten und dann dem Durchbrenner nachzufahren.

Als Horstmann in Düsseldorf ankam, fand er die Stadt i einem wahrhaft närrischen Taumel. Der Rosenmontagszug hatte auf dem Heimwege begriffen, eben die Alleestraße passiert. In de Telegraphendrähten, den dürren Aesten hingen noch Papierschlange und grell bemalte Leinwandfetzen. Ein als Café chantant aus staffierter Wagen mit dem Riesentransparent: „Düsseldorf wird Großstadt“, dessen Deichsel gebrochen war, stand mitten auf de Straße.

(Fortsetzung folgt.)

Japanern eine Enttäuschung. Da überreichten ungefähr zweitausend Studenten der Universität Tokio dem Mikado eine Petition, in der sie die Abberufung des Generals Nogi und der übrigen Kommandierenden vor Port Arthur und ihre Ersetzung durch energischere Leute verlangten, die den Willen des japanischen Volkes, Port Arthur endlich zu nehmen, ausführen könnten. Auf diese Petition erfolgte folgende Resolution des Mikado: „Sämmtliche 2000 Studenten, die diese Petition unterfertigt haben, sind sofort zur Armee des Generals Nogi zu senden, um die Einnahme Port Arthurs zu beschleunigen.“ Die Studenten wurden nach Dalny geschickt und nahmen an allen Angriffen auf Port Arthur Teil. Nach Einnahme der Festung waren von den 2000 Studenten nur noch 50 am Leben.

Hinrichtung japanischer Spione. Die „Times“ meldet aus Petersburg, daß fünf verkleidete japanische Offiziere, die als Spione tätig waren, in der Nähe von Wladiwostok von den Russen ergriffen wurden. Die japanischen Offiziere waren als Bahnarbeiter verkleidet. Sie wurden in dem Momente ergriffen, als sie die Verteidigungswerke von Wladiwostok photographieren wollten. Die Dokumente, die man bei ihnen fand, bewiesen, daß sie bereits früher sehr wertvolle Informationen über die militärischen Geheimnisse von Wladiwostok nach Tokio übermittelt hatten. Alle fünf wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und 24 Stunden nach der Verhaftung aufgehängt.

Politische Uebersicht.

Worte des neuen Polizeiministers. Herr von Bethmann-Hollweg, der Nachfolger Hammersteins im preußischen Ministerium des Innern, hat am Freitag im preußischen Abgeordnetenhause eine Rede gehalten, die er wohl als programmatische Kundgebung aufgefaßt sehen will. Tatsächlich waren es ganz vernünftige Sätze, die der Minister in wohlgeordneter und wohl auch vorbereiteter Rede vorbrachte, als er zu dem Kommissionsberichte über Schaffung eines Volkswohlfahrtsamtes Stellung nahm. Es fragt sich nur, ob der Minister seinen Worten auch den Sinn unterlegt, den der naive Untertanenverstand herausfinden muß. Hier scheint uns aber ein dickes Fragezeichen dringend erforderlich zu sein. Doch sehen wir zu, was der Herr v. Bethmann-Hollweg zu erklären für gut befand.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen sagte er über Volkswohlfahrtspflege:

Schließlich bildet die Förderung nationaler Volkskultur den Kern jeder staatlichen Maßregel oder sollte ihn bilden. Ich persönlich halte diejenigen Beamten für die tüchtigsten, welche den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Förderung der Volkskultur erblicken. (Beifall.) Zweifellos ist auf dem Gebiete der Volkswohlfahrtspflege, ganz abgesehen von der Tätigkeit der Staats- und Reichsbehörden, sehr viel geschehen, aber es bleibt auch noch sehr viel zu tun übrig. Es sind ebenso interessante wie bedauerliche Zahlen über die Säuglingssterblichkeit angeführt worden. Vielleicht ist mir eine Bemerkung allgemeiner Natur gestattet. Man hat in den letzten Jahrzehnten das Gewicht gelegt auf die Fürsorge für die in irgend einer Beziehung Schwachen, auf die Verbesserung der Krankenhauspflege, die Gründung von Heilstätten und auf die Unterbringung von Siechen, Krüppeln usw. Persönlich will mir scheinen, daß man auch der gesunden Bestandteile des Volkes gedenken muß. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden daraus nicht die Folge zu ziehen haben, daß wir in der Fürsorge für die Schwachen nachlassen, wohl aber die Lehre, daß wir bei der Förderung für die Gesunden Unterlassenes nachzuholen haben. (Beifall.) Schließlich steht und fällt die Zukunft unseres Vaterlandes doch mit der Frage, ob es gelingt, ein verweichlichtes und verzärtelteres oder ein körperlich starkes Geschlecht heranzuziehen, ob es möglich ist, im gesunden Körper einen gesunden Geist zu schaffen, das heißt einen Geist, dessen Bildungsbedürfnis nicht mit der letzten Klasse der Volksschule abschließt (Sehr gut!), für die die Ausbildung nationaler Charakterstärke eine selbstverständliche Aufgabe ist. (Beifall.) Auf diesem Gebiet der Volkswohlfahrtspflege, welche positive Werte schafft, indem sie vorhandene, gesunde Werte weiter entwickelt, gibt es unendlich viel zu tun und ich erwarte das Beste von der freien Tätigkeit des Volkes. Der Durst nach der Befriedigung derartiger Bedürfnisse ist auch in den unteren Schichten ein viel größerer als allgemein geglaubt wird. (Sehr richtig! links.) Auf Details brauche ich nicht einzugehen. Welche Lücken insonderheit in der Fürsorge für die der Schule entwachsene Jugend, namentlich auf dem Lande, noch auszufüllen sind, weiß jeder, der darüber nachgedacht hat. (Sehr gut! links.) Je unabhängiger man sich da von Vorurteilen religiöser, politischer oder sozialer Art hält, um so mehr werden wir zu Fortschritten in dieser Richtung kommen können. Es steckt in allen solchen Bestrebungen ein gutes Stück Optimismus und je mehr man sich da fern hält von jeder weltfremden Utopie, um so mehr wächst das Vertrauen zu der Entwickelungsfähigkeit menschlicher Art. Ohne dieses Vertrauen und diesen Optimismus möchte ich nicht an dieser Stelle stehen.

Zu einem anderen Punkte äußerte der Minister noch: Zweifellos ist sehr viel Leichtsinn in vielen vorhanden, die in zerlumpten Kleidern auf der Landstraße einhergehen, aber man kann doch die Frage aufwerfen, ob die Anzahl dieser Leute viel größer ist, als die Zahl derjenigen Leichtsinnigen, die in eleganter Kleidung auf den Boulevards verkehren. (Sehr richtig links.) Man soll dem Arbeitslosen, aber Arbeitswilligen, Arbeit zu vermitteln suchen und die Arbeitsunwilligen zur Arbeit anhalten.

Bedenkt man, daß diese Worte aus dem Munde eines preußischen Polizeiministers kommen, wird man sie als recht vernünftig bezeichnen müssen. Freilich, es ist auch zu beachten, daß sich mit Worten vortrefflich streiten läßt, daß schöne Reden sehr billig sind. Wir werden jedenfalls abwarten müssen, welche Taten diesen Worten folgen werden. Eine sehr eigenartige Illustration dieser Ministerworte bildet jedenfalls die Verhandlung der Berggesetzkommission des preußischen Abgeordnetenhauses. Just zu derselben Zeit, wo Herr v. Bethmann-Hollweg sein Programm entwickelte, fielen die Dreiklassenmänner mit wahrer Zerstörungswut über die Berggesetznovelle her, um alles das wieder zu vernichten, was, wenn auch in völlig ungenügender Weise, den allerdings bisher nur in Worten betätigten Grundsätzen des Polizeiministers entsprach.

Ein feines Rezept. Zu den Beschlüssen der preußischen Berggesetz-Kommission liefern die „Hamburger Nachrichten“, das bekannte Bismarckblatt und Scharfmacherorgan, den richtigen Text. Am liebsten, so gestehen sie, sähen sie das Gesetz ganz scheitern, da jede zu Gunsten der Arbeiter etwa erlassene Bestimmung als Nachgibigkeit gegenüber der Sozialdemokratie gedeutet werden könnte. Und wörtlich fahren sie fort:

Man werde nicht ein, daß zwischen Arbeitern und Sozialdemokratie unterschieden werden müsse. Theoretisch mag ein solcher Unterschied berechtigt sein, praktisch ist er bedeutungslos. Die Sozialdemokratie wird immer den Vorteil haben, wenn den Arbeitern Konzessionen gemacht werden, denn stets wird diese Konzessionen als ihren Erfolg hinzustellen wissen . . . Anderes erhöht man nur das Ansehen dieser Partei bei den Arbeitern und das ist das Schlimmste, was geschehen kann.

So lange die Arbeiter keine Sozialdemokraten sind und keine Forderungen im Interesse ihrer Klasse aufstellen, braucht man auch keine Forderungen zu bewilligen. Stellen sie aber Forderungen auf und werden in Erkenntnis des Widerstandes, den die besitzenden Klassen diesen Forderungen entgegenstellen, zu Sozialdemokraten, so darf man ihnen auch nichts bewilligen, weil das ein Erfolg der Sozialdemokratie wäre. Die Arbeiter kriegen nichts, wenn sie Sozialdemokraten sind, und wenn sie keine Sozialdemokraten sind, kriegen sie erst recht nichts. Das Geschäftsinteresse des Kapitals bleibt auf alle Fälle gewahrt.

Interessant bleibt dabei nur für nachdenkliche Beobachter, daß es auf der einen Seite immer heißt: „Die Sozialdemokraten sind Feinde aller positiven Arbeit“, und daß man auf der anderen immer wieder sagt, man dürfe keine positive Arbeit im Sinne der Sozialreform leisten, weil damit der Sozialdemokratie ein Gefallen geschehe. Der Profit ist über die Logik erhaben.

Anarchist und Polizeipräsident. Der unter dem Namen „Senna Hoj“ bekannte Schriftsteller Johannes Holzmann, Redakteur der anarchistischen Zeitschrift „Der Kampf“, stand dieser Tage unter der Anklage des Vergehens gegen § 114 St.-G.-B. vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I.

Er wurde beschuldigt, es versucht zu haben, durch Drohung den Polizeipräsidenten v. Borries zur Unterlassung von Amtshandlungen zu nötigen. Nachdem ein Antrag des Angeklagten, die Verhandlung mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand zu vertagen, vom Gerichtshof abgelehnt worden war, erklärte der Angeklagte, daß er den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Dr. Oppermann und den Beisitzer Landgerichtsrat Braun wegen Befangenheit ablehnen müsse. Wie ihm bekannt sei, hätten beide Herren bei verschiedenen Gelegenheiten über die Presse Worte gesprochen und Urteile gefällt, die nach seiner Ansicht auf so falsche Vorstellungen von dem Wesen der Presse schließen ließen, daß er von ihnen kein unbefangenes Urteil erwarten könne. Dann komme, daß er selbst gegen beide Herren in der Presse polemisiert habe. Die beiden genannten Herren gaben die amtliche Erklärung ab, daß sie sich in keiner Weise befangen fühlten und die übrigen drei Mitglieder des Kollegiums lehnten nach kurzer Beratung den Ablehnungsantrag ab.

Zur Sache äußerte sich der Angeklagte dahin: Die ganze Angelegenheit hänge mit der „Bespitzelung“ solcher Personen zusammen, die in politischer Beziehung unbequem erscheinen. Er selbst sei in unangenehmer Weise überwacht worden. Am Sonntag, den 13. November, habe er sich mit mehreren Bekannten in dem Aschinger'schen Café am Alexanderplatz befunden. Als dann der Student Karfunkelstein in dem Lokal erschien und sich zu ihnen gesellte, seien diesem zwei Leute gefolgt, die ihn offenbar beobachteten. In dem Moment, wo er mit seinen Freunden aufstand und die Zeche bezahlte, seien auch die „Spitzel“ aufgesprungen und ihnen auf dem Fuße gefolgt. Die Verfolgung habe allgemein auffallen müssen. Am Ende des Alexanderplatzes habe er sich deshalb umgedreht und die beiden „Spitzel“ gefragt, was sie von ihm wollten und warum sie ihn belästigten, und als er darauf eine abweisende Antwort bekommen, habe er einen Schutzmann um Feststellung der beiden Leute ersucht, da er gegen sie strafrechtlich vorgehen wolle. Auf der Polizeiwache habe er sich legitimiert, die beiden Männer aber seien in ein besonderes Zimmer geführt worden. Sein Verlangen, daß ihm die Namen der beiden Männer genannt würden, habe der Wachtmeister abgelehnt und ihn an den Polizeileutnant verwiesen. Diesen habe er am nächsten Tage aufgesucht, aber auch er habe ihm die Nennung der Namen verweigert, und als ihm der Leutnant die Tür wies, habe er auch diesen um die Nennung seines Namens ersucht, aber auch damit keinen Erfolg gehabt. Erst daraufhin habe er den Brief an den Polizeipräsidenten geschrieben, der zur Anklage steht. In dem Briefe heißt es etwa wie folgt:

„Mein Herr von Borries! Ich hatte heute ein Rencontre mit zwei Gentlemen, die sich rühmen dürfen, in Ihrem und des Staates Sold zu stehen. Da ich nicht gesonnen bin, mir meine persönliche Freiheit auch nur um ein Jota beschränken zu lassen, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich die Unverschämten, die es ferner wagen sollten, mich zu bespitzeln und mich zu begleiten, sei es, daß ich allein, sei es, daß ich in Begleitung anderer Personen gehe, mit der Faust in das Gesicht schlagen werde. Die Folgen und die Verantwortung tragen dann Sie, mein Herr Polizeipräsident.“

Der Angeklagte bestritt, sich durch diesen Brief, den er als Privatbrief betrachtet habe, des Vergehens gegen § 114 schuldig gemacht zu haben. Einige Beweisanträge des Angeklagten, durch die er nachweisen wollte, daß er selbst schon mehrfach polizeilich beobachtet worden sei, und daß die ihn verfolgenden Leute gar keine „Beamten“ gewesen seien und es sich in dem Briefe gar nicht um die Unterlassung einer „Amtshandlung“ handeln könne, wurde vom Gerichtshof abgelehnt.

Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig nach § 114. Wenn sich der Angeklagte in Gesellschaft auswärtiger Anarchisten bewege, so müsse er es sich auch gefallen lassen, wenn er polizeilich beobachtet wird. Da hier ein junger Mensch, der noch nichts geleistet, einen hohen Beamten in unverschämter Weise belästigt habe, so beantrage er gegen den Angeklagten neun Monate Gefängnis.

Der Angeklagte beantragte dagegen die Freisprechung und erklärte, daß er den ganzen Prozeß für einen Tendenzprozeß halten müsse. Nach seiner Meinung habe der Polizeipräsident nicht das Recht, eine Person, gegen die nichts vorliegt, nach seinem Belieben überwachen zu lassen.

Der Gerichtshof war anderer Ansicht: Die Beobachtung von Personen gehöre zu den Amtsbeingnissen der Polizei, welcher die Sorge für die Sicherheit und das Leben des Publikums obliege.

Daß von seiten der Anarchisten Gefahren der bestehenden Gesellschaftsordnung drohen, sei gerichtsnotorisch und die Beobachtung von Anarchisten liege im Kreise der Amtspflichten der Polizei. Der Gerichtshof habe berücksichtigt, daß der Angeklagte bei der Abfassung des Briefes an den Polizeipräsidenten sich in Erregung befunden haben mag. Andererseits enthalte aber der Briefe in solches Maß von Ueberhebung, eine solche Mißachtung jeder Autorität und eine so flagrante Unverschämtheit, daß über das Mindest-Strafmaß hinausgegangen werden müsse. Der Brief sei für einen hochgestellten Beamten schwer beleidigend und verletzend, er müsse als frivol und frech bezeichnet werden, und deshalb habe der Gerichtshof auf vier Monate Gefängnis erkannt.

Ins Junkerparlament. Bei der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause im Wahlkreise Königsberg [illegible] wurden amtlicher Meldung zufolge insgesamt 331 Stimmen abgegeben, die alle auf Rittergutsbesitzer Hermann Nebbel (kons.) zu Sallusken im Kreise Heidenburg fielen. Nebbel ist mithin ohne besondere Schwierigkeiten gewählt.

Das neue elsässische Vereinsgesetz angenommen. Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen hat das von der Regierung eingebrachte Gesetz betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht in dritter Lesung in der ursprünglichen Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Schon wieder eine Opferliste. Ein amtliches Telegramm aus Windhuk meldet folgende Verluste unserer Truppen:

Gefallen: Reiter Johann Eckersberger; Reiter Heinrich Ebner; Reiter Joseph Groß, geb. am 12. Oktober 1885 zu Neustadt OS., früher Feldart.-Regiment 57 (Neustadt OS.) — Vizefeldwebel Hugo Nobel; Reiter Gottlieb Bähr.

Am Typhus gestorben: Reiter Richard Heinze, geb. am 23. Januar 1882 zu Maltsch, früher im Feldartillerie-Regiment 6 (Breslau), am 8. April 1905 im Lazarett zu Windhuk; Gefreiter Robert Schröter.

Unter den Herero, die sich ergeben haben und die gefangen genommen sind, ist die Sterblichkeit sehr groß. Bei den gänzlich ausgehungerten Leuten verursacht, wie die „National-Ztg.“ schreibt, die Rückkehr zu reichlicher Ernährung offenbar Krankheitszustände, die viele nicht überstehen können.

In dem Bebelschen Erbschaftsprozeß hat, wie aus Ulm berichtet wird, die unterlegene Partei Kollmann Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Ulm eingelegt.

Die oldenburgische Regierung lenkt ein. Nachdem sie verschiedene Male die Wahl unseres Genossen Hug-Bant zum Bürgermeister von Bant als ungiltig erklärt resp. nicht bestätigt hat, ist die oldenburgische Regierung neuerdings anderer Meinung geworden. Sie hat die Wahl des sozialdemokratischen Beigeordneten Schartauer zum Gemeinderat bestätigt.

Aus der Kriegsgerichtsverhandlung gegen den Musketier Böhle in Metz, der beschuldigt ist, ohne jede Veranlassung den Rentner Bangenez auf Posten erschossen zu haben, berichtet der „Vorwärts“ noch: Angeklagter: Als ich auf Posten stand, sah ich gegen 12½ Uhr, als ich um die Ecke zwischen die beiden Schuppen bog, eine Person. — Verhandlungsführer: Wo befanden Sie sich und wo war die Person? — Angekl.: Zwischen den beiden Schuppen. Ich sah die Person oben, da wo die Straße links geht. — Verhandlungsf.: Auf welche Entfernung haben Sie die Person gesehen? — Angekl. schweigt eine Weile. — Verhandlungsf.: Nun? — Angekl.: So lang wie die Schuppen sind. — Verhandlungsf.: Konnten Sie denn die Person sehen? Es war doch dunkel? — Angekl.: Die Laternen der Bahn gaben so viel Licht, daß ich sie sehen konnte. — Verhandlungsf.: Wo blieb denn die Person? — Angekl.: Sie ging der Bahn zu. Ich lief ihr nach, verlor sie aber aus den Augen. Als ich vorn um die Ecke bog, sah ich den Mann dicht an dem Schuppen. Ich lief weiter, er auch. Ich rief ihm dreimal „Halt“ zu, er blieb nicht stehen. Dann gab ich einen Schreckschuß ab. — Verhandlungsf.: In welcher Richtung haben Sie denselben abgegeben? — Angekl.: Nach der Bahn zu. Da plötzlich bückte sich der Mann zur Erde. Ich dachte, er wollte Steine schmeißen. — Verhandlungsf.: Woraus schlossen Sie das? — Der Zaun war doch da? — Angekl.: Der Mann bückte sich. — Verhandlungsf.: Also Sie schlossen dies lediglich aus der Tatsache, weil er sich bückte? — Angekl.: Ja. — Verhandlungsf.: Erzählen Sie weiter. — Angekl.: Dann legte ich mein Gewehr an und feuerte. Im Moment des Abfeuerns streckte sich der Mann und erhielt den Schuß in die Brust.

Blutrünstiger Katholizismus. In der „Germania“ dichtet einer:

Wir sind katholisch, fest und fest gewillt
Thron und Altar mit ganzer Macht zu stützen,
Für sie im Kampfe mit des Umsturz (!) Macht
Den letzten Tropfen Blutes zu verspritzen.

Das braucht nur in passende Musik gesetzt zu werden, und ein neues Schlachtenlied der schwarzen Husaren ist fertig!

Ausland.

Rußland.

Die russischen Advokaten für die Freiheit. In Petersburg versammelten sich 180 Rechtsanwälte aus dem europäischen Rußland zu einem allrussischen Advokatenkongreß. Die Polizei drohte die Versammlung gewaltsam auflösen zu wollen. Die Teilnehmer kamen daher Abends in der Wohnung eines Petersburger Rechtsanwalts zusammen. Polizeibeamte erschienen jedoch Nachts, notierten die Namen der Anwesenden und zogen sich dann zurück. Der Vorsitzende teilte hierauf mit, General-Gouverneur Trepow wolle die von auswärts gekommenen Advokaten ausweisen.

In einer später abgehaltenen Versammlung sprachen sich die Rechtsanwälte in einer Resolution für den Sturz des autokratischen Regimes, die Proklamierung einer demokratischen Verfassung, die Forderung der Volksbewaffnung und die Vorbereitung einer zukünftigen Revolution aus. Die Versammlung beschloß ferner die Bildung eines Zentralbureaus und die Gründung eines eigenen Preßorgans. In einer heute Abend abgehaltenen Versammlung wurde der Passus der Resolution über die Forderung der Volksbewaffnung gestrichen.

Die Schriftsteller Gorki und Andrejew sind aus Riga hier eingetroffen.

Unter den kürzlich in Petersburg verhafteten 12 Anarchisten war, wie jetzt auch die „Schles. Ztg.“ bestätigt, auch eine Studentin, Fräulein Leontjew, die Tochter des früheren Gouverneurs von Wlodimir. Bei einer Haussuchung, welche bei dem Gouverneur nach Verhaftung seiner Tochter vorgenommen wurde, fand man in dessen Wohnung eine größere Menge Sprengmaterial vor. Der Gouverneur Leontjew, ein alter Herr von 72 Jahren, sowie seine beiden Söhne, welche hier in Petersburg höhere militärische Posten einnehmen, sind in Untersuchungshaft genommen worden.

Haussuchungen. Unter dem Vorwande von sanitären Untersuchungen wegen der herannahenden Cholera werden in jüngster Zeit von der Polizei Haussuchungen vorgenommen, welche sich auf eine genaue Revision der Koffer, Spinde, Schubfächer usw. nach revolutionären Schriftstücken beziehen.

Die Gärung in Petersburg. Montag Abend nach Fabrikschluß versammelten sich an 8000 Arbeiter der Putilow-Werke, unter denen verschiedene Redner zur Revolution aufforderten. Die Reden wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Bemühungen der Polizei, die Redner zu verhaften, blieben erfolglos. Ein Polizeioffizier wurde durch einen Steinwurf verwundet.

Er dankt nicht ab. Die „Neue Freie Presse“ erklärt in entschiedenster Weise auf Grund einer an maßgebendster Stelle eingeholten Information die in einzelnen ausländischen Blättern aufgetauchten Gerüchte über Abdankungsabsichten des Kaisers Franz Josef für völlig unbegründet.

Der bestrafte Abgeordnete. In der Gerichtsverhandlung, in der sich der österreichische Abgeordnete Graf Sternberg wegen der am 16. Februar von ihm in der Vorhalle des Parlaments gegen den Vertreter des Prager jungtschechischen Organs „Narodny Listy“ verübten tätlichen Beleidigung zu verantworten hatte, wurde Sternberg zu tausend Kronen Geldstrafe, an deren Stelle im Falle der Nichteintreibbarkeit Haftstrafe zu treten hätte, verurteilt.

Ein Plädoyer für Abrüstung ist am Dienstag im französischen Senat gehalten worden. Bei der Beratung des Marinebudgets legte D'Estournelles gegen eine Vermehrung der Aufwendungen für die Flotte auf Kosten derjenigen für dringende produktive Zwecke Verwahrung ein und führte aus, die Herrschaft zur See könne nur einer Vereinigung von Völkern gehören. Eine solche Vereinigung müsse vorbereitet werden. Er sei überzeugt, daß man durch ein internationales Uebereinkommen die Rüstungen so regulieren könne wie die Zuckerbesteuerung. Redner wies auf das Beispiel Argentiniens und Chiles hin, denen es gelungen sei, Feindseligkeiten zu vermeiden, als sie schon am Vorabend eines Kampfes standen, und auf England und Rußland die den Fuller Zwischenfall auf friedlichem Wege beigelegt hätten. England und Frankreich könnten die Initiative zu einem solchen Schritt ergreifen. Es würde unentschuldbar sein, einen Versuch zur Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen beiden Ländern zu unterlassen. Der Senat möge seinen Einfluß aufbieten, um der Regierung, der Kammer und allen Parlamenten einen die Angelegenheit fördernden Fingerzeig zu geben.

Die Sache wird ernst. Einen großen Umfang nimmt die Pariser Tamburini-Verschwörung an. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der radikale Deputierte Laferre dem Ministerpräsidenten Rouvier Briefe republikanisch gesinnter Offiziere übergeben, die mitteilen, daß man sie gleichfalls für das antirepublikanische Komplott anzuwerben versucht habe. Diese Offiziere werden als Zeugen vorgeladen werden. Hauptmann Tamburini hat im Dezember v. J. auch in Toulon mehrere Marineoffiziere für sein Unternehmen zu gewinnen gesucht.

In der Verschwörungsangelegenheit hat der Untersuchungsrichter im Einvernehmen mit dem Oberstaatsanwalt die bisher gegen die Verhafteten erhobenen Beschuldigungen des Diebstahls militärischer Uniformstücke, unerlaubten Besitzes von Kriegsmunition, in die Beschuldigung auf Komplott gegen die Sicherheit des Staates umgewandelt gemäß Artikel 91 des Strafgesetzbuches, der Anschläge zur Anstiftung eines Bürgerkrieges mit dem Tode bestraft.

Angesichts dieser Wendung der Sache wird die Frage um so interessanter, wer eigentlich die Hintermänner Tamburinis sind.

Städtische Wahlen in Amerika. In drei bedeutenden Städten, in Chicago, St. Louis und in Philadelphia, fanden kürzlich die Wahlen statt. Es entbrennt gewöhnlich bei den Stadtwahlen ein heißer Kampf zwischen den Parteien, denn die Bürger wählen nicht nur ihre Vertreter in die Stadtratsversammlung sondern auch alle höheren Beamten, vom Bürgermeister angefangen. In Chicago war die Wahlparole die Verstadtlichung der Straßenbahnen. Der Demokrat Deume, der erklärt hatte, daß er dafür eintreten werde, wurde mit 24,000 Stimmen gewählt. In Philadelphia siegten die Republikaner mit einer Majorität von über 150,000. In allen drei Städten hatten die Sozialdemokraten Kandidaten im Felde. In Chicago gab man sich besondere Mühe, den errungenen Erfolg vom letzten November, wo 45,000 Stimmen auf die sozialistischen Kandidaten fielen, zu behaupten. Bei den Stadtwahlen 1903 erzielten die Sozialdemokraten nur 11,000 Stimmen. Das Resultat ist noch nicht bekannt, ebenso wenig wie von St. Louis, wo ebenfalls die Partei große Anstrengungen machte. In Philadelphia ging die sozialistische Stimmenzahl etwas zurück. Es wurden 2078 Stimmen abgegeben gegen 3146 im letzten November; die letzte Stadtwahl brachte aber nur 1607 Stimmen.

Partei-Angelegenheiten.

Es geht vorwärts. Das neueste Verzeichnis der sozialdemokratischen Presse Deutschlands führt 55 täglich erscheinende Zeitungen an. Außerdem erscheinen nur noch 5 Wochenblätter und 2 wöchentlich zweimal erscheinende Blätter. Die bisher wöchentlich dreimal erscheinenden Blätter sind, wie bereits gestern mitgeteilt, in Tageszeitungen umgewandelt. Die einmal wöchentlich erscheinenden Blätter sind meistens Kopfblätter für die Landbevölkerung. Auch die Zahl der zweimal erscheinenden Blätter ist arg zusammengeschmolzen und wird wohl auch über kurz oder lang verschwinden, sie genügen ebenso wenig wie die dreimal erscheinenden den Bedürfnissen eines aufgeweckten Arbeiters.

Ein Jubiläum. Die belgische Arbeiterpartei feierte am Sonnabend und Sonntag das Fest ihres 20jährigen Bestehens. Die Partei wurde im April 1885 von einer Anzahl Parteigenossen offiziell gegründet, nachdem dieselben schon jahrelang zuvor für den Sozialismus gewirkt hatten. Unter den Gründern sind die bekannten Namen: Louis Bertrand, Anseele, de Paepe, Demblon. Im Maison du Peuple zu Brüssel wurde das Jubiläum in würdiger Weise begangen; Vandervelde hielt eine zündende Ansprache. Der Redner zeichnete in großen Zügen den Entwickelungsgang der belgischen Arbeiterpartei von 1885–1905. Die Fortschritte sind ungemein erfreulich gewesen. Aus dem kleinen Häuflein, das in einem obscuren Kellerlokal zusammenkam, ist eine Partei von einigen Hunderttausenden geworden, die in der Kammer 28 Vertreter hat und selbst im Senat wird ein Sessel von einem Vertreter der Arbeiterpartei eingenommen.

Der „Peuple“ hat anläßlich dieser Feier eine Festnummer herausgegeben. Diese enthält eine kurzgedrängte Geschichte der Partei, viele Reminiszenzen und auch die Bildnisse der verstorbenen Parteiführer, wie Jean Volders, Gustav Defnet, Cesar de Paepe und Alfred Defuisseaux.

Die Linzer Gemeinderatswahlen endeten mit einem Siege der Sozialdemokraten. Es wurden 10 Sozialdemokraten und zwei Nationale gewählt. Es war hier der großen Masse der Bevölkerung zum ersten Mal möglich, ihr Votum über die Gemeindewirtschaft bei einer Wahl auszusprechen. Während früher die Gemeinderatswahlen die Angelegenheit von einigen hundert besser situierten Leuten waren, marschierte diesmal die stattliche Zahl von 13,000 Wahlberechtigten auf. Es ist kein vollkommenes, allgemeines Wahlrecht, auf Grund dessen der Kampf ausgefochten wurde, denn die einjährige Seßhaftigkeit schließt noch immer viele Einwohner vom Wahlrecht aus. Der Kampf war ein intensiver; 78,7 Prozent der Wähler beteiligten sich am Hauptwahltag und über 79 Prozent bei der Stichwahl. Das Zusammengehen der Nationalen und Klerikalen hat nicht verhindern können, daß die Sozialdemokratie im vierten Wahlkörper den Sieg davon trug.

Arbeiterbewegung.

Ein Riesenstreik der Bauarbeiter droht in Berlin nebst 52 Vororten. Nachdem die Lohnvereinbarungen im Maurer- und Zimmerergewerbe den Arbeitern dieser Berufe vom 1. April b. J. ab den 73 Pfg.-Stundenlohn gebracht haben, der im nächsten Jahre auf 75 Pfg. steigt, hatten auch die Bauarbeiter aller Kategorien Forderungen aufgestellt und bei den Unternehmern zur Anerkennung eingereicht. Letztere haben nun zwar einige Zugeständnisse gemacht, die Hauptforderung aber, einen Minimalstundenlohn von 50 Pfg. für gewöhnliche Bauarbeiter, abgelehnt. Darauf beschloß am Sonntag eine von 2500 Bauarbeitern besuchte Versammlung einstimmig, entgegen den Vorschlägen der Schlichtungskommission, die Zugeständnisse der Baugewerksmeister abzulehnen, nochmalige Unterhandlungen mit den Unternehmern einzuleiten, und im Notfalle die Durchführung des notwendig Erkannten mit allen Mitteln durchzuführen. Bei einem etwaigen Streik dürfen mindestens 20,000 Arbeiter in Betracht.

Der Kampf im Kölner Braugewerbe. Die Verhandlungen zwischen der Boykottkommission und dem Syndikus der Brauereien verliefen ergebnislos. Die Kardinalforderung, Einstellung aller Ausgesperrten, wurde abgelehnt. Es wurde zugestanden, soweit Posten noch frei, Ausgesperrte einzustellen. Man wollte offenbar den Frieden nicht. Es ist möglich, daß der Kampf auf Rheinland-Westfalen überspringt, da allenthalben Maßregelungen organisierter Brauereiarbeiter vorgenommen werden.

Der Kölner Schneiderstreik dauert unverändert fort. Am Freitag waren die Parteien zum zweiten Male vor dem Einigungsamt, ohne daß eine Verständigung erreicht wurde. Die Gehilfen lehnten in geheimer Abstimmung die Angebote der Meister als unzulänglich ab. Fast die Hälfte der Ausständigen arbeitet zu neuen Bedingungen. Nachdem die drei größten Maßgeschäfte Kölns den Tarif anerkannten, ist der Sieg der Gehilfen außer jedem Zweifel.

Auch der Streik der Kölner Maler steht sehr günstig. Es haben 40 Arbeitgeber bewilligt; 200 Gehilfen arbeiten zu den neuen Bedingungen.

Ein Streik der Maurer und Bauarbeiter ist in Osnabrück ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Maler und Anstreicher in Aachen haben ihren Lohnkampf erfolgreich beendet. Von den etwa 300 Streikenden arbeiteten am Montag 246 Gehilfen bei 30 Meistern zu den bewilligten Bedingungen. Die etwa 50 noch im Streik Stehenden werden in den nächsten Tagen von den Großmeistern eingestellt werden, die den auf zwei Jahre gültigen Tarif unterschrieben haben. Es wurde bewilligt: eine Lohnaufbesserung von 5 Pfennig pro Stunde, 40 bezw. für 1906 42 Pfennig Mindestlohn; Ueberstunden 25, Nachtarbeit 50, Sonntags 100 Prozent Lohnaufschlag. Fast alle Streikenden gehörten der freien Gewerkschaft an.

Der Kampf im Wiener Tischlergewerbe beginnt im Sande zu verlaufen. Die Unternehmervereinigung hatte bekanntlich die Unterhandlungen abgebrochen; es haben aber nach und nach so viel Unternehmer für sich allein Verträge mit den Gehilfen abgeschlossen, das heißt deren Forderungen bewilligt, daß die Zahl der ausgesperrten Gehilfen jetzt auf 1000 herabgesunken ist. Damit haben die Gehilfen nach ca. dreimonatigem Kampfe den Sieg errungen, denn über kurz oder lang wird auch der Rest der Unternehmer den Gehilfen entgegenkommen müssen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 12. April 1905.

* **Zwei beachtenswerte Erfolge** hat der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter wiederum auf dem Gebiete der tariflichen Festlegung von Arbeitsverhältnissen zu verzeichnen. In der Zementwarenfabrik von C. H. Jerschke ist eine Lohnbewegung nach mehrmaligen Verhandlungen ohne Streik mit Erfolg beendet worden. Es wurde ein Lohnzuschlag von 15 bis 25 Prozent bewilligt. Die Arbeitszeit ist von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt worden. In der chemischen Fabrik, Aktiengesellschaft, vormals Heimann ist der Erfolg von Verhandlungen nicht minder günstig. Die Arbeitszeit ist gleichfalls auf zehn Stunden festgesetzt worden. Der Lohn der männlichen Arbeiter wurde um 10 Prozent erhöht. Den weiblichen Arbeitskräften wurde ein Lohn von 1.70 Mark pro Tag garantiert. Das sind 10.20 Mark Mindestlohn pro Woche gegenüber 7 bis 8 Mark, die von den Arbeitern bisher oft nur verdient wurden. In beiden Fabriken ist der Tarif durch Unterschrift anerkannt. Maßregelungen infolge der Lohnbewegungen sind ausgeschlossen und verpflichteten sich die Unternehmer, von dem Arbeitsnachweis des Verbandes im Bedarfsfalle weitgehendsten Gebrauch zu machen.

* **Zum Streik der Modelleure** wird uns berichtet, daß die Aussichten durchaus gute sind. Es ist gelungen, noch zwei Arbeitswillige zur Teilnahme am Streik zu überreden. Eine Firma, Cohn, Rosenstraße, hat die Forderung der Gehilfen bereits bewilligt. Es besteht Aussicht, daß angesichts der guten Konjunktur auch die übrigen Firmen werden nachgeben müssen.

* **Die Arbeitsverhältnisse in der Wäschefabrikation.** Das Gewerkschaftskartell berief für Dienstag eine öffentliche Versammlung in Ockels Lokal, Herrenstraße ein, zu der alle in der Wäschefabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen waren. Das Kartell hatte es an Bemühungen nicht fehlen lassen, um eine volle Versammlung zu stande zu bringen, denn es galt, die in dieser Industrie tätigen Personen, deren Lohnverhältnisse die denkbar ungünstigsten sind, zu organisieren. Leider war der Besuch kein solcher, wie man gehofft hatte.

Der Referent, Verbandsvorsitzender Keller-Berlin, schilderte einleitend die Entwickelung der Wäschefabrikation von den frühesten Anfängen bis zur Gegenwart. In früheren Jahren wurde die Wäsche in Nähstuben hergestellt. Durch die Einführung der Nähmaschinen trat eine Wandlung ein, von da ab entstanden die Wäschefabriken. Von England und Amerika überkamen sie nach Deutschland, wo sie gar bald emporblühten. Berlin verstand es, sich den Weltmarkt in dieser Industrie zu erobern. Von den 50,000 Arbeitern und Arbeiterinnen dieser Branche in Deutschland sind mehr als die Hälfte in Berlin beschäftigt. Mit den Jahren haben sich die Lohnverhältnisse immer mehr verschlechtert, so daß man ohne Uebertreibung behaupten könne, daß sie selbst bei den bescheidensten Ansprüchen an das Leben zum Lebensunterhalt nicht ausreichen. Das Dutzend Kragen, das beispielsweise mit 1.50 bis 1.75 Mk. bezahlt wurde, wird heute mit 70 bis herunter zu 20 Pf. entlohnt. Dabei sei die Wäschefabrikation eine der ungesündesten Industrien. Bleichsucht, Tuberkulose, Unterleibsleiden, Krampfadern sind die Krankheitserscheinungen, von denen die in ihr tätigen Personen befallen werden und dem Leben ein schnelles Ziel setzen. Insbesondere sei es die Glanzplätterei, die außerordentlich schädigend auf den menschlichen Organismus wirkt. die große Hitze, die Einatmung der Gase, ohne genügende Ventilation verursachten die schwersten Krankheiten. Die Gewerbeinspektion in Berlin hat sich veranlaßt gesehen, helfend einzugreifen und es sei auch Abhilfe geschaffen worden, aber trotzdem beständen noch große Uebelstände. Redner schilderte auch die Lohnverhältnisse in den Dampfwaschanstalten. Die Wäscherinnen erhielten 7—9 Mark, die Plätterinnen 10—11 Mark pro Woche. Ebenso niedrig wie in Berlin und noch niedriger standen die Löhne in Breslau. Er richtete zum Schluß an die Anwesenden die dringende Mahnung, sich in den Verband der Wäschearbeiter aufnehmen zu lassen und in Bekanntenkreisen für den Anschluß zu wirken. Er führte ihnen vor Augen, daß nur durch einen festen Zusammenschluß eine Verbesserung zu erzielen sei, daß eine solche notwendig und auch durchführbar sei, brauchte niemandem gesagt zu werden. Ein jeder müsse es an sich verspüren.

* **Die Ausbreitung der Genickstarre in Schlesien** nimmt in einem erschreckenden Maße zu. Es liegen darüber folgende weitere Meldungen vor:

Auf dem Dominium Hundsfeld ist der „Lokomotive“ zufolge ein 7 Jahre altes Mädchen, Tochter des Knechtes Walter, wie amtlich festgestellt worden ist, an epidemischer Genickstarre verstorben. — In Brieg sind unter der Zivilbevölkerung bisher 3 Fälle von Genickstarre amtlich konstatiert worden.

Im Kreiskrankenhause in Bolkenhain wurde, nach dem „Anz. f. Bolkenhain“, am Sonnabend, den 1. April, ein in Blumenau beschäftigter galizischer Arbeiter, der an Genickstarre erkrankt ist, aufgenommen. Er ist dort gestorben und bereits am vergangenen Donnerstag auf dortigem Kirchhofe beerdigt worden. Infolge dieses Todesfalls ist in Jauer beim 154. Inf.-Reg. an die Mannschaften der Befehl ergangen, jedweden persönlichen Verkehr mit Blumenau zu meiden. Auch ist der Empfang der Postsendungen aus Blumenau inhibiert worden.

In Myslowitz erkrankte der 9 Jahre Sohn des Rangiermeisters Synowietz. Der kleine Kranke wurde, da das städtische Krankenhaus überfüllt ist, in der Infektionsbaracke des dortigen Knappschafts-Lazaretts untergebracht. Gegenwärtig liegen in Myslowitz 13 Personen — meist Kinder — an Genickstarre krank. — In Leobschütz ist unter Erscheinungen, welche den Verdacht der Genickstarre nahelegten, die Tochter des Viehtreibers Bulla erkrankt. Auf ärztliche Anordnung wurde das Kind nach dem städtischen Krankenhause gebracht. Dort wurde in der Tat eine Gehirn- und Rückenmarkerkrankung konstatiert. Um festzustellen, ob epidemische Genickstarre vorliegt, wurde die Lumbalpunktion vorgenommen und die erhaltene Flüssigkeit sowie Blutproben der Kranken zur bakteriologischen Untersuchung nach Oppeln gesandt. Inzwischen sind alle erforderlichen Maßregeln getroffen worden. Der Vater der Kranken ist in seinem Berufe in der letzten Zeit öfter nach dem Kudustriebezirk gekommen, sodaß eine Uebertragung der Krankheit durch ihn vermutet wird.

In das Julius-Hospital in **Rybnik** sind eingeliefert worden: 2 Knaben des Restaurateurs Siedner (6 und 1¾ Jahr) und ein 2jähriges Mädchen des Kaufmanns Buchalik. Der klinische Verlauf der Krankheit spricht mit Sicherheit dafür, daß es bei diesen Fällen um Genickstarre handelt. Ferner sind aus dem Kreise zur Anzeige gelangt: je 2 Erkrankungen aus Schwierze und Mschanna, je 1 aus Koslawa bei Sohrau, Rogoisna, Karstenhütte und Paruschowitz. In letzterem Orte ist der 9jährige Knabe Henkelmann erkrankt. Im Julius-Hospital sind zur Zeit 5 Kinder und eine erwachsene Person in der Station für Genickstarre untergebracht. Der Tischler Dürrschlag ist als geheilt entlassen worden, ebenso der Knabe Sollors.

* **Vom Zirkus.** Das bekannte Gebäude am Luisenplatz in Breslau ist allabendlich das Ziel zahlreicher Unterhaltungsfreudiger, die sich an dem prachtvollen Manege-Schaustück „Klondike“ ergötzen und die großartigen dekorativen Darbietungen bewundern wollen. Aus der Provinz ist der Andrang verhältnismäßig ebenso groß, als aus Breslau. Alle Besucher aber kommen auf ihre Rechnung. „Klondike“ haben wir bereits eingehend geschildert und die „Goldgräber“, die dort sich produzieren, werden auf den „Goldgräber“ Busch neidisch sein, dessen Kasse erfreulicherweise jeden Abend sich füllt. Der „Meister aller Pferdebändiger“ Norton B. Smith, hat auch in Breslau vielfaches Staunen wachgerufen und an manchem Stammtisch werden die Leistungen des Amerikaners zweifelnd oder bewundernd besprochen. Neuerdings hat Herr Schumann, dessen Dressur-Erfolge man bereits zu Anfang der Spielzeit rühmen konnte, vier neubressierte Scheckenhengste vorgeführt. Als er gestern zum ersten Male dieses Quartett vorführte, fand er rauschenden Beifall bei dem zahlreichen Publikum. Auch Frl. Kaminska, die erst seit kurzem als Schulreiterin in Breslau auftritt, hat sich die größte Anerkennung aller Fachleute schnell erobert und allabendlich ist sie Gegenstand des Interesses und des Beifalls, der im Hause selten verhallte, ohne durch neuen abgelöst zu werden. — Das übrige Programm, das allerdings ständig wechselt, ist unseren Lesern in seinen Hauptzügen bekannt.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Klempner!** Sonntag, den 16. d. M. findet Vormittags von 9—12 Uhr eine Zusammenkunft der Vertrauensleute im Verbandslokal statt. Aus jeder Werkstatt soll der Vertrauensmann oder ein Kollege Bericht erstatten, wie die Tarife innegehalten werden. Die Werkstattstatistik ist abzuliefern.

Der Branchen-Vertreter.
F. Schneidewind, Posenerstraße 75.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein Attentat wurde in **Svsnowice** bei Kattowitz auf den Postdirektor Kradetzki (nicht Hüttendirektor) von einem Unterbeamten verübt. Das Befinden des Direktors, der einen Messerstich in die Lunge erhalten, gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Der Uebeltäter ist in Haft genommen. — Seit drei Tagen ist der in **Myslowitz** ansässige Steuersekretär Grämming verschwunden. — Beschlagnahmt wurde in **Posen** die Leiche eines neugeborenen Kindes, das die Mutter nach der Geburt in den Ofen gesteckt hatte, um es zu verbrennen. — Umfangreiche Unterschlagungen in der Kreiskasse zu **Posen** bildeten die Unterlage in der Anklage gegen den Vollziehungsbeamten August Schiller wegen Verbrechens im Amte. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in der Zeit von 1900 bis Oktober 1905 Beträge, die er in seiner Eigenschaft als Vollziehungsbeamter der Kreiskasse einzuziehen hatte, in seinem eigenen Nutzen verwendet und in dem von ihm geführten Kassenbuche nicht eingetragen zu haben. Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Neueste Nachrichten.

Der allrussische Professorenkongreß,

der seit dem 7. April in Petersburg tagte, hat eine Resolution angenommen, in welcher es für notwendig erklärt wird, daß unverzüglich ein Rechtszustand auf demokratischer Grundlage geschaffen werde. Die öffentliche Meinung sagt die Resolution weiter, fordere entscheidenden Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte. Die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität, des Bekenntnisses und des Standes müsse in gleichem Maße zur Volksvertretung herangezogen werden.

Lohnbewegung.

Die Solinger Messerfabrikanten haben die geforderte Lohn-Erhöhung von 30 Prozent für ihre Arbeiter abgelehnt. Infolgedessen bereiten die Arbeiter einen allgemeinen Ausstand vor.

Briefkasten.

R. W., Loslau. Es kommt ganz auf das Statut der Kasse an. Wenn dasselbe so lautet, wie Sie mitteilen, dann haben Sie selbstredend Anspruch auf volle 26 Wochen Unterstützung.

Bänsch, Striegau. Die Adresse des Vortragenden ist P. M. Grempe, Berlin W. 57, Goebenstr. 21.

Z. F. Wenn Sie die Abmeldung so abgegeben haben, warten Sie das weitere ab. Wahrscheinlich liegt Unkenntnis des betreffenden Beamten vor.

K. R., M.-G. Damals handelte es sich nicht um die französische Grenze, sondern um die Grenze zweier deutscher Bundesstaaten. Ob jemand einen Schweinestall über die Grenze bauen darf, wissen wir auch nicht, haben aber unsere starken Zweifel.

A. Exner. Die „Neue Welt“ erhalten Sie nach, wir mußten uns dieselbe nachbestellen.

O., Hirschberg. Wir haben nichts dagegen, wenn Sie das Angekündigte mitbringen. Gruß!

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

11. u. 12. April	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.) . . .	+ 18,7	+ 14,1	+ 12,2
Luftdruck bei 0° (mm)	737,1	737,3	739,2
Dunstdruck (mm) . . .	6,9	7,2	8,2
Dunstsättigung (pCt.) .	43	60	78
Wind (0—12)	SO 3	W 3	SW 1
Wetter	bezogen.	bedeckt.	bedeckt.

Freie Turnerschaft Breslau.

Turnstunden: 1. Abt.: Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8—10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße. — 2. Abt.: Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8—10 Uhr in der städtischen Schulturnhalle, Posenerstraße. — 3. Abteilung (Turnerinnen): Jeden Donnerstag, Abends von 8½—10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße.

Aus der Geschäftswelt.

Modernes Spezialhaus für Damenputz. Durch Umbau ist im Hause Neuschestraße Nr. 55 unter der Firma Siegmund Zweig ein neues Spezialhaus für Damenputz geschaffen worden, das man bereits am Sonnabend eröffnet hat. Die Front des Geschäftes macht einen guten Eindruck, die Schaufenster sind auffallend dekoriert und die Lokalitäten der Neuzeit entsprechend eingerichtet.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles“ und die Inserate: **Franz Klühs**; — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“ **Paul Löbe**. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz**; — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau.

[Hierzu 1 Beilage.

Erste und grösste Damen-Mäntel-Fabrik

E. Breslauer

Albrechtsstrasse-, Ring- und Schmiedebrücke-Ecke.

En gros. * * * 1881. * * * **En détail.**

Enorme Sortimente aller Genres:

Kostümes, Jacketts, Paletots, Havelocks, Kragen, Reisemäntel, Kinder-Konfektion etc. 792

eigener Fabrikation zu ausserordentlich billigen Preisen.

Jacketts von 5 Mk. an	Frauenpaletots von 8 Mk. an	Kostümes von 10 Mk. an

„Manuel Menendez"
„Die Bienenbirin"
„Coppelia."

Lobe-Theater.

Morgen:
„Alt-Heidelberg."
Donnerstag:
„Der Raffelbinder."

Thalia-Theater.

Donnerstag (Volks-Vorstellung)
Morgen L. 3. Vorstellung:
„Der Milchmännerfresser."

Zirkus Busch.

Mittwoch, den 12. April 1905,
Abends 7½ Uhr, Gutenbergstr. 11 Uhr:
Parade-Gala-Abend.
Persönliches Auftreten
Sr.
Direktor Busch
mit Ihren 6 Lieblingen
Zum Schluß:
Ein Wettspringen bis über 10 Pferde.
Zum 1. Male:
Auftreten der Miss Emeline.
Zum 2. Male:
Herr **Ernst Schumann,**
genannt **Schreckenhengsten**
in seinem neuen Tanzes
Alda-Favory, [illegible]
gestiert von
Fräulein **Martha Wolinke.**
Vorher:
Der Tänzer „Tschingrau".
Große Quadrille
mit 12 Schulpferden.
Zum 19. Male:
Klondike
Großes Manège-Schauspiel des Zirkus Busch:
Ein Bild aus dem modernen Goldgräberleben Amerikas in 5 Akten.
Preise der Plätze ꝛc.
Vorverkauf siehe Plakate und Tageszettel.

Gold auf Pfänder zu leihen **Trebnitzerstr. 3** am Marktplatz. **Bock.** [illegible]

Dir. H. Krsinsik.
Ganz neues Programm
11 erstklassige Nummern, hier ohne Konkurrenz,
u. A. **Gabrun**
der in Breslau Aufsehen erregende kleinste Humorist.
Mr. **Harris**
der Nummerlösung auf dem Schlachtfeld.
Entrée 30 Pfg. Res. 50 Pfg.

Palmengarten
Dir.: **H. Krsinsik.**
Heute Donnerstag neu für Breslau:
Orangenfest in Italien.
Dazu zum 1. Mal in Breslau
Das große
Original-Bersaglieri-Orchester,
Dir. Vincenzo Finoli.
Kommen, sehen und staunen.
Entree frei.

Kommen Sie schnell!
Schuhwaren-Konsum
Matthiasstraße 9. 795
Nur kurze Zeit!
Großer Total-Ausverkauf des ganzen Warenlagers wegen Aufgabe dieses Lokals.

Damen-Stiefel	v. 3.90 an
Herren-Gamaschen	„ 3.85 „
Damen-Schnürschuhe	„ 2.60 „
Damen-Spangenschuhe	„ 2.90 „
Damen-H.-Chevreaustiefel	„ 6.50 „
Kinderschuhe	„ 55 Pf. „
Lastagin	„ 25 „ „

„Flora"
Dir.: **H. Krsinsik.**
Italienische Gesellschaft „La Fortuna",
Dir.: **G. Consentino,**
unter Mitwirkung der bildschönen
Neapolitanerin.
Entrée frei!

Vom 17. d. Mts. an
verreist.
Dr. H. Herz

Kanarienhecke mit Bauer à 10 und 12 M. zu verkaufen Gabitzstraße 49 IV [illegible] **Schneider.**

Pfannkuchen, Krabben
etc.
bäckt man nur noch mit halb Viola „Delikatess-Margarine" und halb Schweineschmalz.
Viola-Margarine giebt dem Gebäck den mürben feinen Buttergeschmack.

Wollen Sie
sich Geld sparen, nur durch Kaufen in der Fabrik. Kratzer nur 10 Mark. Rock Mark 18 Mark, elegant, zum Maße, besser Stg. Konfirmanden-Anzüge Mk. Mark.
Anzugfabrik, Wallstr. 17a II.
Auch Sonntag von 11 bis 2 Uhr.

Konkurrenzlos billig
kaufen Sie gegen
Teilzahlung
Möbel,
Polsterwaren,
Herren- u. Damen-Garderoben,
Uhren, Musikwerke, Kleiderstoffe, Bettwäsche,
Tisch-, Bett- u. Steppdecken,
Teppiche, Gardinen, Portièren, Läuferstoffe
und
Kinderwagen.
Anzahlung besonders gering.
Pinkus Hübner,
Ottostrasse 29, I. 302

Strohhüte
für Herren, Damen u. Knaben
Strohhut-
billigst **direkt** in der Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof,
Freund & Krebs.

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

Nähmaschinen
33 Filialen
Breslau, **Klosterstr. 10**
Ohne Anzahlung
wöchentlich **nur 1 Mark**
Spezialität: Schnellnäher für Konfektions-Näharbeiten.
Reparaturen schnell und billig
Alte Maschinen
werden in Zahlung genommen.
Für Nachweis zahle hohe Provision
Postkarte genügt. 617
Vertreter: Wilh. Weist,
Mechaniker.

Recht u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Miethsrecht von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. **20 Pfennige.**
Die Broschüre ist fachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethsrecht.
Durch unsere Expedition zu beziehen.

Möbel auf Kredit!
in Breslau's grösstem Möbel-Waren-Haus
von 793
S. Osswald
Schuhbrücke 74, I. II. u. IV.
gegenüber der Magdalenenkirche.
Kredit auch nach auswärts.
Kataloge gratis u. franko.
Sonntag geöffnet
v. 8–9 u. v. 11–2.
Auch gegen **bar.**

Selowsky's 713
BOLERO
mit und ohne Mundstück.
Allerfeinste 2 Pf. Zigarette.

Beilage zu Nr. 87 der „Volkswacht".

Donnerstag, den 13. April 1905.

Entwurf einer Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nach den Beschlüssen der Organisationskommission.

Die fettgedruckten Stellen sind Neueinfügungen gegenüber dem geltenden Organisationsstatut.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. **Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.**

Die Hälfte der Beisitzer wird **von den Angeschuldigten, die andere Hälfte von der antragstellenden Organisation bezeichnet, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört.**

Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 4. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten **binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils** die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils, sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 5. **Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen.**

§ 6. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 7. **Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.**

§ 8. **Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.**

§ 9. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 7 und 8 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 10. **Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 25 Prozent ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 75 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.**

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Vertrauenspersonen.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen. **Wählbar sind auch die Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.**

§ 12. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag. Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

Legt eine Vertrauensperson ihr Amt nieder oder tritt sonst eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen eine Neuwahl vorzunehmen und das Resultat derselben dem Parteivorstande bekannt zu geben.

§ 13. **Die Vertrauenspersonen der Wahlkreise haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibetrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.**

Den gleichen alljährlichen Bericht in Bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen bezw. die Bezirks- und Landesvertrauenspersonen zu erstatten.

§ 14. **Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.**

* * *

Die übrigen Paragraphen haben mit folgenden Ausnahmen keine Aenderungen erfahren:

Im § 18 heißt es, daß der Parteivorstand die Anträge zum Parteitage schon **drei Wochen** vor der Tagung zu proklamieren hat (bisher 14 Tage).

Der § 22 bestimmt, daß der Parteivorstand fortan aus **8 Personen** (bisher 7) besteht, und der

§ 25 hat folgenden Zusatz erhalten:

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

Domprobst und Schulmädchen.

Das nach viertägiger Verhandlung vor der Strafkammer in Mainz gegen den Domprobst Malzi aus Worms gefällte Urteil, das auf 1 Jahr Gefängnis und 150 Mk. Geldstrafe lautet, ist, wie aus Mainz berichtet wird, von dem Vorsitzenden der Strafkammer folgendermaßen begründet worden:

Als erwiesen erachtet ist, daß am 17. Januar der Angeklagte den Werner **wiederholt geohrfeigt** hat wegen der verlogenen Aussagen betreffs des Verkehrs mit dem Mädchen. Der Werner hat, über diese Körperverletzung beunruhigt, zu allem Ja gesagt. Als erwiesen erachtet ist somit, daß der Angeklagte sich der **Körperverletzung** des Zeugen schuldig gemacht, um ihn durch Zwang zu einer Aussage zu nötigen. Daher wird nach § 223 und in idealer Konkurrenz mit § 240 des Strafgesetzbuches die Strafe verhängt. Das Gericht ist der Ansicht, daß der Angeklagte kein **Züchtigungsrecht** über den Werner hatte, auch war er nicht von den Eltern autorisiert. Nicht erwiesen ist (abgesehen von der Gewalt), daß die Niederschrift unter Zwang erfolgt ist. Der Angeklagte sei daher mit **100 Mk.**, im Unvermögensfalle mit zehn Tagen Gefängnis zu bestrafen.

Die **Mißhandlung** der **Zimmermann** ist als erwiesen erachtet, und zwar ist der Angeklagte hier als Pfarrer handelnd angesehen worden. Daher fällt die Frage über Beamtenqualität fort. Da ihm als Seelsorger keine Züchtigung erlaubt war, so sei er nach § 223, mit Rücksicht des Verhaltens der Zimmermann, durch das er erregt war, mit **50 Mark** Geldstrafe eventuell 5 Tagen Gefängnis zu bestrafen. Ferner ist als erwiesen erachtet, daß die Zimmermann vom Angeklagten in dessen Wohnung bestellt worden war, in der dann auf die Kinder von dem Angeklagten eingewirkt wurde, das betreffende Schriftstück mit: „Es ist wahr" zu unterzeichnen.

Trotz des Leugnens des Angeklagten ist als erwiesen anzusehen, **daß die Kinder die reine Wahrheit gesagt haben.** (Bewegung.) Es ist zweifellos erwiesen, daß der Angeklagte 190[illegible] die Zimmermann verschiedene Male **geküßt** und zum **Lügen** gegen die Mutter **angehalten** hat und daß die Kinder die Erklärung, daß ihnen nichts geschehen sei, unterzeichnet haben. Diese Erklärung hatte nur Sinn, wenn etwas vorgefallen war. Das ganze Verhalten des Angeklagten hat dem Gericht die Ueberzeugung gebracht, daß die Kinder die Wahrheit sagen, zumal sie trotz aller Vorbehalte bei ihren Aussagen blieben. Das Gericht ist der Meinung, daß eine **objektiv unzüchtige Handlung** vorliegt. Ferner ist auch das subjektive Moment als vorhanden erachtet worden. Demnach ist die Anklage erwiesen, es tritt Strafe nach § 174 und nach § 176 ein. Als Strafe ist erkannt: im schweren Falle Zimmermann auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, im Falle Schmid von sechs Monaten. Die Gesamtstrafe beträgt **ein Jahr Gefängnis** und **150 Mark Geldstrafe.** Außerdem hat der Angeklagte die Kosten zu tragen.

Der Montignoso-„Simplicissimus"-Prozeß.

Zu dem Prozeß gegen den „Simplicissimus" wird dem „Vorwärts" ausführlich gemeldet:

Den Anlaß zur Klage bot ein in der Spezialnummer „Familienfest" erschienenes Bild „**Bange Stunden einer hohen Frau**" und der Text zu demselben. Zu einer entsprechend rührseligen Illustration von Wilhelm Schulz wird da erzählt, wie die verstoßene sächsische Kronprinzessin sich dem Schlosse naht, in dem der Christbaum brennt, und draußen im Schnee knieend sehnsüchtig hineinblickt in die erleuchteten Fenster: „O nimm sie auf."

Die Nummer wurde in Dresden beschlagnahmt und auf Umwegen über München in Stuttgart als dem Druckort unter Anklage gestellt. Man merkte dem Generalstaatsanwalt die Unlust an, die Anklage vor den Geschworenen zu vertreten. Weder er noch der Vorsitzende waren so recht im klaren, womit eigentlich die Anklage begründet werden könne. Während anfangs der Grund in dem Worte „verstoßen" gefühlt wurde, blieb zum Schlusse nur der aus Bild und und Text entspringende Gesamteindruck des Vorwurfs der Hartherzigkeit als Unterlage der Anklage übrig.

Das **Beweisverfahren** gestaltete sich kurz. Zunächst wurde konstatiert, daß die von der Verteidigung beantragte Beziehung der ehegerichtlichen Akten und die Ladung der Gräfin Montignoso **abgelehnt** wurde, weil das Gericht die von der Verteidigung unter Beweis gestellten Tatsachen als richtig annahm, daß das sächsische Hausgesetz vom verstorbenen König Georg dahin **abgeändert** wurde, daß eine Vereinigung der Gräfin Montignoso mit ihren Kindern völlig **ausgeschlossen** ist.

Der angeklagte Redakteur Linnekogel lehnt jede Aeußerung ab. **Th. Th. Heine**, der von der Verteidigung als Zeuge dafür geführt wird, daß die betreffende Nummer der Ironisierung der bürgerlichen Familienblätter vom Schlage der „Gartenlaube" und „Woche" gegolten habe, sagt in diesem Sinne aus. Das inkriminierte Bild insbesondere habe sich gegen die nicht echtem Mitleid, sondern plumper Spekulation auf die Philistersentimentalität entsprungene Stimmungsmache der Dresdener Sensationspresse gerichtet.

Der **Generalstaatsanwalt** verlangte trotzdem die Verurteilung, denn die Gräfin Montignoso sei nicht verstoßen worden, sondern geflohen. Was am 22. Dezember geschehen sei, könne nicht zur

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Vom Simplon. Die erste Fahrt durch den Simplon hat bereits stattgefunden und wird, nach der „Schles. Ztg.", wie folgt beschrieben: Ein langer, mit Grün geschmückter Zug kleiner, achtsitziger Wagen, wie sie täglich für die Ein- und Ausfahrt der Arbeiter gebraucht werden, steht bereit. Ein letztes Jubeln und Grüßen, und der Zug huscht im hochgewölbten, fertigen Hauptstollen dahin. Es geht ziemlich rasch, und bis zu den 27 Quergängen (mit dem zweiten Tunnel) ist die Wärme sehr angenehm, jetzt aber kommen wir an die Stelle, wo seiner Zeit im Nordstellen die erste heiße Quelle angebohrt wurde. Rasch steigt die Wärme, und bereits vorher erging das Kommando „Mantel ab". Auf allen Sitzen fangen die Gäste an zu schwitzen, als wären sie in einem russischen Bade. Und trotzdem war die Fahrt in dem fast trockenen Tunnel bisher angenehm, und kaum ist der neunte Kilometer passiert, so ertönt brausendes Hurra, und Welsche und Deutsche stimmen das „Rufst Du mein Vaterland" an. Wir sind an der Scheidegrenze beider Länder angelangt. Hoch oben wölbt sich ein flammendes Transparent, von keinen farbigen Acetylenflämmchen umkränzt und aus der Mitte grüßt weiterhin, trotz des Rauches unserer kleinen Lokomotive sichtbar, das eidgenössische weiße Kreuz im roten Feld. Noch wenige Minuten, und wir lassen die ganz auf italienischem Boden liegende Ausweiche, die einen eigenen, etwa 300 Meter langen Nebentunnel bildet und erst wieder nach einer großen, breiten, hallenartigen Anlage in den Hauptstollen mündet, rechts liegen. Vom zehnten Kilometer ab ist auf eine längere Strecke bis hart vor dem sogenannten Eisernen Tor die erweiterte Anlage mit hunderten von Flammen erleuchtet. Und hier in diesem Raume ist dicht neben der Wiedereinmündung des Ausweichetunnels in den Hauptstollen auf einer Art Felsenkanzel der Altar für die Segnung durch den Bischof von Sitten errichtet. Wir aber fahren noch ein paar hundert Meter weiter bis vor die verschlossene, starke, eiserne Pforte; hier hat die Auswölbung des Tunnels von der Nordseite her aufgehört, weil seiner Zeit das Wasser ein Vorwärtsbringen vom höchsten Niveaupunkt aus nach Süden unmöglich machte. Kaum stehen wir alle erwartungsvoll vor der verrammelten engen Pforte, so hören wir von drüben auch schon brausende Stimmen: Evviva Svizzera!" Auf einen Wink dreht sich das eiserne Schloß, die Tür geht auf, die Musik ertönt, und einen Augenblick spielt sich eine fast unbeschreibliche Szene ab. Aus einem engen Loche quellen die etwa 120 italienischen Gäste wie Bergmännlein hervor. Voran als erster kommt Oberingenieur Brandau über die Schwelle. Die aus Italien gekommen Gäste besteigen den Zug, mit dem wir von Brig gekommen, und wir schlüpfen nun durch das eiserne Tor und gelangen nach ein paar hundert Metern Fußwanderung zum Zuge nach der italienischen Südseite. Nun folgt eine fast gefährliche Fahrt; die Stützbalken reichen tief herunter, und alle Augenblicke ertönt der Ruf: Köpfe nieder!" Wir gelangen auf langsamer Fahrt ins Gebiet der heißen Quellen der Südseite, starke Panzerplatten halten sie gefaßt, Kaltwasserspritzungen nach allen Seiten treiben die Wärme auf etwa 30 Grad Celsius zurück, schwere Schweißtropfen fallen, aber erträglich ist's doch. Jetzt passieren wir die Durchbruchstelle vom 23. Februar. Man sieht natürlich davon nichts mehr. Das Loch ist nach allen Richtungen genau auf die Weite des Stollens erweitert. Endlich sind wir aus dem unangenehmen, etwa 800 Meter langen, noch nicht auf das volle Maß ausgeweiteten und ausgemauerten Teil heraus und in rascher Fahrt gehts nun Iselle zu. Um halb 3 Uhr grüßt uns das Tageslicht. Italienische Fanfaren erklingen, das Ende der ersten Durchfahrt ist erreicht.

Der Arzt als Giftmischer.

Der Prozeß gegen den Dr. med. Braunstein aus München begann an diesem Montag vor der ersten Strafkammer des Münchener Landgerichts I. Gegen den Angeklagten hat sich bekanntlich der Verdacht erhoben, seine Gattin auf der Hochzeitsreise **ermordet** zu haben, um sich in den Besitz ihres Vermögens zu setzen. Doktor Braunstein, praktischer Arzt und Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, soll in der Hauptstadt Bayerns eine ganz einträgliche Praxis gehabt haben. Nachdem er lange unvermählt geblieben war, verheiratete er sich dann noch mit einem Fräulein Minna Wege aus Halle a. S. Sofort nach geschlossenem Ehebunde unternahm Dr. Braunstein mit seiner jungen Gattin eine Hochzeitsreise. Was auf dieser zwischen den beiden Neuvermählten vorgegangen ist, wird wohl für immer verborgen bleiben, zumal Dr. Braunstein behauptet, seine Frau sei eines natürlichen Todes gestorben. Die irdische Hülle der jungen Frau ist, wie Dr. Braunstein behauptet, auf ausdrücklichen Wunsch der Verstorbenen durch Feuer bestattet. Frau Doktor Minna Braunstein besaß ein Vermögen von etwa 120,000 Mark. Sie soll bei ihrer Verheiratung bestimmt haben, daß sie zur Hälfte ihr Mann, zur anderen Hälfte ihre in Halle wohnende Stiefschwester, eine Frau Anna Sievers, beerben solle. Als sich das neuvermählte Ehepaar in Lugano befand, hauchte die junge Frau Dr. Braunstein, es war am Abend des 26. September 1903, ihr Leben aus. Dr. Braunstein übergab, wie erwähnt, den Leichnam seiner Frau dem Feuertode. Sogleich nach dem Ableben tauchten Zweifel auf, ob Frau Dr. Braunstein eines natürlichen Todes gestorben sei. Der neuvermählte Ehegatte hatte nämlich kurz vor dem Tode seiner Frau **deren Handschrift nachgeahmt** und in diesem den Halleschen Bankverein ersucht, das daselbst in Wertpapieren lagernde, der Frau Dr. Braunstein gehörende Vermögen an die Filiale der Deutschen Bank in München zu überweisen. Nachdem dies geschehen war, ahmte Dr. Braunstein nochmals die Handschrift seiner Frau nach und erklärte auf einem in dieser Weise hergestellten Schriftstück, daß Dr. Braunstein der alleinige Erbe des Vermögens seiner Frau sei. Dr. Braunstein ließ, unter **nochmaliger Fälschung** der Handschrift seiner Frau, die Filiale der Deutschen Bank in München, verschiedene Wertpapiere zu verkaufen, um den Erlös an Dr. Braunstein in Lugano zu senden. Diese Manipulationen waren um so auffallender, da Dr. Braunstein noch Schriftstücke mit der gefälschten Unterschrift seiner Frau an die Filiale der Deutschen Bank in München sandte, als seine Gattin bereits das Zeitliche gesegnet hatte.

Dr. Braunstein wurde einige Wochen nach dem Ableben seiner Gattin wegen Verdachts des Mordes, der Urkundenfälschung und des Betruges in Lugano verhaftet. Nach längeren diplomatischen Verhandlungen erfolgte die Auslieferung des Dr. Braunstein an das Landgericht München I. Dr. Braunstein **bestreitet** mit großer Entschiedenheit, seine Frau vergiftet oder eine sonstige strafbare Handlung begangen zu haben. Die angebliche Fälschung der Schriftstücke sei im vollen Einverständnis mit seiner Gattin erfolgt. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch einstweilen nur die Anklage wegen Urkundenfälschung und Betruges gegen Dr. Braunstein erhoben. Ob Dr. Braunstein sich später auch noch wegen Mordes zu verantworten haben wird, ist noch zweifelhaft, da der Leichnam der Frau verbrannt ist, mithin eine Ermordung schwer nachzuweisen sein soll.

Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden in dem Verhör am Montag, warum er den Namen seiner Frau mit verstellter Handschrift unter die verschiedenen Urkunden gesetzt habe, erklärte der Angeklagte: „Weil ich dazu das Recht hatte." Aus dem Verhör ging ferner hervor, daß der Angeklagte am Tage nach dem Tode seiner Frau, während diese noch tot im Hotel lag, eine Karte an eine Dame gesandt habe, in der es heißt, er lasse „einen Ganzen auf das Wohl der Dame steigen." Weiter ergibt sich aus dem verlesenen Schreiben, daß der Angeklagte den Tod seiner Frau bis in den Dezember hinein verschwiegen hat und noch Mitte Dezember in einem Brief schrieb, die Krankheit seiner Frau sei noch nicht behoben und sie werden wahrscheinlich den ganzen Winter über nicht nach Hause kommen können.

Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Angeklagte zu, die Handschrift seiner Frau auf deren Veranlassung nachgeahmt, bestreitet aber, eine Fälschung vorgenommen zu haben. — Vors.: Sie haben sogar Uebungen zwecks Nachahmung der Handschrift Ihrer Frau vorgenommen. — Angekl.: Das geschah alles im Einverständnis meiner Frau. Meine Frau wollte, daß ich alle ihre geschäftliche Korrespondenz führe. Das psychische Befinden meiner Frau war derartig, daß sie Geschäftsbriefe nicht schreiben wollte. — Vors.: Sie schrieben mit gefälschter Handschrift Ihrer Frau an die Filiale der Deutschen Bank: sie solle für Ihre Frau und Sie ein gemeinsames Konto errichten. Am 26. November 1903 schrieb die Filiale der Deutschen Bank an Ihre Frau: sie solle doch einmal persönlich nach München kommen. Dieser Brief ist mit Poststempel am 26. No-

Rechtfertigung des am 6. Dezember erschienenen Bildes angezogen werden. Der Vorwurf der Hartherzigkeit sei zweifellos ein Vorwurf des sittlichen Defektes, also eine Beleidigung.

Der *Verteidiger* wies nochmals auf den Gesamtcharakter der Nummer hin, die eben die falsche Rührsamkeit, die öde Klatschsucht und Plattheit der Familienblätter verhöhnen sollte, und bewies dies eingehend durch verschiedene Verlesungen aus der Nummer, die in dem überfüllten Auditorium und auf der Geschworenenbank große Heiterkeit hervorriefen. So verlas er aus dem graphologischen Briefkasten der Scherznummer die Antwort an einen Herrn Siegfried Meyer, aus dessen Handschrift der Redaktionsgraphologe herausliest, er beschäftigte sich mit zu vielen Dingen, folge den Wallungen plötzlicher Eingebung, habe eine unklare Liebe zur Kunst, lasse sich gern in schönen Stellungen photographieren usw.

Verteidiger *Hansmann* vermißte den Beweis, daß Bild und Text sich gegen den jetzigen König richteten. Tatsächlich ausgestoßen sei die frühere Kronprinzessin worden durch den bekannten Erlaß des Königs Georg, in dem von ihr als von einer Frau gesprochen wird, die im stillen längst gefallen sei. Unter dem Eindruck dieses Erlasses konnte der Angeklagte also schon am 6. Dezember 1904 an eine endgiltige Verstoßung der Königin glauben. König Georg habe die Entscheidung offenbar seinem Sohne nicht überlassen wollen, weil er aus der sächsischen Geschichte gewußt habe, daß Männer zuweilen schwach sind, und die Gräfin Königsmark stand doch gewiß weit unter der Gräfin Montignoso.

Ebenso groß wie die Prophetengabe des „Simplicissimus", der am 6. Dezember voraussagt, was am 22. Dezember sich in Dresden buchstäblich erfüllt hat, sei die *Naivität* des Dresdener Polizeipräsidiums, das sich eingebildet hat, *auf eine solche Anklage hin werde ein württembergisches Schwurgericht eine Verurteilung fällen*. Wenn ein Bürger eine so haltlose Beleidigungsklage erheben würde, müßte er noch die Kosten zahlen. Das freilich habe der König von Sachsen nicht zu befürchten. Strafbares sei nicht gesagt worden, denn es sei wahr, daß am 22. Dezember 1904 die Gräfin Montignoso verstoßen worden sei.

Nach etwa viertelstündiger Beratung verkündeten die Geschworenen den Freispruch, der von dem Auditorium mit lauten Bravo-Rufen aufgenommen wurde.

Es ist nicht zu übersehen, daß der König von Sachsen eigenhändig den Strafantrag unterzeichnet hat.

Vom Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Braunschweig, den 9. April 1905.

Sonntag Abend wurde der achte Verbandstag des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands durch eine Feier im größten Lokale der Stadt, dem „Hofjäger", eingeleitet, an welcher die Kapelle Heyland, die Liedertafel „Eintracht", der „Arbeiter-Gesangverein Braunschweig" und der Theaterverein „Freie Bühne" sich beteiligten. Nach dem wirkungsvollen Vortrage von Herweghs „Bet und arbeit, ruft die Welt" durch die „Eintracht" hieß der Braunschweiger Gauvorsitzende *Obermeier* die anwesenden, sehr zahlreichen Delegierten herzlich willkommen. Er verspricht, den Delegierten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Die Braunschweiger Maurer sind sich der Ehre bewußt, die ihnen durch die Abhaltung des Verbandstages widerfährt. Er bespricht das Wachsen der Braunschweiger Maurerbewegung, die vor drei Jahren „mit Mann und Maus" sich dem Zentralverband angeschlossen haben. Wie die Vergangenheit reich an Kämpfen war, wird es uns auch in Zukunft nicht daran fehlen. Die Verhältnisse spitzen sich derart zu, daß die Verstärkung der Organisation dringend notwendig ist. Er und mit ihm alle Kollegen wünschen, daß der Verbandstag zum Ausbau des Verbandes einen guten Teil beitragen wird. Der Kampf im Ruhrgebiet ist ein mahnendes Beispiel dafür, die Organisationsarbeit niemals ruhen zu lassen. Möge sich der 8. Verbandstag würdig seinen Vorgängern anschließen. Der Zentralverband und die deutsche Maurerbewegung, sie leben hoch! Delegierte und Gäste stimmten dreimal begeistert in das Hoch ein.

Sodann ergriff das Wort der erste Vorsitzende des Zentralverbandes, Reichstagsabgeordneter *Bömelburg*. Er begrüßte gleichfalls herzlichst die Delegierten und wies darauf hin, daß Braunschweig ein klassischer Boden für die Freiheitsbewegung des Volkes sei. Er erinnerte an Otto Walsters herrlichen historischen Roman: „Braunschweiger Tage", in welchem das erste Erwachen des Volksbewußtseins historisch mit photographischer Treue geschildert wird. In der Folgezeit verschob sich das Kampffeld von dem politischen auf das wirtschaftliche Gebiet. Auch die Maurer haben sehr frühzeitig an dieser Bewegung teilgenommen, wenngleich sie infolge der Streitigkeiten zwischen Eisenachern und Lassalleanern abseits von der ersten Fachorganisation standen. Aus jener Zeit lebt nur noch „*der alte Rieke*" unter uns als Veteran. In früherer Zeit also schon waren die Braunschweiger tätige Mitglieder der Arbeiterbewegung, und so ist es auch durch die Zeit des Sozialistengesetzes geblieben. Durch den Anschluß der Braunschweiger an die damalige Berliner Richtung kam es, daß sie erst vor drei Jahren sich der großen Organisation anschloß. Aber dem sei, wie ihm wolle, es bereitet uns aufrichtige Freude, unseren achten Verbandstag in einer solchen Stadt der Kämpfe, wie Braunschweig, abhalten zu können. Redner bespricht sodann das Kämpfen, Wachsen und Siegen der Braunschweiger Fachbewegung. Wie in Braunschweig, so sind auch im gesamten Verbandsgebiet durch die Tätigkeit der Organisation große Vorteile gewonnen. Manche Träne konnte getrocknet werden — ein Stück Kulturarbeit ist geleistet worden! Aber damit sind wir noch lange nicht zufrieden, die Zukunft wird uns Kämpfe sonder Zahl bringen, nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch in menschlicher Beziehung müssen wir vorwärts drängen, und wenn der Verbandstag diese Aufgabe erfüllt, wird er sich als gleichwertiges Glied seinen Vorgängern anschließen! Nicht nur die Delegierten, nicht nur die Maurerschaft — nein, Mann und Weib müssen den Gedanken der Arbeiterbewegung in immer weitere Kreise tragen! Die Worte des Dichters:

„Immer strebe zum Ganzen
Und kannst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied
Schließ' an ein Ganzes Dich an!"

sollen jedem Arbeiter und jeder Arbeiterfrau eine stete Mahnung sein, und in diesem Sinne erkläre ich den 8. Verbandstag für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Nach Konstituierung des Bureaus wird die Tagesordnung festgesetzt. Dazu wünscht *Richter*-Magdeburg die Einstellung des Punktes: „Der Generalstreik" in die Tagesordnung, da die Kollegen Deutschlands mit dieser Frage sich noch sehr wenig befaßt haben. Da ein formeller Antrag nicht gestellt wurde, wird die definitive Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

1. Berichte: a) des Verbandsvorstandes,
   b) des Ausschusses,
   c) der Redaktion des „Grundstein" über ihre Tätigkeit seit dem letzten Verbandstag.
2. Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. Referent: Kollege *Effinge*.
3. Korporative Arbeitsverträge. Referent: *Bömelburg*.
4. Maifeier. Referent: Redakteur *Päplow*.
5. Beratung der sonstigen Anträge, soweit sie nicht bei Punkt 1 bis 3 erledigt sind.
6. Wahl des Verbandsvorstandes, der Revisoren 2c.

Es folgen Kommissionswahlen. Das Bureau setzt sich zusammen aus: Reichstagsabgeordneter *Bömelburg*, Verbandsvorsitzender, *Hüttmann*-Frankfurt a. M. und *Silberschmidt*-Berlin als *Vorsitzende* mit gleichen Rechten, sowie aus den sechs *Schriftführern*: Müller-Norden, Feine-Elberfeld, Kelpin-Berlin, Mende-Dresden, Obermeier-Braunschweig und Dieckmann-Lübeck.

In die *Mandatsprüfungs-Kommission* werden entsandt: Kindervater-Mühlhausen i. Th., Meyer-Bromberg, Mittag-Zehdenick, Opitz-Altenburg, Schäfer-München, Steinröder-Kassel und Winnig-Gelsenkirchen.

Die *Redaktions-Kommission* zur Vorberatung der Anträge über Statutenänderung besteht aus: Berthold-Leipzig, Friedrich-Dresden, Philipp-Karlsruhe, Thöns-Berlin, Daehne-Berlin (Vorsitzender des Ausschusses), Päplow-Hamburg (Redakteur des „Grundstein") und Tönnies-Hamburg (Mitglied des Hauptvorstandes).

Zu einer Erklärung erbittet noch *Koch*-Magdeburg das Wort. Er konstatiert, daß Richter bei seinem Wunsche bezüglich der Anschneidung des Punktes „Generalstreik" lediglich im eigenen Namen sprach, von den Magdeburger Kollegen dazu keinen Auftrag hatte und diese für Verhandlungen über das Thema Generalstreik weder Bedürfnis noch Neigung haben. (Heiterkeit.)

Darauf werden die Verhandlungen auf Montag Vormittag 9 Uhr vertagt.

Achter Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Nach dem der Punkt „*Maifeier*" erledigt ist, geht der Verbandstag zur *Statutenberatung* über.

Verbandsvorsitzender *Behrendt* begründet in längeren Ausführungen die vom Vorstand vorgeschlagenen Aenderungen des Statuts und die Notwendigkeit der Beitragserhöhung um 5 Pfg. in jeder der acht Lohnklassen.

Es wird sodann beschlossen, den *Namen des Verbandes* wie folgt abzuändern: „Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands". Außerdem werden noch eine Anzahl Aenderungen redaktioneller Natur an dem Statut vorgenommen.

Eine heiße Debatte veranlaßt die vorgeschlagene *Beitragserhöhung*. Fast die ganze Nachmittagssitzung wird damit ausgefüllt.

Gegen die Beitragserhöhung sprechen sich aus Fröhlich-Köln, Heidemann- und Böttcher-Berlin, Reinecke-Leipzig, Hempel-Hamburg, Abraham-Spandau; für dieselbe Hartmann-Görlitz, Brandmohr-Bremen, Päckelmann-Frankfurt am Main, Lange vom Vorstand, Eckardt-Mannheim, Redakteur Töpfer, Bruhns-Wilhelmshaven, Viebach-Kassel.

Nachdem der Verbandsvorsitzende *Behrendt* noch einmal für die Beitragserhöhung eingetreten, wird dieselbe in namentlicher Abstimmung mit **72 gegen 32 Stimmen** beschlossen. Von dem Beitrag der Höchstklasse (60 Pfennig) sollen 44 Pfennig an den Hauptkassierer abgeliefert werden, während der übrige Betrag in der Lokalkasse verbleibt.

Als wichtigeren von dem Verbandstag beschlossenen Antrag führen wir hier noch folgenden an:

„**Zu § 6 des Statuts**: Wenn in einem Zweigvereinsbezirk Mitglieder beschäftigt sind, die auf Grund des § 25, Absatz 4 Mitglieder des Zweigvereins (bisher Zahlstelle) ihres Wohnorts bleiben wollen, dann erhält dieser Zweigverein von dem Anteil der Lokalkasse für jede von dem betreffenden Mitglied gekaufte Marke 5 Pfg. Das übrige nebst dem Lokalzuschlag gehört dem Zweigverein des Wohnorts. Die Abrechnung hat jedes Quartal zu erfolgen.

Inhaftierten-Unterstützung wird nur nach 26 wöchiger Beitragsleistung gewährt."

Die übrigen in der heutigen Nachmittagssitzung beschlossenen Statutenänderungen sind nur untergeordneter Natur.

In der Abendsitzung wurde die Statutenberatung zu Ende geführt. Die nächste Vormittagssitzung beschäftigte sich mit den Anträgen zum Streikreglement.

Der Verbandstag beschloß u. a. die Erhöhung der *Umzugsunterstützung*. Sie betrug bisher bei einer Entfernung von 20 bis 50 Kilometern 15 Mk., von über 50—100 Kilometern 25 Mk., von über 100 Kilometern 35 Mk. Sie beträgt jetzt 20, 30 und 40 Mk. auf die angegebenen Entfernungen.

Weiter wurde beschlossen, daß ein Streik schon beendigt werden kann, wenn *ein Drittel* der Streikenden die Beendigung beschließt.

Ein fernerer Beschluß lautet:

Verweigern ledige Kollegen die Abreise, so ist ihnen nach Ablauf der ersten Streikwoche die Unterstützung auf die Hälfte zu reduzieren und nach Ablauf der zweiten Streikwoche ganz zu entziehen. (Zusatz zu § 20 des Streikreglements.)

Als wichtige Neuerung ist auch der Beschluß zu bezeichnen, wonach die Bewilligung von Streiks und Sperren durch die Hauptverwaltung unzulässig ist, wenn die Zahlstellen ihre Schulden an die Organisation noch nicht gedeckt haben.

Ferner wird die Zahl der Mitglieder, die einen Delegierten wählen dürfen, von 250—500 auf 500—700 erhöht.

Kurz vor Schluß des Verbandstages entwickelte sich noch eine lebhafte Debatte über einen vom Verbandstag angenommenen Antrag aus Spandau, der die *Abschaffung der Akkordarbeit* verlangt. Diese Angelegenheit hat auch die früheren Verbandstage der Organisation schon beschäftigt, aber trotzdem sei, wie der Vorsitzende *Behrendt* hervorhob, von einer Einschränkung der Akkordarbeit noch nichts zu bemerken. Auch der heutige Beschluß werde an dem Uebel nicht viel zu ändern vermögen, weil die Bedingungen dazu noch nicht vorhanden seien.

Der Verbandstag nahm sodann noch folgende Anträge an:

1. In Erwägung, daß die Unternehmer verpflichtet sind, jedem ihrer Arbeiter einen bestimmten Teil der Beiträge für die Kranken- und Alters- und Invalidenversicherung zu zahlen, beschließt der Verbandstag, daß die Organisation die Hälfte der von den Verbandsangestellten zu zahlenden Beiträge für die *Unterstützungsvereinigung* zu tragen hat. Ebenso beschließt der Verbandstag, daß Zahlstellen, die Lokalbeamte haben, diese verpflichten, daß sie sich der Unterstützungsvereinigung der in der Arbeiterbewegung Angestellten anzuschließen haben; die Zahlstellen haben die Hälfte dieser Beiträge ebenfalls zu tragen.

2. „Allen Verbandsbeamten sind acht Tage Ferien zu gewähren."

Schließlich gelangte noch eine Resolution zur Annahme, die alle Zahlstellen verpflichtet, in Anbetracht der fortwährenden Preissteigerung aller Konsumartikel ihren Lokalbeamten ein Mindestgehalt von 1800 Mk. zu zahlen.

Der Hauptvorstand wurde um zwei Mitglieder vermehrt. Insoweit die alten Beamten in Frage kommen, wählte der Verbandstag dieselben wieder; neugewählt wurden als zweiter Vorsitzender *Brandmohr*-Bremen, während bezüglich eines neueinzustellenden zweiten Kassierers dem Vorstand das Recht eingeräumt wurde, sich eine geeignete Persönlichkeit dazu heranzuziehen.

Nach Wahl der Revisoren bestimmte der Verbandstag 10 Delegierte zum nächsten Gewerkschaftskongreß.

Als Termin [illegible] Inkrafttretens des neuen Instituts wurde der 1. Mai festgesetzt.

Damit [illegible] Arbeiten des Kongresses beendet.

Verbandsvorsitzender *Behrendt*-Hamburg warf [illegible] mal einen kurzen Rückblick auf die Arbeiten des Verban[illegible] deren Bedeutung für die Organisation hervor. [illegible] er die vom Reichstage beschlossenen Handelsver[illegible] Delegierten auf deren verhängnisvolle Wirkung [illegible] Arbeiterschaft hin, die daraus die Konsequenz [illegible] ihrerseits einen höheren Anteil an den Produkten [illegible] sichern. Wirkten die Delegierten in diesem Sinne, [illegible] überzeugt, daß nach zwei Jahren, wenn er sie ab[illegible] berufe, die Organisation wiederum einen gewaltigen [illegible] vorwärts getan haben werde. Nach herzlichen Dankes[illegible] Leipziger Kollegen, besonders an die Kommission zur Vorbereitung des Verbandstages, sowie ferner an die Leipziger Arbeiter-Sänger und an die Arbeiterschaft Leipzigs für die gastliche Aufnahme überhaupt schloß der Redner den Verbandstag mit einem Hoch auf die Organisation, in das die Delegierten enthusiastisch einstimmten. Darauf sangen die Delegierten stehend die Arbeiter-Marseillaise.

Abends zur Post gegeben und wie der Portier des Hotels Winter in Lugano bekundet hat, am Morgen des 27. November 1903 angekommen. Am 21. November 1903, Abends gegen 11 Uhr ist aber Ihre Frau gestorben. Am 27. November 1903, also nachdem Ihre Frau bereits tot war, schrieben Sie an die Filiale der Deutschen Bank in München: „Meine Frau ist krankheitshalber nicht in der Lage, nach München zu kommen. Ich werde dagegen in den nächsten Tagen zu Ihnen kommen. Ich ersuche Sie, für uns gemeinschaftlich eine Stahlkammer zu errichten, da wir Pretiosen und Silberzeug hinterlegen wollen." Ich bemerke wiederholt, Ihre Frau war, als Sie diesen Brief schrieben, bereits tot. Angekl.: Ich wollte den Tod meiner Frau nicht bekannt werden lassen. (Große Bewegung im Zuschauerraum.) Vors.: Wollen Sie diese Ursache nicht sagen? Angekl.: Nein. Vors.: Was veranlaßte Sie, das Vermögen Ihrer Frau von der Filiale der Deutschen Bank an die Bayerische Vereinsbank überweisen zu lassen. Angekl.: Auch dafür hatte ich meine Gründe. Vors.: Es ist höchst charakteristisch, daß Sie am 27. November 1903, also als Ihre Frau höchstwahrscheinlich noch als Leiche im Hotel lag, Sie an eine Dame eine lustige Karte schrieben. (Große Bewegung im Zuschauerraum.) Die Karte lautet: „Geehrte Frau! Der beste Wein, den es hier gibt, ist der „Mediko", ich leere soeben ein Glas auf Ihr Wohl." Angekl.: Das hat doch keine weitere Bedeutung. Vors.: Angeklagter, diese Karte haben Sie am 27. November 1903, wenige Stunden nach dem Ableben Ihrer Frau, als Sie höchstwahrscheinlich noch im Hotel als Leiche lag, geschrieben; das ist doch sehr bezeichnend; der Angeklagte schweigt. Vors.: Ihre Sucht, eine Geldheirat zu machen, geht auch daraus hervor, daß, während Sie im Jahre 1901 in Halle wohnten und bereits mit Ihrer verstorbenen Frau ein Liebesverhältnis unterhielten, Sie noch mehrere andere Bräute suchten. So haben Sie sich z. B. gleichzeitig um die Hand einer Dame namens Julie Weber bei Leipzig beworben. Sie haben sich dieser als Dr. Stein, praktischer Arzt in Halle a. S. vorgestellt und ihr auch eine Visitenkarte mit dem Namen Dr. Stein, praktischer Arzt, gegeben. Sie müssen also falsche Visitenkarten geführt haben. Ferner haben Sie sich um die Hand einer Tischlersfrau namens Amalie Sandner in Halle beworben. Angekl.: Heiraten wollte ich aber nur Frl. Minna Wege. Vors.: Sie haben alsdann noch eine ganze Reihe von Heiratsverbindungen angeknüpft. Am 14. September 1903 verlobten Sie sich mit Minna Wege, Ihrer verstorbenen Frau, und am 8. Oktober 1903 traten Sie in Beziehungen zu einer geschiedenen Frau in Leipzig. Sie schrieben dieser: Ich bin überzeugt, daß wir eine gute, glückliche Ehe führen werden. Im weiteren bewarben Sie sich um die Hand einer Dame durch Vermittelung eines Herrn Schülein. Die Dame hatte [illegible] Mark auf einem Gute stehen. Von diesem Gelde sollten Sie 10,000 Mark bei der Hochzeit, das andere Geld in vier Raten ausgezahlt erhalten. Allein Fräulein Kegel scheint Sie durchschaut zu haben. Sie lehnte nunmehr Ihre Bewerbung ab. Aus Rache sandten Sie ihr eine Rechnung für ärztliche Behandlung über 40 Mk. Am 16. September 1903 haben Sie sich mit Fräulein Wege verlobt. Die Hochzeit wurde zwei Monate später festgesetzt und trotzdem bewarben Sie sich um die Hand des Fräulein Martha Kratz. Sie traten aber schließlich von dieser Neuverlobung wieder zurück, indem Sie der Dame schrieben: „Ich muß zurücktreten, weil ich erst etwas erledigen muß." Aber am 8. November 1903 bewarben Sie sich wieder um Martha Kratz. Und als Ihnen diese sagte: Sie habe Ihr Aufgebot mit Fräulein Wege gelesen, erklärten Sie das als Lüge und sagten: Sie seien „scheußlich gemacht worden". Kaum hatte Ihre Frau die Augen geschlossen, da bewarben Sie sich von neuem um Martha Kratz und versicherten, Sie seien niemals verheiratet gewesen. Der Kratz haben Sie einen Verlobungsring geschenkt: es war das der Ehering Ihrer verstorbenen Frau. — Es werden danach mehrere Briefe und Karten verlesen, die der Angeklagte, unter Nachahmung der Handschrift seiner Frau, an Verwandte und Bekannte seiner Frau geschrieben hat. In diesem heißt es: „Ich fühle mich noch sehr schwach, es geht mir aber besser." — Der Angeklagte bemerkt: Er habe den Tod seiner Frau verheimlichen wollen, damit die Gläubiger ihn nicht pfänden lassen. — Vorsitzender: Die Anklage nimmt an, Sie wollten sich so schnell als möglich in den Besitz des ganzen Vermögens setzen, und damit das Weite suchen. Der Angeklagte bestreitet das. Die Vernehmung des Angeklagten ist danach beendet.

Aus aller Welt.

Aprilwetter und Menschenopfer. Dem Nordsturm der letzten Tage sind verschiedene Menschenleben zum Opfer gefallen. Bei *Stolpmünde* ertrank die Mannschaft zweier Kutter, der Gebrüder Brockhans und je zwei Gebrüder Meyer und Erdmann. In der *Stepenitzer Bucht* wollte eine sogenannte Quatze, in der sich vier Männer befanden, des Sturmes wegen vor Anker gehen; das Boot wurde dabei von den Wellen auf die Kette eines verankerten Kahnes geworfen; es schlug um, worauf drei Personen ertranken. In *Zingst* wurde ein Fischerboot ohne Bemannung an den Strand geworfen: man befürchtet, daß die ganze Besatzung ebenfalls ertrunken ist. Wie viel Boote losgerissen und zerschellt wurden, davon legen die angetriebenen und den Strand bedeckenden Schiffstrümmer und Bootgeräte Zeugnis ab.

Zur Genickstarre veröffentlicht die Wiener „Fr. Pr." einige Aeußerungen des bekannten Entdeckers des Meningitis-Diplococcus, Hofrat Professor Weichselbaum. Mit Bezug auf die gegenwärtige Ausbreitung der Genickstarre bemerkte Professor Weichselbaum: In Oberschlesien hat sich eine Epidemie von Genickstarre entwickelt, eine Epidemie im kleinen Maßstabe, durchaus nicht mit Epidemien in *Nordamerika* zu vergleichen, die *viele Tausende* befallen. In Galizien sollen schon hundert Fälle konstatiert sein. In *Lemberg* ist eine Kommission zusammengetreten, welche die Vorbeugungsmittel studiert. In *Oesterreich-Schlesien* wurden bisher kaum 20 Fälle beobachtet, wie gesagt in Teilen, welche an Galizien grenzen, so in Bielitz. In einem Notspital in Oesterreich-Schlesien liegen derzeit zwölf Kranke. Ferner wurden in Friedek, Freistadt und Teschen einzelne Fälle von Genickstarre konstatiert. Hofrat Weichselbaum hat Gelegenheit gehabt, einzelne Fälle von Bielitz, Teschen und Friedek bakteriologisch zu untersuchen. Es ist auch danach zweifellos, daß die Krankheit durch einen Bazillus erzeugt wird; dieser, der Diplococcus intracellularis auch Meningococcus genannt, ist der Erreger der schweren Fälle, welche zu epidemischer Ausbreitung tendieren. In einigen Fällen von Genickstarre findet man einen anderen Krankheitserreger, den Pneumoniecoccus. Diese Fälle neigen nicht zu epidemischer Ausbreitung. Hofrat Weichselbaum ist der Ueberzeugung, daß die epidemische Genickstarre die europäischen Großstädte *nicht gefährde*, wenn auch in allen Großstädten im Frühjahr, zur Zeit der Katarrhe, einzelne Fälle auftreten. Luft, Licht, menschenwürdige Wohnungen und Reinlichkeit des einzelnen seien die sichersten prophylaktischen Maßregeln gegen das Auftreten der epidemischen Genickstarre.

Die Stiftsoberin von Hensler also doch schuldig? Der Antrag der früheren Stiftsoberin vom Maximilian-Waisenstift in München, Fräulein Elise v. Hensler, die wegen *Giftmordversuchs* an der inzwischen verstorbenen Krankenpflegerin Wagner vom Schwurgericht zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist vom Landgericht München I *zurückgewiesen* worden, ohne daß irgend einer der zahlreichen, namhaft gemachten Zeugen und Sachverständigen zur Sache vernommen worden ist. Wie verlautet, beabsichtigt die Verteidigung gegen den ablehnenden Beschluß beim obersten Landesgericht *Beschwerde* einzulegen.

Selbstmord eines Unteroffiziers. Aus Danzig wird berichtet: Am Sonntag erschoß sich im Jäschkentaler Walde der Unteroffizier vom Leibhusaren-Regiment, Schalles; anscheinend haben ihn Unterschleife als Kammer-Unteroffizier zur Tat veranlaßt.

Die Verwechselung. Der Fabrikant Renter in Holzminden starb infolge Verwechselung eines Bandwurmmittels mit Gift durch einen Apothekerlehrling.

Die Wahnsinnige. Die Eheleute Weber, wohlhabende Kaufleute in Paris, hatten ihre Schwägerin bei sich, die aus der Provinz zugereist war. Als sie von einer Besorgung heimkehrten, fanden sie ihren zweijährigen Sohn röchelnd vor. Sie brachten das Kind ins Spital, wo man an seinem Halse Würgspuren fand. Das Kind starb bald darauf. Der Verdacht lenkte sich auf die Schwägerin,

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. April.

Frühlingsboten.

Nicht der Allerwecker selbst, aber seine ersten Boten sind ins Land gezogen. Sie begrüßen uns in Wald und Flur, auf ihre Spuren stoßen wir, wohin wir uns wenden in der Natur. An des Stubenhockers trübes Fensterlein spielen goldene Sonnenstrahlen und rufen hinein in den dumpfen Raum: „Wach auf, du fauler Schläfer und freue dich mit uns des jungen Tags, der nun endlich heranbricht. Komm' heraus an Licht und Luft, rühr' dich und schaffe! Sieh, wir trocknen dir die Wege und schmücken sie mit frischem Grün, dein sind die ersten Knospen und Blumen."

So lockt es im Sonnenschein. Die Vögel lassen ihre hellen Stimmchen erschallen und auch der Proletarier unter ihnen, Freund Spatz in seinem grau-braunen Kleide, nimmt teil an der allgemeinen Freude.

Aber über Nacht kann alles anders werden. Es kommen noch die Stürme des wetterwendischen April, ehe es mit der grausigen Macht des Winters vorbei ist.

Das ist der Kampf des Lichtes mit der Finsternis, wie er sich gleich in der Natur im Leben der Völker abspielt. Immer aufs neue beginnt der gigantische Kampf, ohne zum endgiltigen Siege zu führen. Jedoch mag vorübergehend auch die Finsternis triumphieren, sie muß schließlich doch weichen dem Lichte, wie sich anders Mensch und Tier zu schützen wissen gegen die brutale Gewalt des Winters.

So läßt sich das ewige Schaffen und Ringen der organischen Welt sinnbildlich vergleichen mit dem Streben der Menschheit nach Licht und Freiheit, mit den Kämpfen des heutigen Proletariats um seine geistige Weiterbildung, soziale Gleichstellung und Hebung seiner ökonomischen Lage. Derselbe ununterbrochene Kampf, abwechselnd im Siegen, Verlieren und Waffenstillstand. Kein endgiltiger Sieg, aber ein ständiges Vorwärtsbringen. Noch ist der Völkerfrühling nicht da, doch wir atmen seinen frischen Duft, und es schwillt uns die Brust zu neuen Taten. Kommen auch wieder die eisigen Nächte des Winters, die Natur selbst schützt alle ihre Geschöpfe.

„Haben auch wir gelernt, uns an den Unbilden des Lebens zu schützen, indem wir uns der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anschließen?" Liebe Leser, beantwortet Euch, bitte, diese Frage im stillen Kämmerlein und handelt darnach.

---

* **Steuer-Reklamationen.** Demnächst werden die neuen Steuerzettel den Steuerpflichtigen zugestellt. Staatseinkommensteuer ist zu entrichten bei einem Einkommen

von	mehr	als	900 Mk.	bis	1050 Mk.	jährlich	6	Mk.
„	„	„	1050	„	1200	„	9	„
„	„	„	1200	„	1350	„	12	„
„	„	„	1350	„	1500	„	16	„
„	„	„	1500	„	1650	„	21	„
„	„	„	1650	„	1800	„	26	„
„	„	„	1800	„	2100	„	31	„ 2c.

Nun glaubt mancher, der den Steuerzettel erhält, er habe nun die angeführte Summe von 6, 9, 12 usw. Mark zu bezahlen. Das ist aber falsch, denn die Stadt erhebt einen Zuschlag zu der Staatseinkommensteuer und zwar bis jetzt 120 Prozent. Für dieses Jahr ist eine Ermäßigung um 14 Prozent eingetreten, sodaß nunmehr von jetzt ab als Zuschlag zur Staatseinkommensteuer noch 136 Prozent Gemeindesteuer erhoben werden. Wer nun zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist, darf mit seiner Reklamation auf keinen Fall warten, bis er den zweiten Zettel vom Magistrat erhält, sondern gegen die erste Veranlagung zur Staatssteuer muß innerhalb 28 Tagen, vom Tage der Zustellung der Veranlagung an gerechnet, bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission, Breslau, Märkischer Bahnhof, reklamiert werden.

Wie wird nun das Einkommen berechnet? 1. Feststehende Einnahme, z. B. Löhne, Besoldungen, welche nach Tages-, Wochen-, Monats-, Jahressätzen bedungen sind, die in bestimmter Höhe zugesicherten Zinsen, sind nach ihrem zur Zeit der Veranlagung (Steuererklärung) bekannten Betrage für dasjenige Steuerjahr zu berechnen, für welches die Veranlagung erfolgt. 2. Bei unbestimmten oder schwankenden Einnahmen, z. B. Akkord- oder Stücklohn, wird der Berechnung der Durchschnitt der drei letzten Jahre zu Grunde gelegt. Die gleichen Grundsätze gelten für die Berechnung der abzugsfähigen Ausgaben.

Was kann vom Gesamteinkommen abgerechnet werden? 1. Die von dem Steuerpflichtigen für seine Person zu leistenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen. 2. Lebensversicherungsprämien für die eigene Person. Uebersteigen die von einem Steuerpflichtigen zu zahlenden Prämien jedoch 600 Mk. jährlich, so ist der Abzug nur in Höhe bis zu 600 Mk. zulässig. 3. Für jedes Kind unter 14 Jahren kann von dem steuerpflichtigen Einkommen des Haushaltungsvorstandes, sofern dessen Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt, der Betrag von 50 Mark in Abzug gebracht werden mit der Maßgabe, daß bei drei oder mehr Familienmitgliedern dieser Art stets eine Ermäßigung um eine Stufe stattfindet. — Bei der Veranlagung ist es weiter gestattet, besondere, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse ebenfalls zu berücksichtigen und eine entsprechende Ermäßigung eintreten zu lassen. Als Verhältnisse dieser Art kommen lediglich außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehöriger, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle in Betracht.

Was ist noch der Steuerreklamation beizufügen? 1. Eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstes, bei Stück- und Akkordlohn über die Höhe des Verdienstes der letzten drei Jahre. Auf dieser Bescheinigung muß der Arbeitgeber auch vermerken, wieviel er pro Woche an Kranken- und Invalidenbeiträgen abzieht. 2. Wer einer freien Hilfskasse angehört, muß auch von dieser eine Bescheinigung über die Höhe der gezahlten Beiträge beifügen.

Wer ein Einkommen von weniger wie 900 Mk., aber mehr wie 420 Mk. hat, wird in Breslau nur zur Gemeindeeinkommensteuer veranlagt.

Die Reklamationsfrist beträgt 28 Tage nach Zustellung der Einschätzung. Möge sie niemand versäumen! Wir richten aber gleichzeitig an die Genossen das Ersuchen, soweit sie mit einem Einkommen unter 660 Mk. eingeschätzt werden, zu reklamieren, damit sie höher eingeschätzt werden, um das Wahlrecht zu erhalten.

* **Die giltige Schnapsverordnung.** Der Regierungspräsident zu Oppeln hat in seiner Polizeiverordnung, betreffend den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaften und den Verkehr mit geistigen Getränken, in den Absätzen 4 und 5 folgendes bestimmt:

„In den Kreisen Beuthen, Kattowitz, Tarnowitz und Zabrze, den Amtsbezirken Laband und Richtersdorf des Kreises Tost-Gleiwitz, sowie in den Stadtkreisen Beuthen OS., Gleiwitz, Kattowitz und Königshütte wird an Lohn- und Vorschußtagen (folgt eine nähere Kennzeichnung dieser Tage) die Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften hinsichtlich der Räume mit (Einschluß der Gärten und Höfe), in welchen der Ausschank gewöhnlichen Branntweins, einschließlich Cyder betrieben wird, auf 4 Uhr Nachmittags festgesetzt, derart, daß die gedachten Schankräume von diesem Zeitpunkt ab geschlossen gehalten werden müssen und Gäste darin nicht geduldet werden dürfen. — In den im vorstehenden Absatz bezeichneten Bezirken, wie an den dort angegebenen Tagen von 4 Uhr Nachmittags ab, darf in sämtlichen Kleinhandlungen mit Spirituosen, sowie in denjenigen kaufmännischen Geschäften, einschließlich der Konsumvereine, welche den Kleinhandel mit Spirituosen betreiben, ein Verkaufen oder sonstiger Vertrieb von Spirituosen, einschließlich Cyder, nicht stattfinden. Räume, in denen lediglich Spirituosen verkauft werden, müssen an den genannten Tagen von 4 Uhr Nachmittags ab, geschlossen gehalten werden."

Besonders die Giltigkeit des Absatzes über den Kleinhandel (Absatz 5 des § 1) wurde anläßlich eines Strafverfahrens wegen Uebertretung der Verordnung durch den Destillateur Böhm zu Beuthen angefochten.

Das Kammergericht verwarf jedoch am 10. April die Revision des Angeklagten, der vom Landgericht Beuthen verurteilt worden war, mit folgender Begründung:

Die Giltigkeit der Verordnung unterliege keinen Bedenken. Diese Bestimmung finde ihre rechtliche Stütze im § 61 des Polizei-Verwaltungsgesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Verordnungen außer den unter 6 a bis h aufgeführten auch „alles Andere, wo" im besonderen Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werden müsse", gehöre. Für den Bezirk der eigentlichen Hütten- und Bergreviers habe eben der Gesetzgeber (der Regierungspräsident) aus rein lokalen Gründen besondere Vorschriften für notwendig gehalten. Der Gesetzgeber (Regierungspräsident) sagte sich, es gehe nicht an, daß im Berg- und Hüttenrevier die Leute an den Lohnzahlungstagen auf die Kneipen und Schnapsläden und so mit indirekt auf die anderen Menschen losgelassen (!!!) würden. Er schütze also das Eigentum, da infolge massenhafter Trunkenheit Krawalle in Frage kämen. Auch § 6b komme in Betracht, denn zu den Einrichtungen zur Verabreichung von Speisen und Getränken in seinem Sinne gehörten auch die Kleinhandlungen. Auch darauf könne sich die Revision nicht berufen, daß die Kleinhändler schlechter gestellt seien, wie die Gastwirte, da sie zu den fraglichen Zeiten überhaupt keine Spirituosen verkaufen dürften, während Absatz 4 des § 1 mit Bezug auf die Schankwirte nur von gewöhnlichem Branntwein spreche.

Es sei sehr wohl erwogen worden, daß, wenn man beim Kleinhandel zum Beispiel mit besseren Likören Ausnahme gestatte, sich der Bergmann eben seine Flasche Fusel als „Benediktiner" kaufen würde. Dem Schwindel wäre dann Tor und Tür geöffnet und der Zweck der Verordnung würde nicht erfüllt.

* **Billige Arbeitskräfte.** Von einem Abonnenten wird uns geschrieben: Auf der Salvatorstraße brach der Laufbursche Neumann von der Firma Kalischer, Karlsplatz 4, unter der Last eines Warenpakets von ca. 1 Zentner zusammen, fiel in den Stachelbahnsteig und verletzte sich stark an den Händen, ebenso trug er stark geschwollene Lippen davon. Der junge Mann ist 18 Jahre alt und hat einen Wochenlohn von — 8 Mark! Ein Schutzmann notierte den Vorfall und sagte dem Burschen, der das Paket vom Karlsplatz nach dem Oberschlesischen Bahnhof und zurücktragen sollte, er solle warten und das Paket nicht etwa weiter tragen; er schickte dann einen Dienstmann, der auf sein Geheiß das Kolli zu Kalischer bringen sollte, dies geschah, jedoch verweigerte Kalischer die Bezahlung des Dienstmanns, der 75 Pf. verlangte, und mußte derselbe auf Verlangen den Laden dieser humanen Firma ohne Bezahlung verlassen. Die Angelegenheit wird von dem Dienstmann wahrscheinlich gerichtlich verfolgt werden.

* **Der Gemeindearbeiterverband** hielt dieser Tage im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab. Der Arbeitersekretär Mehrlein hielt einen Vortrag über Soldatenmißhandlungen und Militärjustiz, der lebhaften Beifall fand. Aus den weiteren Verhandlungen ist zu bemerken, daß beschlossen wurde, demnächst eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen und zwar mit dem Thema: „Was hat die Stadtverordneten-Versammlung bei der Etatsberatung für die städtischen Arbeiter getan?"

* **Öffentliche Tapezierer-Versammlung.** Mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen im Tapezererberuf befaßte sich eine am Sonntag Mittag im „Pariser Garten" abgehaltene Versammlung Breslauer Tapezierergehilfen, an der auf Einladung auch eine Anzahl Meister teilnahmen. Das Referat hatte Pietsch. In seinen Ausführungen gab er einen Situationsbericht über die Lohnbewegungen in verschiedenen deutschen Städten, wobei er namentlich den Erfolg der Berliner Kollegen hervorhob. Auf die Breslauer Verhältnisse übergehend, entwirft Redner ein überaus trübes Bild von der Lage des hiesigen Tapezierhandwerks, unter der nicht alle die Gehilfen, sondern auch die Mehrzahl der Kleinmeister litten. Die durch den Streik vor vier Jahren errungenen Vorteile seien fast völlig verloren gegangen und der Existenzkampf sei schwieriger denn je geworden. Die Schuld hieran trüge die Lauheit und Indifferenz der Gehilfenschaft, die sich von der Organisation abgewendet hätte und einem kleinen Häuflein, das noch treu zur Fahne halte, die Organisationsarbeit überlasse. Es sei die höchste Zeit, daß diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht und die Schaffung eines Tarifvertrages angestrebt werde, damit endlich das Tapezererhandwerk in Breslau wieder gehoben werde zum Segen nicht nur der Gehilfenschaft, sondern auch der Meister. In der anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten vollinhaltlich bestätigt und weiter ergänzt. Insbesondere wurde die große Arbeitslosigkeit, die in dem Berufe herrsche, lebhaft beklagt. Die Mehrzahl der Gehilfen habe durchschnittlich nur 6 Monate im Jahre voll Beschäftigung, die übrige Zeit müsse man sich mit Aushilfsstellen begnügen. Wünschenswert wäre es, wenn die von der Regierung geplante Lehrlingsreform endlich durchgeführt werde, um der Ueberfüllung des Berufes vorzubeugen. Auch verschiedene Arbeitgeber ergriffen das Wort, ihre Darlegungen bewegten sich gleichfalls im Sinne der Ausführungen des Referenten. Einige traten für Schaffung einer Zwangsinnung ein, damit es ermöglicht werde, durch gemeinsames Arbeiten mit der Gehilfenorganisation die Schundkonkurrenz zu beseitigen und die Existenzfrage zu erleichtern. Die weitere Debatte griff wiederholt auch auf persönliches Gebiet über, was große Unruhe in der Versammlung hervorrief, so daß der überwachende Beamte mit Auflösung derselben drohte. Nach einem Schlußwort des Referenten gelangte folgende Resolution zur Annahme:

---

die allein mit ihrem Neffen in der Wohnung gewesen war. Sie wurde verhaftet. Kaum hinter Schloß und Riegel, kam aus der Provinz die Nachricht, daß die Unglückliche dort ihre beiden eigenen Kinder, sowie zwei Nichten und einen Neffen, die alle in den letzten Wochen plötzlich gestorben waren, offenbar auch erwürgt hatte.

Weil er nicht versetzt wurde, hat sich der 17jährige Obertertianer Eugen Wegner in Danzig, Sohn eines dortigen Kasernenwärters, durch einen Schuß in die Brust tödlich verletzt.

Einsturz einer Tribüne. Während der Abendbetstunde stürzte in der katholischen Kirche in Mulsch, nach der „B. Z. am Mittag", eine an der rechten Seite angebrachte Tribüne in der Länge von 12 Metern unter donnerähnlichem Getöse herab und begrub vier Kinder. Ein elfjähriges Mädchen ist seinen Verletzungen erlegen.

Bergmanns Los. Schwere Unfälle werden aus dem Bergrevier bei Bochum gemeldet. Auf Zeche Bruchstraße verunglückten zwei Bergleute durch einen Sturz in den Bremsschacht. Beide waren sofort tot. Auf Zeche Konstantin 4-5 verunglückten drei Bergleute, von denen einer gleich tot war, während die beiden anderen lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Ein Postschaffner als Lustmörder. Wegen eines Lustmordes wurde in Hannover der 36jährige, dem Trunke ergebene Postschaffner Buether verhaftet. Der Verhaftete hatte das fünfjährige Töchterchen der Tischlerseheleute Schär an sich gelockt, vergewaltigt und darauf zerstückelt. Einen Teil der Leiche versteckte er im Keller seines Hauses, den Rest warf er, in Papier eingewickelt, auf eine Bahnrampe. Der Mörder hat bereits ein Geständnis abgelegt. Unter dem Verdachte der Mittäterschaft wurde der Schuhmacher Paul festgenommen. Man vermutet, daß Buether ein gleiches Verbrechen an der seit über zwei Jahren vermißten Else Kassel begangen hat.

Mit durchschossenem Kopfe. Der Forstmeister Klemens Kohler von Freudenberg bei Amberg hatte sich Sonnabend zur Jagd begeben und war bis in die späte Nacht hinein noch nicht zurückgekehrt. Seine Frau, durch das Fernbleiben des Mannes erschreckt, ließ das Revier von Bauern und dem Forstpersonal absuchen. Am Sonntag früh fand man den Forstmeister mit durchschossenem Kopfe tot auf. Ob ein Unglücksfall, ein Verbrechen oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht bekannt.

Rechtzeitig gestorben. Nach dem kürzlich erfolgten Tode des Bürgermeisters Voß in Friedland (Mecklenburg) hat sich herausgestellt, daß der Verstorbene seit Jahren Fälschungen und Unterschlagungen in großem Umfange verübt hat. Die bisherigen Ermittelungen haben einen Fehlbetrag von etwa 200,000 Mark ergeben. Besonders geschädigt sind durch Fälschungen die Stadt-Armenkasse, die Hospitalverwaltung und mehrere Bankinstitute. Die Zahl der mit in die Affäre hineingezogenen Privatpersonen soll groß sein. Ueber den Nachlaß des Verstorbenen ist das Konkursverfahren eingeleitet worden. Die Angelegenheit erregt weit über den Ort hinaus das peinlichste Aufsehen.

Der Klub der Selbstmörder. Das letzte Mitglied des Selbstmordklubs, der vor 10 Jahren mit 13 Mitgliedern gegründet wurde, Mr. Daniel Loesser, ist, wie ein Kabeltelegramm aus Bridgeport meldet, jetzt eines natürlichen Todes gestorben. Die Mitglieder des Selbstmordklubs waren sämtlich Deutsch-Amerikaner und lustige Kumpane, die öfters Festlichkeiten veranstalteten, nach denen jedes Mal ein Mitglied des Klubs in bizarrer Weise Selbstmord verübte. Eins der Mitglieder, ein Redakteur, schrieb einen humoristischen Bericht über eine Klubversammlung und erschoß sich sofort nach Veröffentlichung des Berichtes in seinem Blatte.

Ein geradezu bestialischer Kampf fand bei einem Wettboxen im Westendklub zu St. Louis statt. Dem Amateurboxer Charles Blosse wurde beim zweiten Gang die Kinnlade durch einen Stoß seines Gegners entzwei geschlagen, er erhob sich jedoch wieder, bevor er für kampfunfähig erklärt werden konnte, und setzte den Kampf mit blutbedecktem offenen Munde und herabhängender Kinnlade fort. Im dritten Gang besiegte er seinen Gegner vollständig, erlitt jedoch dabei einen zweiten Bruch der Kinnlade. Die beiden Gegner richteten einander furchtbar zu.

Pestverdacht. An Bord des von La Plata eingetroffenen Dampfers „Destorro" wurde bei Löschung der Ladung in Hamburg eine Anzahl toter pestverdächtiger Ratten gefunden. Die Behörde sistierte die Entlöschung; der Dampfer ist im Jonashafen isoliert worden. Die Untersuchung der toten Ratten ist noch nicht abgeschlossen worden.

Im Luftschiff über den Kanal. Wie aus Calais gemeldet wird, ist ein Donnerstag Abend in Folkestone aufgestiegener, mit mehreren Luftschiffern besetzter Luftballon Freitag früh 3 Uhr bei stürmischem Wetter nahe bei Calais glücklich gelandet.

Jeder Mensch soll hundert Jahre leben, das ist die Lehre, die Dr. Mulheron in einem Vortrag vor einer großen Zuhörerschaft in Berlin verkündet hat. Nur ererbte Schwäche will dieser Arzt als Entschuldigung gelten lassen, wenn jemand früher zu sterben sich unterfängt. Nach der Meinung dieses Arztes hat der Mensch noch viel vom Tiere zu lernen, denn auf zoologische Untersuchungen gegründet ist diese Sache überhaupt. Das Leben eines Tieres ist im allgemeinen, wie Dr. Mulheron festgestellt haben will, immer fünf Mal so lange wie seine Wachstumperiode. Ein Pferd z. B. erreicht seine volle Größe mit vier Jahren und lebt zwanzig Jahre, ein Elefant wächst bis zum zwanzigsten Jahr und lebt hundert Jahre. Warum sollte nun der Mensch, der auch etwa bis zum zwanzigsten Jahre wächst, im Durchschnitt nur 40 bis 50 Jahr erreichen? Den Hauptgrund des frühzeitigen Todes oder wenigstens einen der Hauptgründe sieht Dr. Mulheron im Zuvielessen. Ein Mensch, der 25 Jahre alt geworden ist, sollte nicht drei volle Mahlzeiten am Tage zu sich nehmen. Der menschliche Körper werde bei seinem Ausgang für eine Lebensdauer von hundert Jahren ausgerüstet, und es liege an einer Verletzung der Naturgesetze durch den Menschen selbst, wenn er nicht so lange vorhalte. „Ich glaube," ruft der Arzt weiter aus, „daß die Krankheit nicht von Gott verordnet ist. Wenn der Mensch der Natur zu gehorchen lernt, dann wird er am Ende seines hundertjährigen Lebens dahinschwinden, ohne eine Krankheit kennen gelernt zu haben. Die römisch-katholische Kirche hat gewisse Fastenregeln aufgestellt, die eine volle Mahlzeit und zwei leichte täglich gestatten. Diese Vorschrift ist ohne Zweifel vortrefflich, und der einzige Tadel, den wir Aerzte dagegen äußern könnten, bezöge sich darauf, daß diese Regeln nur für ein Bekenntnis und auch für dies nur auf sechs Wochen im Jahre gelten."

Den Gipfel unfreiwilliger Komik erreicht der „General-Anzeiger für Eberswalde" in einem Propaganda-Artikel über Zeitungspapier und seine Verwendung. Der Artikel beschäftigt sich mit den vielfachen Verwendungsmöglichkeiten für bedrucktes Zeitungspapier im allgemeinen und mit der besonderen Verwendung als Stullenpapier, die leider noch ihre Schattenseiten habe, „da die Farbe (Druckerschwärze) nie ganz den Geruch verliert und von Butter oder Schmalz, kurzum Fett, noch nach Jahren wieder aufgelöst wird. Auch nimmt besonders frisches Brot leicht einen Beigeschmack davon an. „Ja, was nun tun!" wird mancher Leser ausrufen, „recht hat der Redakteur, aber wir brauchen doch so nötig Papier!" „Nun verzage nicht, lieber Freund," heißt es weiter, „da wir stets vorwärtsschreitend auch gerade unseren Freundinnen, den besorgten Hausmüttern, eine neue Aufmerksamkeit erweisen wollen, so werden wir deren Sorge dadurch abhelfen, daß ab und zu an einzelnen Tagen in der Woche nur eine Seite unserer Zeitung bedruckt und die andere unbedruckt liefern werden, damit man ein appetitliches Frühstückspapier auf diese Weise von uns mitgeliefert bekommt, und zwar als Extrazugabe erhalten Sie dasselbe, denn das Format wird an solchen Tagen doppelt so groß erscheinen, die Leser also inhaltlich nicht geärgert werden. Bitte, weisen Sie gütigst alle Bekannten und Freunde, besonders Ihre Nachbarinnen, sogleich hierauf hin, damit diese unser Blatt sofort bestellen können, wenn sie noch nicht zu unseren Lesern gehören. So sorgt eine fürsorgliche Expedition, wie die Eberswalder, Eisenbahnstraße 99, für ihre Abonnenten. Immer voran! Werben auch Sie recht eindringlich zum Quartalswechsel für uns! Treue um Treue! Dazu bemerkt der „Zeitungsverlag": Das Problem dürfte mit der Neuerung des „Eberswalder Generalanzeigers" erst halb gelöst sein, da die eine bedruckte Seite doch noch immer die Stullenpapiereignung durch die Druckerschwärze beeinträchtigt. Entschlossen auf dem eingeschlagenen Wege fortschreitend, wird aber der „General-Anzeiger" die Frage vielleicht noch zur völligen Lösung bringen.

„Die heut am 9. April 1905 tagende Versammlung der Tapezierer erkennt die Notlage der im Tapezererberufe beschäftigten Personen an. In Erwägung, daß der Abschluß von Tarifverträgen geeignet ist, eine Besserstellung zu erzielen, verpflichten sich die Anwesenden, dahingehend zu wirken. Die anwesenden Arbeitnehmer verpflichten sich ferner, für ihre Organisation zu wirken, weil diese die Grundbedingung zum Tarif-Abschluß bedeutet. Die anwesenden Arbeitgeber versprechen, diesem Bestreben keine Hindernisse zu bereiten, vielmehr demselben förderlich zu sein."

* **Der Maurerverband** tagte gestern Abend im Gewerkschaftshause. Kollege Jlnschke referierte über die Mißstände im Baugewerbe. Redner führte u. a. aus, daß die Bauten in früheren Jahrhunderten eine größere Zeitdauer zur Aufführung erfordert hätten. Das sei jetzt anders geworden. Die Ausführung großer Bauten währte verhältnismäßig kurze Zeit und an Qualität ließen sie vielfach fast alles zu wünschen übrig. Das moderne Bauwesen mit seiner schrankenlosen Ausbreitung und Willkür zeitige ungeheure Mißstände. Im allgemeinen würden die staatlichen Bauten wohl besser als die Privatbauten ausgeführt. Dagegen sei das Submissionswesen einer der ärgsten Uebelstände im Baugewerbe. Die Bauarbeiter hätten in erster Linie die Kosten des Submissionsunwesens zu tragen in Bezug auf Unfallhäufigkeit, schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch die Schäden der Akkordarbeit seien mehr und mehr erkannt worden. Einmal seien tatsächlich bei der Akkordarbeit die Löhne schlechter als bei normaler Arbeitszeit und bestimmten Löhnen, zum andern würde die Gesundheit des Bauarbeiters in ersterem Falle in außerordentlichem Maße untergraben. Redner kritisiert dann das Treiben der Poliere, deren Stellung heute die sei, die Arbeiter bei ihrer Tätigkeit abzuhetzen und sich abschinden zu lassen, statt die sorgfältige Ausführung der Bauten zu überwachen. Es müsse das Bestreben des Verbandes sein, um all' den Mißständen erfolgreich entgegenzuarbeiten, sämtliche Maurer der Organisation zuzuführen. Nur auf diese Weise würde es auch gelingen zu verhindern, daß in Zeiten schlechter Konjunktur die Löhne verkürzt werden. (Beifall.) Kollege Krause schloß sich dem Vorredner an und beschäftigte sich speziell mit dem Submissionswesen, das er noch an einigen krassen Beispielen beleuchtet.

* **Schiller im Dienst des Warenhauses.** Das Verkehrsbureau Barasch schreibt uns: Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß überall in Deutschland große Vorbereitungen getroffen werden, um die Gedenkfeier des 100jähr. Todestages Schillers nicht nur würdig zu begehen, sondern diesen Tag auch durch ein Andenken zu einer erhebenden Erinnerung für das ganze Leben zu gestalten. Das ist auch die Veranlassung, daß das Verkehrsbureau Barasch seinem 4ten volkstümlichen Unterhaltungsabend den Charakter einer Schillerfeier verleiht. Die Vorbereitungen hierzu sind bereits seit längerem im Gange und versprechen eine Feier würdiger Art.

Es sei nur kurz erwähnt, daß die Rezitationen für diesen Festabend Herr Rudolf Lettinger und Frau Marie Lettinger-Wendt vom Berliner Lustspielhause übernommen haben.

* **Die Brauerei Wünsche u. Co.**, G. m. b. H., ist auf Beschluß der Gesellschafter für den Preis von 700,000 Mk. an Herrn Gotthardt v. Wallenberg-Pachaly übergegangen. Der Betrieb der Brauerei wird in unveränderter Weise weitergeführt.

* **Plötzlicher Tod.** Am 9. d. M., Nachmittags, wurde eine 51 Jahre alte Witwe in ihrer Wohnung, Palmstraße 7, im Bett tot aufgefunden. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon vor mehreren Stunden eingetreten war. — Als am 10. d. M., Nachmittags, ein Bäckergeselle in anscheinend betrunkenem Zustande die Neue Sandstraße entlang ging, stürzte er in einem Hausflur und konnte sich nicht mehr allein erheben. Er wurde in das Polizeigefängnis geführt, wo ihm bald ärztliche Hilfe zuteil wurde. Nach kurzer Zeit trat jedoch der Tod ein. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

* **Plötzlicher Tod.** Am 11. April gegen Mittag beabsichtigte der Palmstraße 1 wohnhafte Oberkellner Paul Gnichwitz seine Wohnung zu verlassen. Vor der Haustür angelangt, brach derselbe plötzlich zusammen. Man brachte ihn in seine Wohnung, woselbst der Kranke nach kurzer Zeit verstarb.

* **Unfälle.** Am 10. d. Mts., Nachmittags, wurde auf der Hohenzollernstraße ein unbekannter Mann von Krämpfen befallen. Er wurde im Wenzel-Hancke'schen Krankenhause untergebracht. — Ein Maurer stürzte auf der Schmiedebrücke von einem Gerüst und zog sich schwere Kopfwunden zu. — Ein Kutscher wurde auf der Junkernstraße beim Schieben eines Wagens durch die Deichsel an die Wand geschleudert und erlitt einen Schüsselbeinbruch.

* **Vermißt** wird seit dem 4. d. M. die 15½ Jahre alte Schneiderin Martha Mannig, welche Klosterstraße 23/25 gewohnt hat.

* **Von der Feuerwehr.** Am 10. d. M., Nachmittags gegen 6½ Uhr, rief ein Drogist die Feuerwehr nach Albrechtsstraße 47, weil sich im Geschäftslokal starker Rauch bemerkbar gemacht hatte. Die Feuerwehr stellte fest, daß der Rauch einem in einem Nebenraume stehenden Ofen entströmt war.

* **Mutwille.** Am 10. d. Mts., Nachm., zertrümmerte ein junger Mann auf der Tauentzienstraße 11 eine Schaufensterscheibe im Werte von 1000 Mark, indem er einen großen Stein gegen dieselbe warf.

* **Betrug.** Am 5. d. Mts. mietete ein junger Mann, der sich als Buchhalter bezeichnete auf der Friedrich-Wilhelmstraße ein möbliertes Zimmer. Am nächsten Tage lieh er sich von der Vermieterin 1.50 Mark zum Ankauf eines für ihn sehr nötigen Buches und nahm, da es regnete, einen Schirm mit. Der junge Mann, der ähnliche Betrügereien schon oft verübt hat, kam nicht wieder. Er hat an der linken Kinnseite eine Narbe.

* **Gestohlen** wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag in der unverschlossenen Schirrkammer der Bauhandwerker im Neubau Ohlauer Chaussee 29 ein neues Kalkschaff und ein Paar Pantoffeln. Solche Verluste sind zu verzeichnen, wenn mit der Schirrkammer so lax verfahren und kein Schloß daran gelegt wird. Der Polier, durch dessen Nachlässigkeit der Diebstahl verschuldet wurde, weigert sich jetzt noch obendrein, den Schaden zu ersetzen.

* **Gestohlen** wurden einer Witwe von der Fischergasse während des Wohnungswechsels eine goldene Damenuhr, drei Paar goldene Ohrringe, eine Granatbrosche, eine Brosche mit einem Rubin, drei goldene Chemisettknöpfe und zwei goldene Krawattennadeln. In der Nacht zum 7. d. Mts. wurden einem Fleischermeister auf der Hubenstraße etwa 30 Pfund Rind- und Schweinefleisch, einer Rentiere auf der Schweidnitzerstraße vor einem Schaufenster ein Portemonnaie mit 20 Mark, aus einem Neubau auf der Oswitzer Straße ein Paar Hosen und ein graues Jackett, von einem Hause auf der Adlergasse zwei Meter Zinkrohr, einem Schweizer in der Kaffeehalle ein Portemonnaie mit drei Mark, von einem Rollwagen ein Ballen Tuch und aus einem Hause auf der Ottostraße ein Oberbett im Werte von 30 Mark gestohlen.

— Gestohlen wurden ferner aus einer Bodenkammer auf der Viktoriastraße ein Koffer, eine helle Bluse, sechs Meter Spitze, ein Tischläufer und Servietten, einem Bäcker auf der Teichstraße ein Fahrrad, Stabil 2080, und einem Parkettleger in einer Destillation ein Portemonnaie mit 12 Mark.

— Mit Beschlag belegt wurden mehrere neue Brennscheren, die anscheinend von einem Diebstahl herrühren.

* **Festgenommen** wurde ein Handlungsgehilfe der sich in verschiedenen Geschäften unter Angabe eines falschen Namens und falscher Wohnung Backwaren und Schokoladen erschwindelt hatte.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 10. d. Mts. 39 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Pferdedecke, zwei gestickte Decken, ein silbernes Handtäschchen. — Abhanden kamen: ein Opernglas mit Etui, eine goldene Krawattennadel mit zwei Brillanten und einem Saphir, eine rotlederne Reisetasche, ein Paar Spangenschuhe und ein Portemonnaie mit 4 Mark.

Brieg, den 9. April. „Mittelstadt-Plaudereien". Schon im Begriff zu schreiben: „Was erzählt sich die Kleinstadt", dachte ich glücklicher Weise noch daran, daß erst kürzlich eine Magistratsperson, welche Brieg Kleinstadt genannt hatte, durch den „Herrn Ersten Bürgermeister" gerügt wurde. Brieg, eine Stadt, welche beinahe 25,900 Einwohner zählte, nun — nach der Eingemeindung der Gemeinde Briegischdorf ist diese Zahl sogar überschritten — eine Stadt, welche Gasanstalt, Wasserleitung und Kanalisation mit Spülklosetts und Kläranlagen besitzt, eine Stadt, in welcher ein altehrwürdiges Piastenschloß der Neuzeit entsprechend als Heu- und Strohmagazin benutzt wird — kann unmöglich noch Kleinstadt genannt werden. Den Anspruch auf die Bezeichnung „Mittelstadt" darf Brieg umsomehr erheben, als in wenigen Tagen ein Automobil-Omnibus-Verkehr mit den Touren Bahnhof-Ring-Rathau, bezw. Brieg-Leubusch-Nauslau und Brieg-Stoberau-Alt-Cöln eingeführt wird. — Die durch die Kanalisation der Stadt bedingte Umpflasterung der Straßen schreitet rüstig fort, auch die Lindenstraße befindet sich im Bau; der Weg nach dem Landgericht und dem Gerichtsgefängnis war auch schon gar zu holprig. Leider hat gerade die Fertigstellung dieser Straße eine unliebsame Verzögerung erfahren. Die Steinsetzer und Rammer, welche dort bei der Firma Bellenbaum-Breslau beschäftigt waren, sind dieser Tage ausgesperrt worden. Die ebenfalls bei derselben Firma beschäftigten, keiner Organisation angehörigen Arbeiter müssen natürlich mangels Beschäftigung mitmachen, und am Sonnabend werden dieselben ihren Familien die leeren Taschen zur Bestreitung der Wochenausgaben mitbringen. Als Mittelstadt-Arbeiter sind dieselben noch viel zu wenig aufgeklärt, so daß sie nicht einmal wissen, wie sie sich gegen solche Lohnausfälle schützen können. Wenn derartige Aussperrungen längere Zeit anhalten, dann kann wohl ein Arbeiter, der so unbeabsichtigt feiern muß und andere Arbeit nicht erhält, zum äußersten getrieben werden, weil er nicht den Wert der Organisation rechtzeitig erkannt hatte.

Kattowitz, den 9. April. Die Mordtat eines Irren. Gestern Nachmittag traf hier die Gerichtskommission aus Beuthen ein, welche die Leiche des von dem irrsinnigen Invaliden Grzibek ermordeten Arztes Dr. Geisler in Hohenlohehütte nach Feststellung des Befundes freigab. Es ist nachträglich festgestellt worden, daß der erste Revolverschuß von vorn die linke Brust traf. Als der Getroffene sich wendete, traf ihn der zweite Schuß in die linke Schläfe. Den dritten Schuß gab der Irre auf sein bereits auf der Brücke liegendes Opfer ab. Dieser Schuß ging in den Rücken. Dr. Geisler hatte für den Abend eine kleine Feier vorbereitet, zu der er auch seinen Bruder aus Neisse eingeladen hatte. Als dieser eintraf, fand er seinen Bruder als Leiche vor. Den Toten überlebt seine 74jährige Mutter, die bei ihm wohnte. Noch am Vormittag war der Mörder von zwei Polizisten in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Vor einiger Zeit erhielt die Redaktion der „Volkswacht" von Grzibek zwei große Bündel von Akten zugesandt, in welchen er all Eingaben an die Behörden, Gerichte usw. abgeschrieben und die Antworten beigefügt hatte. Grzibek bildete sich ein, von verschiedenen Aerzten „in Hypnose gequält" zu werden, ein Wort, das er einmal im Theater gehört und nicht verstanden hatte. Alle möglichen Instanzen hatte er mit Briefen bombardiert und war der festen Ueberzeugung, daß der Kaiser und die Minister von dem Unrecht wußten, das ihm zugefügt würde. Der Kranke, der bereits zweimal im Irrenhause gewesen ist, leidet angeblich schon fast 20 Jahre an solchen Wahnvorstellungen. Dabei ist uns nur eines unverständlich, daß man nämlich den notorisch kranken Mann, dessen Gefährlichkeit hinreichend bekannt sein mußte, so frei herumlaufen ließ. Der Familie und der Allgemeinheit hätte man wahrlich besser gedient, wenn man den Kranken nicht erst aus der Anstalt entlassen hätte.

Zabrze, 11. April. Bergmanns Tod. In der Nacht zu Donnerstag wurden auf der Königin-Luisegrube Ostfeld bei Zabrze durch Pfeilerbruch zwei Bergleute getötet. — Auf dem Ludwigsschacht der Ferdinandsgrube sauste am Montag, durch die Unvorsichtigkeit eines Bergmanns, die Schale auf den Zimmermann Kotzurek nieder, der gerade mit dem Tieferbringen des Schachtes beschäftigt war. Auf dem Wege zum Knappschaftslazarett verstarb der Bedauernswerte an den erlittenen Verletzungen.

Rosenberg OS., 11. April. Pockenerkrankung. Die schwarzen Blattern sind nach der „Oberschl. Ztg." hier zum Vorschein gekommen, in zwei Fällen ist bereits der Tod eingetreten, drei andere Personen sind in ärztlicher Behandlung. Ein Gasthaus, in dem der eine Verstorbe verkehrte, ist bereits geschlossen worden. Die Krankheit soll von russischen Einwanderern eingeschleppt worden sein.

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. III. Straßenbahnschaffner Reinhold Weber, kath., S. — Kernmacher Emil Halemba, kath., S. — Steinsetzer Karl Schneider, kath., S. — Schuhmachermeister Josef Janorek, kath., T. — Schlosser Paul Schreiber, ev., T. — Postschaffner Josef Heinzmann, kath., S. — Kaufmann Arthur Hübner, kath., S. — Schutzmann Gustav Drescher, kath., T. — Töpfer Richard Heym, kath., T. — Schriftsetzer Hermann Meier, ev., S. — Klempner Alfred Berg, kath., T. — Schneider Traugott Ludwig, ev., S. — Schneidermeister Karl Philipp, ev., S. — Buchhalter Johannes Krause, ev., S. — Spiegelpolierer Adolf Schall, ev., T. — Tapezierer Max Schwarz, ev., T. — Oberbriefträger Arnold Langer, kath., S. — Tischler Anton Otte, kath., T. — Arbeiter Gustav Bittner, ev., S. — Ofensetzer Georg Pietsch, ev., T. — Drechsler Karl Ritter, ev., S. — Schlosser Paul Zenker, kath., T. — Maurer Ernst Buschke, ev., T. — Lokomotivheizer Ernst Klabr, kath., T. — Wirtschafts-Inspektor August Tschenscher, kath., T. — Tischler Hermann Walter, ev., T. — Privatdozent Dr. med. Wilhelm Erdlenz, kath., T. — Wurstfabrikant Reinhold Minke, ev., T. — Färber Max Zimare, ev., S. — Gerichts-Referendar Kurt Steinberg, ev., S. — Töpfer Robert Klisch, kath., S. — Kaufmann Konstantin Tantz, kath., S. — Arbeiter Josef Czichy, kath., S. — Schiffer Karl Rösner, ev., S. — Rangierer August Igel, ev., S. — Schmied Karl Scholz, kath., T. — Arbeiter Paul Müller, ev., S. — Postbote Ludwig Busko, kath., T. — Steinguttformer Josef Geißler, kath., T. — Bureaugehilfe Richard Gallant, kath., T. — Steinschleifer Richard Boibe, ev., T. — Buchhalter Alfred Müller, ev., T. — Droschkenbesitzer Friedrich Pankalla, ev., S. — Arbeiter Karl Gallus, kath., S. — IV. Arbeiter Hermann Demuth, kath., S. — Arbeiter Paul Frey, ev., S. — Arbeiter Hermann Bartsch, ev., T. — Buchhalter August Rausch, kath., S. — Geschäftsreisender Paul Schnieber, ev., T. — Bureaudiener Karl Kalinke, ev., S. — Postillon Gustav Wunderlich, ev., T. — Hausbälter Franz Zedler, kath., S. — Anstreicher Adolf Fritsch, ev., S. — Oberlehrer Dr. phil. Magnus Blümel, ev., S. — Apothekenbesitzer Abraham Freund, jüd., S. — Bahnarbeiter Josef Münzberger, kath., T. — Kutscher Karl Müller, ev., S. — Bezirks-Schornsteinfegermeister Karl Menger, kath., S. — Restaurateur Wilhelm Kara, ev., S. — Buchhalter Alfred Strietzel, ev., T. — Tapezierermeister Wilhelm Grabert, kath., S. — Restaurateur Karl Hannichel, ev., S. — Streckenarbeiter Maximilian Elmers, ev., S. — Maurer Paul Hoble, ev., S. — Barbier Bruno Ruge, ev., S. — Bureaubeamter Paul Festag, ev., S. — Arbeiter Paul Rieger, kath., T. — Arbeiter Wilhelm Franz, ev., T. — Schneidermeister Rudolf Seidel, kath., S. — Totengräber Josef Spichale, kath., T. — Brauer Heinrich Elsner, kath., S. — Geschäftsdiener Heinrich Neumann, kath., T. — Fleischermeister Robert Franzke, ev., T. — Zimmergeselle Hermann Pelz, ev., T. — Laternenwärter Paul Bartsch, kath., S.

Todesfälle. III. Früh. Eisenbohrer Wilhelm Nowack, 67 J. — Verkäuferin Klara Neujahr, 31 J. — Haushälter Wilhelm Laske, 84 J. — Käthe, T. des Arbeiters Hermann Rose, 2 Mon. — Strohhutarbeitersfrau Bertha John, geb. Lindner, 41 J. — Arbeiter Eduard Pischke, 54 J. — Güterexpedient a. D. Reinhard Grötzebauch, 67 J. — Rosa Volkmer, 14 J. — Fleischer Ernst Baselt, 67 J. — Näherin Antonie Zimmer, 79 J.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 12. April:

Breslauer Buchdrucker-Gehilfenverein. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale.

Ortskrankenkasse der Steinmetzen. Generalversammlung. Zimmer Nr. 3.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 13. April:

Abstinenten-Bund. Versammlung. Zimmer Nr. 5.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 2. Sonnabend, den 15. April, Zusammenkunft. Beitragszahlung. Wichtiger Angelegenheiten halber ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Bezirksführer.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Donnerstag, den 13. April, Abends 7½ Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und deren Stellvertreter. Abrechnung vom Volkskonzert. Die Bezirksführerbücher sind mitzubringen. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Distriktsführer.

Diejenigen Genossen, welche am 26. März an der „Volkswacht"-Agitation teilgenommen haben, erhalten ihre Provision Sonntag, den 16. April von Vormittags 10 Uhr ab, im Distriktslokal ausgezahlt. Der Distriktsführer.

Bezirke 13 und 16. Sonnabend, den 15. d. Mts., Abends 8 Uhr, Kassenabend im bekannten Lokal. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Die Bezirksführer.

Bezirk 20. Sonnabend, den 15. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Jedes Mitglied muß erscheinen. Der Bezirksführer.

Distrikt IV (Sand-Vorstadt).

Donnerstag, Abends 7 Uhr, Zusammenkunft aller Mitglieder behufs „Volkswacht"-Agitation im Distriktslokal, Restaurant Schwob, Blücherstraße 15. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet bestimmt Der Distriktsführer.

Distrikt VIII (umfassend die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86 [Kleinburg] und 121.)

Bezirk 81. Freitag, den 14. März, Zahlabend. Wahl eines Bezirksführers und Stellvertreters. Es ist Pflicht eines jeden zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Distrikt X (Böpelwitz.)

Donnerstag, den 13. April, Abends 7½ Uhr, Zusammenkunft der Bezirksführer und deren Stellvertreter. Abrechnung vom Volkskonzert. Die Bezirksführerbücher sind mitzubringen. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Distriktsführer.

Diejenigen Genossen, welche am 26. März an der „Volkswacht"agitation teilgenommen haben, erhalten ihre Entschädigung Sonntag, den 16. April von Vormittags 10 Uhr ab bei Grabolle ausgezahlt. Der Distriktsführer.

Distrikt XI (Odertor).

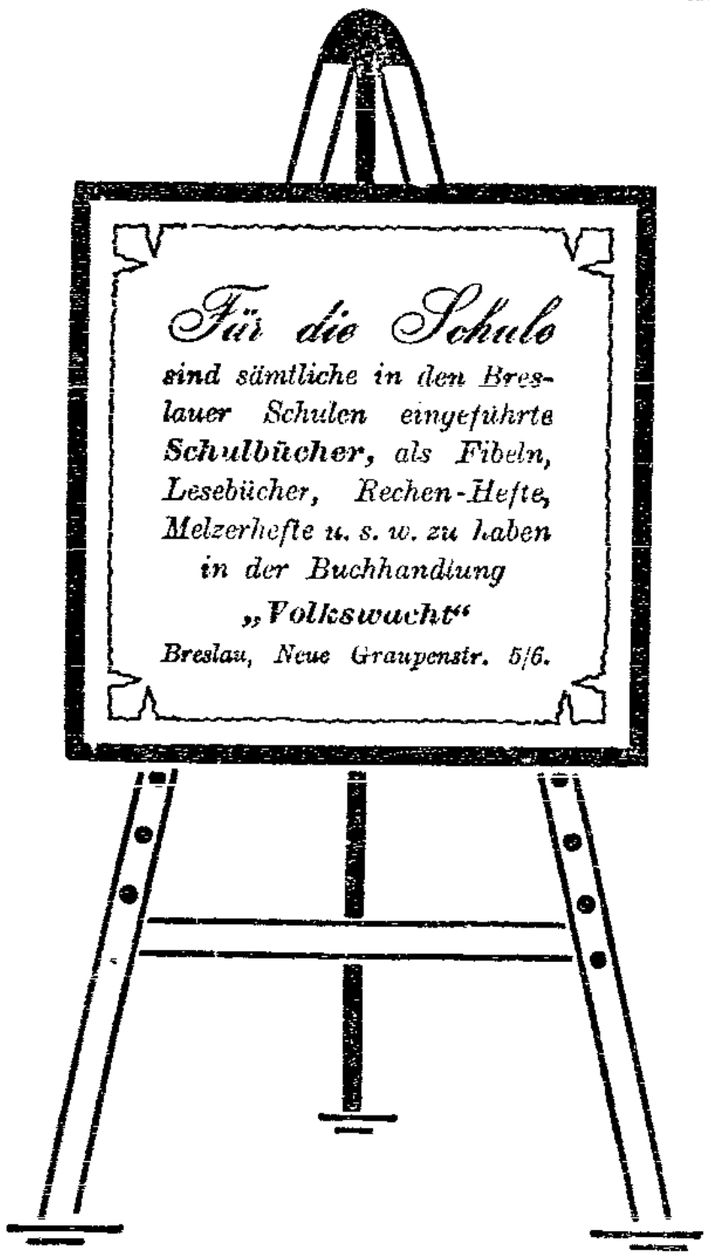
Bezirk 42. Donnerstag, den 13. April, Abends 8½ Uhr, Zusammenkunft im bekannten Lokal. Die Genossen werden ersucht recht zahlreich zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Altwasser. Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf". Sonntag, den 16. April, Nachmittags 3 Uhr: Monatsversammlung im Vereinslokal Seiferts Hotel. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Striegau. Gesangverein Vorwärts. Jeden Freitag, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Pilgramshain. Wahlverein für Pilgramshain und Umgegend. Sonntag, den 16. April, Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung bei Genossen H. Bauch. Zahlreiches Erscheinen erwünscht Der Vorstand.

Jauer. Gesang-Verein „Vorwärts". Jeden Freitag, Abends 8 Uhr: Gesangstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Brieg. Männergesangverein „Vorwärts". Die Uebungsstunden finden jetzt immer Freitag statt.

Kattowitz. Arbeiter-Gesang-Verein. Jeden Freitag Abends 8 Uhr: Gesangstunde im Gewerkschaftslokal. Aufnahme neuer Mitglieder.